

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Zu unserer 29. Tagung des Bergedorfer Gesprächskreises möchte ich Sie alle herzlich willkommen heißen. Was die Zahl der hier vertretenen Nationen aus Ost und West anbelangt, so stellt die heutige Gesprächsrunde für uns einen internationalen Höhepunkt dar. Ich freue mich besonders, daß auch die Teilnehmer aus den sozialistischen Ländern so zahlreich vertreten sind. Ich möchte Sie ermuntern, auch in Zukunft häufiger zu uns zu kommen, damit wir die Hindernisse, die die politische Landschaft in Europa zu einem so schwer begehbaren Terrain machen, in freien und offenen Gesprächen diskutieren und hoffentlich allmählich abbauen können. Deshalb sollte diese Tagung ein Ausgangspunkt zu weiteren OstWest-Gesprächen sein.

Das Thema, das wir uns heute gestellt haben, formuliert einen Kernpunkt der Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Es setzt jedoch gleichsam feste Strukturen in beiden Lagern voraus. Wir werden im Verlauf der Diskussion zu fragen haben, wie es mit der Festigkeit dieser Strukturen heute bestellt ist. Denn es ist unverkennbar, daß sich die politische Situation in Europa in den letzten 5 bis 10 Jahren von der Form einer gegnerischen Bipolarität, wie sie bis Mitte der fünfziger Jahre zwischen der UdSSR und den USA herrschend war, in einen Polyzentrismus gewandelt hat. Die Bündnissysteme haben allem Anschein nach einiges von ihrer Starrheit eingebüßt, was nicht zuletzt darin zum Ausdruck kommt, daß die nicht-atomaren Mächte ihre eigenständigen politischen Strategien entwickelten. Dadurch ist gewiß die Situation in den Bündnissystemen nicht einfacher geworden, aber die Auflockerung hat auf beiden Seiten die Gesprächsbereitschaft erheblich gefördert. Um nur vom Westen zu sprechen, so hat zumindest Frankreich der politischen Vorrangstellung und dem ökonomischen Einfluß der USA in Europa nicht nur starke Bedenken entgegengebracht, sondern auch ein eigenes politisches Konzept vorgetragen. Ebenso ist die neue Regierung der Bundesrepublik bestrebt, ihre Verständigungsbereitschaft mit den sozialistischen Ländern zu unterstreichen, was sich nicht zuletzt in ihrem Bemühen um eine flexible Ostpolitik zeigt.

In der Politik ist nun die häufig gestellte Forderung nach Anerkennung der politischen und gesellschaftlichen Realitäten ein differenziertes Problem. Denn was als Realität gewertet wird, ist entscheidend beeinflusst von dem jeweiligen ideologischen oder politischen Standpunkt, ist auch und vor allem eine Frage der jeweiligen politischen, militärischen und ökonomischen Interessen. Wenn die einzelnen Länder nicht bereit sind, die Interessen des anderen realistisch mit in ihr politisches Konzept einzubeziehen, dürfte es schwer sein, über den Status quo in Europa hinauszukommen. Dabei bin ich der festen Überzeugung, daß auf lange Sicht ohne Beseitigung der Spannungspunkte in Europa keine Garantie des Friedens gegeben ist. Es wird notwendig sein, die Möglichkeiten der Kooperation - zumindest der langfristigen Koexistenz - zwischen Ost und West neu zu durchdenken. Eine solche internationale Kooperation kann und darf sich nicht auf Militäralianzen beschränken.

In dieser Hinsicht halte ich es für einen Fortschritt, daß die simple militärische und politische Strategie des Kalten Krieges heute unglaubwürdig geworden ist. Mit einfachen Freund-Feind-Vorstellungen kommen wir nicht mehr aus. Eine Friedensordnung wird in Europa nur dann dauerhaft sein, wenn sie von allen betroffenen Völkern als gerecht anerkannt werden kann. Dabei glaube ich nicht, daß die europäische Sicherheit auf lange Zeit allein mit militärischen Mitteln zu halten ist. Wir sollten uns also fragen, wie weit die Bündnissysteme überholt, wie weit sie Anachronismen des 19. Jahrhunderts sind und bis zu welchem Grade die bestehenden Allianzen abgebaut werden müssen, damit wir aus den starren Militärblöcken herauskommen.

Dabei wissen wir, daß die friedliche Existenz der Völker das Fundament einer sozialen Stabilität benötigt, die eine Strategie erfordert, eine soziale Strategie, die ebenso wichtig ist wie die Militärstrategie. Deshalb erscheint es mir richtig, daß wir unser Thema nicht allein militärstrategisch verstehen, sondern uns bewußt sind, daß jede politische Problemlösung ihre wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konsequenzen hat.

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat es in seiner siebenjährigen Arbeit bewußt vermieden, seine Themen der Tagespolitik zu entnehmen, sondern er hat stets nach den ökonomischen, sozialen und

technischen Bedingungen gefragt, die eine Gesellschaft als wünschbare Voraussetzung für eine menschenwürdige Existenz erfüllen muß. Diese Fragen stellen sich heute in allen industriellen Gesellschaften, ob in Ost oder West, wenn auch die Schwerpunkte der Probleme jeweils verschieden liegen. Deshalb sollten wir uns nicht allein an der Vergangenheit orientieren, sondern bewußt die Verantwortung für die Gestaltung der politischen, sozialen und kulturellen Zukunft übernehmen.

Wenn ich das erste sowjetisch-deutsche Gespräch im Juli 1966 hier im Bergedorfer Schloß unter ein LeninWort stellte, und zwar unter seinen Leitsatz: "lernen, lernen, lernen", so möchte ich heute ein Zitat von Abraham Lincoln wählen, das sich, so glaube ich, auf unsere heutige Situation treffend anwenden läßt:

"Die Dogmen einer geruhsamen Vergangenheit sind unzulänglich für die stürmische Gegenwart. Hindernisse und Schwierigkeiten türmen sich jetzt vor uns auf, und wir müssen uns der Situation gewachsen zeigen. Wie unsere Lage neu ist, so müssen wir auch neu denken und neu handeln, wir müssen unseren Geist frei machen".

Chwostow

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sowjetischen Teilnehmer an diesem Gespräch und das sowjetische Komitee zum Schütze des Friedens, das uns hierher entsandt hat, freuen uns über die Gelegenheit, in diesem Kreise wichtige Probleme der Gegenwart zu behandeln, die den Kontinent betreffen, auf dem sich unsere Staaten befinden. Wir alle leben in Europa, und unser aller Geschicke sind mit dem Schicksal Europas eng verbunden.

Gestatten Sie mir zunächst, dem Veranstalter dieses Treffens, Herrn Dr. Körber, unseren herzlichsten Dank auszusprechen, desgleichen Herrn Pastor Mochalski sowie den anderen westdeutschen Persönlichkeiten, die die Entwicklung der Kontakte fördern, welche für die Bewahrung des Friedens auf unserem Kontinent nützlich sind.

Es erübrigt sich nachzuweisen, daß das Problem der europäischen Sicherheit außerordentlich wichtig ist. Dennoch ist die Tatsache unverkennbar, daß diese Sicherheit zur Zeit nicht als gewährleistet angesehen werden kann. Gerade in Europa sind die beiden Weltsysteme unmittelbar konfrontiert, und gerade hier sind die politischen und militärischen Hauptkräfte der NATO und der Staaten des Warschauer Vertrages zusammengeballt. Ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen ihnen würde die Gefahr einer Katastrophe nicht allein für Europa, sondern für die ganze Welt heraufbeschwören, wenn man bedenkt, welcher Kreis von Ländern in einen solchen Konflikt einbezogen werden könnte und was für Vorräte an Waffen angelegt sind.

Diese Tatsache zeigt mit aller Deutlichkeit, wie wichtig der militärische Aspekt der europäischen Situation ist und welche lebensnotwendige Bedeutung eine politische und militärische Entspannung in Europa hat.

Sie ist um so wichtiger, als auf unserem Kontinent noch immer viele bedeutende Probleme ungelöst geblieben sind, die die Gefahren folgenschwerer Konflikte in sich bergen. Es ist die vornehmste Aufgabe unserer Zeit, dieser Situation ein Ende zu bereiten und zu erreichen, daß unserem alten Kontinent unter allen Umständen Sicherheit garantiert wird. In Europa breitet sich das Verständnis aus, daß der Kalte Krieg und die Politik der Stärke nicht dazu angetan sind, die europäischen Probleme zu lösen. Auch nimmt die Protestbewegung gegen die Unterwerfung Europas unter die amerikanische Politik zu.

Es freut uns, daß hier in Bergedorf Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern zusammengekommen sind, denen das Geschick Europas am Herzen liegt. Wir mögen einen unterschiedlichen Standpunkt zu der einen oder anderen konkreten Gegenwartsfrage einnehmen und bestimmte Seiten der heutigen Lage verschieden beurteilen. Das ist um so natürlicher, als wir hier verschiedene Weltanschauungen vertreten. Dennoch werde ich mich wohl nicht irren, wenn ich sage, daß wir in der wichtigsten Frage, nämlich: die Sicherheit Europas zu gewährleisten, eine gemeinsame Sprache finden und uns mit vereinten Kräften darüber Klarheit verschaffen könnten, auf welche Weise die Sicherheit Europas und der ganzen Welt vor den Schrecken eines nuklearen Konfliktes herzustellen ist.

Die Wege, auf denen die europäischen Staaten ihre Sicherheit unter den jetzigen Verhältnissen zu bewahren suchen, sind in den verschiedenen Ländern nicht die gleichen. Die größte Gruppe europäischer Staaten wird von den Mitgliedern des nordatlantischen Blocks gebildet. Der Nordatlantische Vertrag wurde im Jahre 1949 geschlossen. Danach wurde seine Militärorganisation, die NATO, ins Leben gerufen, wodurch die militärische Natur des Blocks mit allem Nachdruck offen demonstriert wurde. Die UdSSR bot den Mitgliedern der Atlantikunion im Jahre 1954 an, die Sowjetunion in den Nordatlantischen Vertrag aufzunehmen. Dies wurde abgelehnt, und damit bewies man, daß es sich hier um einen geschlossenen Militärblock handelte. Es wurde von Anfang an unverhohlen gesagt, der Nordatlantische Block richte sich gegen die Sowjetunion und ihre Freunde, die anderen sozialistischen Länder, denen man in offiziellen Erklärungen aggressive Absichten zuschrieb, während in Wirklichkeit der Block selbst eine im höchsten Grade feindselige Politik gegenüber allen sozialistischen Staaten betrieb.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Nordatlantische Allianz einen geschlossenen Militärblock darstellt, der einer Gruppe anderer Staaten Europas gegenübersteht. Es dürfte der Beweis nicht schwerfallen, daß ein solcher Block sowohl dem Sinn als auch dem Buchstaben nach im Widerspruch zu den Prinzipien der UNO steht.

Die Besorgnis der europäischen Staaten, denen die NATO gegenüberstand, wurde insbesondere durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO erheblich verstärkt. Sie ist der einzige europäische Staat, der die jetzigen Grenzen revidieren möchte. Diese gesteigerte Besorgnis führte zum Abschluß des Warschauer Vertrages, und von diesem Zeitpunkt an sucht eine bedeutende Gruppe europäischer Staaten ihre Sicherheit in der Organisation dieses Paktes.

Im Gegensatz zum Nordatlantikvertrag können dem Warschauer Vertrag auch andere Staaten beitreten. Anders als die Mitglieder der NATO haben die Teilnehmer des Warschauer Vertrages gleich bei dessen Abschluß in Artikel II eindeutig erklärt, daß der Vertrag außer Kraft tritt, falls in Europa ein kollektives Sicherheitssystem zustande kommt. Er enthält ferner einen Passus, wonach die aufgrund der Vertragsverpflichtungen getroffenen Maßnahmen aufgehoben werden, sobald der Sicherheitsrat die nötigen Schritte zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit unternimmt.

Die Bildung des Nordatlantischen Blocks hat also dazu geführt, daß sich in Europa zwei Militärgruppierungen gegenüberstehen. Es ist ohne weiteres verständlich, daß die Sicherheit für denjenigen, der einem Militärblock angehört, auf der militärischen Stärke dieses Blockes und eines jeden seiner Teilnehmer beruht. Natürlich will jede Gruppierung das militärische Potential der anderen übertreffen. So hat das System der Militärböcke unweigerlich ein Wettrüsten zur Folge. Auf jede Maßnahme eines beliebigen Teilnehmers einer der militärischen Gruppierungen, die zum Ausbau oder zur Vervollkommnung seiner Streitkräfte dient, folgen auf der entgegenstehenden Seite analoge Maßnahmen, und man bemüht sich dabei, mit der Entwicklung seiner Streitkräfte nicht hinter dem potentiellen Gegner zurückzubleiben, sondern ihn im Gegenteil zu überflügeln.

Dieses System der Militärböcke und des Wettrüstens ist nicht neu. Man kann seine Entwicklung weit in die Geschichte zurück verfolgen. Es dürfte jedoch nicht schwerfallen, anhand von historischen Tatsachen nachzuweisen, daß ein System von Militärböcken und ein Wettrüsten in den meisten Fällen keineswegs der Sicherheit, sondern vielmehr einer Entfesselung von Kriegen gedient hat.

Schon die traurigen Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg haben Veranlassung gegeben, nach neuen Formen der Garantie für die nationale Sicherheit zu suchen. Es ist kein Wunder, daß dies in dem Lande am intensivsten geschah, wo im Jahre 1917 die größte Revolution der Weltgeschichte stattfand und wo mit ihrem Sieg völlig neue außenpolitische Grundsätze entstanden. Die Sowjetregierung brachte im Jahre 1927 zum ersten Male einen Antrag auf allgemeine und vollständige Abrüstung ein. Auch heute wirkt unsere Regierung auf eine derartige Lösung als die denkbar beste hin.

Zwischen dem Ende des Ersten bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde dem Gedanken der Militärböcke der einer kollektiven Sicherheit entgegengesetzt. Damit war beabsichtigt, daß anstelle der einander konfrontierenden Militärgruppierungen, anstelle der Spaltung in feindliche Blöcke alle Staaten Europas die bindende vertragliche Verpflichtung übernehmen sollten, jedem angegriffenen Mitglied eines solchen Paktes militärische Hilfe zu leisten. Während bei den Militärböcken stets eine Staatengruppierung einer anderen gegenübersteht, gilt beim System der kollektiven Sicherheit ein anderes Verfahrensschema, daß nämlich alle an einem solchen System beteiligten Staaten gemeinsam gegen einen Aggressor auftreten. Die Projekte für ein kollektives Sicherheitssystem sind vor dem Zweiten Weltkrieg leider gescheitert. Die Dinge entwickelten sich zur Münchner Konferenz und zum Zweiten Weltkrieg hin.

Die umfassende antifaschistische Koalition, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges zustande kam und deren Kern die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und später auch Frankreich war, hätte eigentlich eine Basis für die kollektive Garantie der Sicherheit nach dem Kriege bilden können. Die Organisation der Vereinten Nationen und der Mechanismus des Sicherheitsrates als des Hauptinstrumentes zur Aufrechterhaltung des Friedens wären - falls die genannten Staaten, die dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehören, weiterhin eng zusammengearbeitet hätten wahrscheinlich das wirksamste Instrument zur kollektiven Wahrung des Weltfriedens. Heute ist das aber leider noch nicht der Fall. Das Einvernehmen der Großmächte ist zerstört worden.

Wollte ich die Ursachen für die Zwistigkeiten in der ehemaligen antifaschistischen Koalition und für das Entstehen des Kalten Krieges untersuchen, so müßte ich zu schärfster Polemik übergehen, was ich gern vermeiden möchte. Zur Ausführung meines heutigen Themas genügt es, die Tatsache festzustellen, daß die ehemalige antifaschistische Koalition zerfallen und an ihrer Stelle die in der NATO zusammengefaßte Staatengruppe sowie später infolge dieses Umstandes auch die Gruppe der Warschauer Vertragsstaaten entstanden ist. Die politischen Erfahrungen ebenso wie Tatsachen aus

der Vergangenheit und die reine Logik besagen, daß eine derartige Situation keine dauerhafte Sicherheit gewährleistet.

Die Sowjetregierung hat wiederholt versucht, neue Ideen in die Tat umzusetzen, die es Europa, ja der ganzen Welt ermöglicht hätten, den Rahmen dieser beiden bis jetzt unlösbar miteinander verbundenen Militärblocke zu sprengen und ihr Wettrüsten zu verhindern. Die zahlreichen sowjetischen Abrüstungsanträge sind eng mit dem Bemühen um neue Methoden zur Festigung der Sicherheit verbunden. Diese Methoden würden es schließlich möglich machen, das gefährliche System der beiden militärischen Gruppierungen aus der Welt zu schaffen. Zahlreiche Anträge der Sowjetunion waren auch auf die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems ausgerichtet.

Für die letzten Jahre ist im Zusammenhang mit dem Krieg in Vietnam und im Nahen Osten eine Verschlechterung der internationalen Lage charakteristisch. Diese Geschehnisse lassen natürlich auch die Situation in Europa nicht unbeeinflusst. Das wird durch die verstärkten neonazistischen Tendenzen in der Bundesrepublik noch bedeutend kompliziert. Wenn man nicht entsprechende Maßnahmen zur rechtzeitigen Abwendung der neonazistischen Gefahr in Westdeutschland ergreift, dann kann der Frieden in Europa sehr bedroht werden. Infolge aller dieser Tatsachen sind die Bemühungen um eine Festigung des europäischen Friedens heute besonders dringend.

Von großer Tragweite für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa sind unserer Ansicht nach die Vorschläge, die die am Warschauer Vertrag beteiligten sozialistischen Staaten auf der Bukarester Konferenz von 1966 und auf ihrer diesjährigen Konferenz in Sofia gemacht haben. Das gilt auch für die Ideen, die in der Deklaration der im April 1967 in der Tschechoslowakei abgehaltenen Konferenz der kommunistischen und der Arbeiterparteien Europas dargelegt sind.

In den letzten Jahren weist die Politik Frankreichs sehr positive Tendenzen auf, die zur internationalen Entspannung und zu einem festen Frieden beitragen. Wertvolle Ideen sind auch von vielen Repräsentanten der sozialistischen Bewegung in Ländern Westeuropas sowie in christlichen Kreisen geäußert worden.

Es haben sich auch neue Möglichkeiten zu Kontakten und zu einer Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gewerkschaftlichen und anderen demokratischen Organisationen ergeben. In der öffentlichen Meinung der Länder Europas einschließlich des Landes, in dem wir uns aufhalten, ist eine gewisse Wendung zur internationalen Entspannung hin eingetreten. In der Öffentlichkeit nimmt die Unzufriedenheit mit jenen politischen Kreisen zu, die noch immer nicht den nötigen Realitätssinn an den Tag legen wollen und auf dem Standpunkt des Kalten Krieges verharren. Sehr wichtig ist der Umstand, daß sich die Überzeugung verstärkt, die Länder Europas müßten selbst eine gemeinsame Lösung finden, wie sie zur Bereinigung der europäischen Probleme und namentlich zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit erforderlich ist. Man darf aber nicht vergessen, daß einer Annäherung, einer Zusammenarbeit und einer Festigung der friedlichen Koexistenz noch viel im Wege steht, was mit vereinten Kräften überwunden werden muß.

Welches sind die größten Hindernisse?

Man muß offen sprechen, sonst ist keine Diskussion möglich. Und ich muß mit aller Deutlichkeit sagen, daß keine Maßnahme die Sicherheit Europas gewährleisten wird, wenn nicht ein Zugang der Bundesrepublik zu den Kernwaffen - ganz gleich, in welcher Form - absolut ausgeschlossen ist. Das wird vom ganzen russischen Volk und von den anderen Völkern der UdSSR kategorisch gefordert. Es ist nicht schwer zu begreifen, warum diese Forderung in Ländern erhoben wird, die die Invasion der Naziwehrmacht erlebt haben, und ich möchte hier nicht bei den bitteren Erfahrungen aus der Vergangenheit verweilen. Ganz unerwähnt lassen kann ich sie aber doch nicht; denn sie leben im Bewußtsein von Hunderten Millionen Menschen fort und sind deshalb ein realer politischer Faktor von größter Wirkungskraft. Es versteht sich also von selbst, daß beide deutsche Staaten auf Kernwaffen verzichten müssen. Die DDR war dazu schon immer bereit.

Die Sicherheit in Europa ist auch so lange nicht gegeben, wie irgendeine der heutigen Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Grenze Polens und der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten angefochten wird. Welches Sicherheitsgefühl kann man haben, solange die regierenden Kreise des stärksten, industriell am höchsten entwickelten westeuropäischen Staates beabsichtigen, die bestehenden Grenzen zu verlegen, wie es der Bundeskanzler am 11. März dieses Jahres ganz unverhohlen erklärte? Man kann auch kein Sicherheitsgefühl haben, solange nicht anerkannt wird, daß der Münchner Vertrag vom Augenblick seines Abschlusses an ungültig war.

Des weiteren muß man nach einer Lösung für das Problem der deutschen Friedensregelung suchen, die aber nur aufgrund einer Anerkennung der Realitäten möglich ist, das heißt aufgrund einer Anerkennung der beiden gleichberechtigten deutschen Staaten.

In letzter Zeit hören wir viel von einer "neuen Politik" der Regierung der Großen Koalition. Wir sind der Meinung, daß alles, was darüber gesagt wird, gewissermaßen eine Antwort auf den immer stärker werdenden Druck ist, den die friedliebenden und vernünftigen Angehörigen verschiedener Schichten der Gesellschaft Westdeutschlands auf die herrschenden Kreise in Bonn ausüben.

Wir wissen sehr wohl, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik keineswegs nur aus Revanchisten besteht, daß die Mehrheit des deutschen Volkes für Frieden ist, und wir empfinden die größte Achtung gegenüber allen Friedensfreunden in Westdeutschland. Ich denke, die Verbreitung der Anschauungen, die das Friedenswerk begünstigen, ist kein geringes Verdienst auch vieler unserer westdeutschen Gesprächspartner hier im Saal. Es hat sich also in Westdeutschland eine richtigere Vorstellung von der wahren Sachlage in Europa verbreitet.

Kommen wir jedoch auf die tatsächliche Politik der Bundesregierung zurück, so müssen wir leider feststellen, daß die Worte von einer "neuen Politik" in Bonn vorläufig nicht von praktischen Maßnahmen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit begleitet sind. Mehr noch: diese Worte stehen im Widerspruch zu den Taten, zu der Politik, die in Wirklichkeit betrieben wird. Es ist doch eine Tatsache, daß die Regierung der Bundesrepublik heute als einzige in Europa eine Änderung der politischen Landkarte wünscht. Auf zahlreiche Vorschläge, die die Unantastbarkeit der in Europa entstandenen Grenzen betreffen - ob diese Vorschläge nun aus dem Osten oder aus dem Westen kommen;- , reagieren die herrschenden Kreise der Bundesrepublik - oder zumindest ein großer Teil - mit scharfer Ablehnung. Die Regierung der Großen Koalition weigert sich ebenso hartnäckig wie ihre Vorgängerinnen, die DDR anzuerkennen und die Ansprüche auf Alleinvertretung des ganzen deutschen Volkes aufzugeben. Unter solchen Umständen können auch die Erklärungen, daß man bereit sei, auf Gewalt zu verzichten, kaum überzeugen. Wenn man sich weigert, die Deutsche Demokratische Republik und die bestehenden Grenzen anzuerkennen, so bedeutet dies, daß man sich mit deren Existenz nicht abgefunden hat, mit anderen Worten: daß man nach wie vor hofft, die Grenzen mit den einen oder anderen Methoden zu revidieren. Das aber wäre eine Störung des Friedens. Man darf nicht vergessen, daß die Anerkennung der DDR und der Schutz ihrer souveränen Rechte und Grenzen zu den wichtigsten Aufgaben des Kampfes für die europäische Sicherheit gehören. Die beiden deutschen Staaten sollen zusammen auf gleichberechtigter Basis eine gemeinsame Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes finden, einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands.

Ich kann auch nicht verschweigen, wie deprimiert die Öffentlichkeit unseres Landes darüber ist, daß sich die Regierung der Großen Koalition dem Zustandekommen des Atomsperrvertrages widersetzt. Dieser Umstand ist ganz und gar nicht dazu angetan, Vertrauen zu den Erklärungen einer "neuen Politik" zu wecken.

Grosser

Herr Chwostow, dem ich in Ihrer aller Namen für sein Referat danken möchte, sagte, daß wir von der Gegenwart und von der Zukunft reden, weniger jedoch auf die Geschichte zurückgreifen wollen. Ich halte dies teils für gut, teils für bedauerlich. Denn wir könnten uns lange über die Ursachen verschiedener Phänomene, die Herr Chwostow aufgezeigt hat, unterhalten - zum Beispiel darüber, daß den Ereignissen von 1949 diejenigen des Jahres 1948 vorangingen. Diese Binsenwahrheit entspricht auch den historischen Tatsachen.

Herr Chwostow meinte, daß sich die Polemik nicht vermeiden ließe, wenn man auf die Vergangenheit zu sprechen käme. Es ist aber auch möglich, die Vergangenheit mit Selbstkritik zu betrachten. Vielleicht kämen wir zu dem Ergebnis, daß die Gefährdung der europäischen Sicherheit nicht von diesen oder jenen allein zu verantworten ist. Dann wäre ein gemeinsamer Blick auf das Vergangene von großem Nutzen. Wir sollten uns aber darauf einigen, mehr von der Gegenwart und der Zukunft zu reden als von der Geschichte.

Herr Chwostow betonte, wir seien keine offiziellen Vertreter. Das sind wir gewiß nicht. Er sagte aber auch, er spräche im Namen einer sowjetischen Delegation. Deshalb möchte ich vorschlagen, daß sich in diesem Gespräch niemand als Delegierter fühlen sollte. Lassen Sie uns frei aussprechen, was wir persönlich denken, ohne zu berücksichtigen, wie weit wir dabei die öffentliche Meinung unseres Landes vertreten.

Die meisten von uns dürften unter dem Eindruck hier zusammengekommen sein, daß überall eine Wende eingetreten ist. Es wäre für unser Gespräch fruchtbar, wenn wir alle die Überzeugung hätten, daß eine solche Wende nicht nur beim anderen stattgefunden hat, sondern im Begriff ist, sich sowohl in den westlichen, als auch in den östlichen Ländern anzubahnen. Wenn man jedoch nur feststellen will, daß zwar auf der einen, nicht aber auf der anderen Seite eine Wandlung eingetreten sei, ließe das

Gespräch lediglich darauf hinaus, daß der eine fragt, ob der andere nun schon so weit sei, ihm in allem recht zu geben, was er bisher gesagt habe. So käme man sicherlich nicht zu einem fruchtbaren Gespräch.

Herr Chwostow warf große Fragen auf, die ungefähr die gesamte Weltlage beinhalten. Ich möchte sie in fünf Komplexe untergliedern und zwei weitere Punkte hinzufügen, die im ersten Teil seines Referates auftauchen.

Der erste Komplex betrifft die vier deutschen Hindernisse, die Herr Chwostow aufzählte, also das Problem der deutschen Kernwaffen, die beiden seit dem Artikel V des Warschauer Paktes zwischen Polen und der DDR festgestellten Grenzen, das heißt die Oder-Neiße-Linie und die Grenze zwischen den beiden Deutschland; sodann das Münchner Abkommen und schließlich den Alleinvertretungsanspruch, der mit dem Grenzproblem zusammenhängt.

Als zweites nenne ich die innere Entwicklung in den europäischen Ländern. Herr Chwostow brachte seine Sorge über die NPD und den Neonazismus in der Bundesrepublik zum Ausdruck. Man könnte sagen was vielleicht nicht ganz zutrifft;-, das sei eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik. Auf der anderen Seite hegt man im Westen gewisse Hoffnungen im Hinblick auf die inneren Entwicklungen in osteuropäischen Ländern. Die Sorgen des einen und die Hoffnungen des anderen sind zwei Aspekte für diese Diskussion.

Drittens geht es um die heutige strategische Lage. Wer kann wen bedrohen? Wie sehen die Verteidigungssysteme aus, und was bedeutet der Atomsperrvertrag?

Ein vierter Komplex könnte die derzeitige weltpolitische Lage behandeln. Wir sollten jedoch diese allgemeine Betrachtung nicht allzusehr ausdehnen, weil wir dann von den konkreten Problemen abkommen würden.

Schließlich wären die Vorschläge der Bukarester Konferenz vom 5. Juli 1966 zu diskutieren, die Frage, ob ein kollektives europäisches Sicherheitssystem die beiden Bündnissysteme des Warschauer und des Nordatlantik-Paktes ersetzen könnte. Was bedeutet ein kollektives europäisches Sicherheitssystem? Welche Schritte müßten unternommen werden, um zu einem solchen System zu kommen?

Im ersten Teil des Referates stellten sich dann noch zwei weitere Fragen.

Erstens: Sind Abrüstung und Entspannung Synonyme? Gehören beide so zueinander, daß Abrüstung notwendig Entspannung, Rüstung dagegen notwendig Spannung verursacht? In der militärstrategischen Literatur wird häufig argumentiert, die beiden größten Staaten verfügten über eine so gleiche Vernichtungskapazität, daß allein daraus bereits eine Entspannung resultiere. Hat also die Abrüstung oder hat der Stand der Rüstung die Entspannung zur Folge?

Zweitens bliebe zu fragen, inwieweit ein Zusammenhang zwischen Welt- und europäischem System besteht. Die französische Außenpolitik steht anscheinend vor dem Problem, ob die Sowjetunion Gegenspieler und Partner der Vereinigten Staaten in einem Weltsystem, ob sie der Partner anderer europäischer Staaten in einem europäischen System oder ob sie beides ist. Es gibt also in der europäischen Auseinandersetzung einen Staat, der aufgrund seiner Größe und Weltbedeutung eine besondere Rolle spielt; denn die Sowjetunion ist eine der großen Weltmächte, und mit ihr kann sich - wenn General de Gaulle nicht zuhört - kein anderer europäischer Staat vergleichen.

Schmidt

Ich stimme Ihnen zu, Herr Grosser, daß wir uns nicht allzusehr auf die geschichtlichen Entwicklungen einlassen sollten. Man müßte sonst auf die Ablehnung des Baruch-Plans durch die Sowjetunion zu sprechen kommen, auf die Blockade Berlins und auf den Versuch, Fidel Castro nukleare Raketen in die Hand zu geben. Ich halte nichts davon, solche historischen Argumente gegeneinander auszutauschen.

Unseren sowjetischen Gästen will ich sagen, daß ich mich zu den Leuten zähle, die Herr Chwostow als die gegenwärtig herrschenden Kreise in Bonn bezeichnete. Ich gehöre dazu und bin auch noch stolz darauf, denn ich nehme nicht an, daß das eine Diskriminierung ist. Jedenfalls faßt es der sowjetische Botschafter in Bonn nicht so auf, und das sollte auch hier nicht der Fall sein.

Herr Chwostow sagte, die gegenwärtig herrschenden Kreise in Bonn, die Große Koalition, hätten bisher keine praktischen Maßnahmen im Sinne dessen ergriffen, was wir selber eine neue Politik nennen. Ich darf Ihnen drei oder vier solcher Maßnahmen in Erinnerung rufen. Wir haben, unabhängig von dem, was früher einmal Hallstein-Doktrin hieß, allen osteuropäischen Staaten diplomatische

Beziehungen angeboten, mit denen sie bisher nicht bestanden. Leider hatten wir bis heute nur in zwei Fällen Erfolg. Wir sind weiterhin bereit, auch mit den übrigen Staaten diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Ich halte das für eine sehr wichtige Veränderung in der deutschen Außenpolitik.

Wir haben, zweitens, Gewaltverzicht, ein System von Nichtangriffsabreden, vorgeschlagen. Das ist ernst gemeint und wird auch von der Sowjetregierung ernst genommen, wie viele Gespräche beweisen, die der sowjetische Botschafter mit uns darüber in Bonn führte. Ich wäre deshalb dafür, daß wir dies heute auch hier in Bergedorf ernst nehmen.

Im Rahmen dieser Gewaltverzichtsangebote und Nichtangriffsverträge haben wir, drittens, erklärt, daß wir die Grenzen und Demarkationslinien in Europa als Realitäten anerkennen und bis zu dem Zeitpunkt respektieren wollen, in dem aus diesen bloßen Realitäten möglicherweise rechtlich und vertraglich fundierte Rechtstatsachen werden. Das ist etwas Neues.

Was den Atomsperrvertrag angeht, haben wir längst auf die Herstellung von atomaren Waffen verzichtet. Dabei interessiert mich besonders, daß die Franzosen, die Brasilianer und die Inder diesen Vertrag nicht unterschreiben wollen, während ich, der ich zu den "herrschenden Kreisen" in Bonn gehöre, durchaus dazu bereit bin.

Die sowjetische Seite sagt uns immer wieder, wir sollten die Realitäten in Europa anerkennen und von ihnen ausgehen. Ohne Zweifel muß man von ihnen ausgehen. Eine der Realitäten in der gegenwärtigen Situation ist die Tatsache, daß Westberlin wirtschaftlich, kulturell, hinsichtlich des dort geltenden Rechtes und der dort geltenden Währung in jeder Weise mit der Bundesrepublik auf das engste verbunden ist. Ich wäre dankbar, wenn die sowjetische Seite erklärte, daß sie bereit sei, auch diese Realität anzuerkennen.

Ich weiß nicht, ob ich es überhört habe oder ob es Zufall war, daß Herr Chwostow nicht von der besonderen Einheit Westberlin gesprochen hat; aber ich lese ständig, daß Westberlin angeblich auf dem Territorium der DDR liege. Das ist allerdings für uns ein hochinteressanter Punkt, um den wir - das sage ich ganz offen - Angst und Sorgen haben, insbesondere wenn wir sehen, wie wenig sich die Regierung in Ostberlin gegenwärtig bemüht, den Entspannungsanstrengungen der Sowjetunion zu folgen.

Ich habe eine weitere Frage: Wie würde in einem kollektiven Sicherheitssystem, für das ich in der deutschen Politik seit 15 Jahren eintrete, Vorsorge dafür getroffen werden, daß die Schießereien an den Grenzen Ostberlins und der DDR verhindert werden, damit sie sich nicht ausweiten und auf andere Grenzen übergreifen? Die Grenzen Ostberlins sind übrigens die einzigen in Europa, an denen die eine Seite zwar nicht jede Nacht, aber jede Woche schießt.

Ich möchte noch eine dritte Frage stellen: Werden bei Auflösung der beiden Militärvertragssysteme, von der Herr Chwostow sprach, gleichzeitig die bilateralen militärischen Beistandsverträge aufgehoben? In Osteuropa gibt es ein Netz von bilateralen Freundschafts- und militärischen Beistandsverträgen. Wenn diese existent blieben, würde mich die Aufhebung des Warschauer Paktes überhaupt nicht interessieren. Erwarten Sie, Herr Chwostow, daß dann auch in Westeuropa so ein Netz von bilateralen militärischen Beistandsverträgen geknüpft wird? Wenn das der Fall wäre, sähe ich den Wert der ganzen Anstrengung nicht.

Schließlich würde ich gern wissen, ob es inzwischen Klarheit darüber gibt, daß an einem kollektiven Sicherheitssystem in Europa sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten beteiligt werden. Oder soll es sich nur um die Sowjetunion handeln? Die Auslegungen der Staatsmänner und Führer kommunistischer Parteien nach der Karlsbader Konferenz waren in diesem Punkte nicht einheitlich. Zum Beispiel unterschieden sich die polnischen von den sowjetischen Aussagen. Ich glaube, daß die Sowjetunion eine europäische Macht ist. Andererseits ist sie überwiegend eine asiatische Macht, weil ihre größten Gebietsteile außerhalb Europas liegen. Ich halte es aber für dringend notwendig, daß die Sowjetunion an einem kollektiven Sicherheitssystem für Europa beteiligt wird. Für die Bundesrepublik ist es jedoch ebenso wichtig, daß die Vereinigten Staaten von Amerika daran beteiligt werden, nicht zuletzt, weil es noch Verpflichtungen gibt, welche die beiden Weltmächte im Potsdamer Abkommen übernommen haben.

Chwostow

Ich bin recht froh und halte es für eine Ehre, hier mit einem Repräsentanten der herrschenden Kreise in Bonn, der über die militärischen Fragen gut orientiert ist, über Worte und Taten zur neuen Ostpolitik zu diskutieren.

Entgegen der Hallstein-Doktrin hat die Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen mit Rumänien und Jugoslawien aufgenommen. Das ist richtig, aber nichts prinzipiell Neues; denn auch früher gab es bereits Ausnahmen von der Hallstein-Doktrin. So bestehen die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik schon seit 1955. Ich gebe zu, daß die Motivierung dafür eine andere war - man sprach von bestimmten Verpflichtungen der vier Mächte, zu denen auch die Sowjetunion zählt.

Ich könnte viel über die Ziele sagen, die meiner Meinung nach die Bundesregierung verfolgt, wenn sie Beziehungen zu sozialistischen Staaten aufnimmt, dies aber gegenüber dem anderen deutschen Staat oder um die Terminologie der neuen Politik zu verwenden: gegenüber dem anderen Teil Deutschlands ablehnt. Aber ich will nicht darüber sprechen, um in unsere Diskussion keine Schärfe hineinzutragen, die jetzt nichts nützt.

Das Angebot eines Gewaltverzichts ist an sich eine gute Sache. Ich muß aber offen gestehen, daß sich der Wert dieses Angebotes in meinen Augen sehr verringert, wenn gleichzeitig die Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen abgelehnt wird. Man behauptet zwar, man werde keine Gewaltmittel anwenden, um die Grenzen zu ändern, unterstreicht jedoch zugleich, daß man den anderen deutschen Staat nicht anerkennt. Diese zweite Erklärung setzt den Wert und die Gültigkeit der ersten herab. Es wird hinzugefügt, daß man keine Anerkennung aussprechen wolle, weil das Bestehen dieses zweiten Staates widerrechtlich sei.

Was die Formel von der Respektierung der bestehenden Grenzen angeht, so hat sich selbst Herr Brandt in Nürnberg dazu ein wenig zweideutig ausgedrückt. Wichtiger erscheint mir jedoch, daß sich die Regierung als solche über die Oder-Neiße-Grenze nicht geäußert hat. Der Bundeskanzler lobte die Loyalität von Herrn Brandt und erklärte, man halte an den Worten in der Regierungserklärung vom Dezember 1966 fest. Hier sehe ich also bisher noch keinen Schritt zu einer neuen Politik. Aber auch wenn die Bundesregierung die Grenzen respektiert, habe ich gewisse Zweifel aufgrund der Auslegung, die Herr Schmidt heute gab, als er von Demarkationslinien sprach.

Herr Schmidt sagte weiterhin, die Bundesrepublik habe längst auf die Produktion von Atomwaffen verzichtet. Das wissen wir wohl. Es gibt jedoch Möglichkeiten, auch ohne eigene Produktion zu Atomwaffen zu kommen und den Finger auf einen gewissen Knopf zu drücken. Dennoch halte ich den Verzicht auf die eigene Produktion für ein positives Faktum. Das ist aber schon eine alte Sache.

Was Westberlin anbetrifft, so haben wir seine ökonomischen und auch kulturellen Beziehungen zu Westdeutschland nie in Frage gestellt. Darüber gibt es Erklärungen von sowjetischer Seite und auch seitens der Deutschen Demokratischen Republik.

Schmidt

Ich lese jetzt immer, daß Westberlin auf dem Territorium der DDR liegt, Herr Chwostow.

Chwostow

Das lesen Sie nicht erst jetzt, Herr Schmidt, sondern das ist eine Wiederholung dessen, was in den alliierten Verträgen von 1944 bis 1949 steht.

Schmidt

In diesen Verträgen war doch von der DDR keine Rede!

Chwostow

Dort wird Berlin als eine Stadt bezeichnet, die auf dem Territorium der Sowjetzone liegt und als Sitz des Kontrollrates eine besondere Verwaltung erhält.

Grosser

Hier stehen sich verschiedene juristische Interpretationen gegenüber.

Chwostow

Das ist in der Tat eine juristische Frage.

Die ökonomischen Beziehungen Westberlins zu Westdeutschland jedoch sind eine Tatsache, mit der wir rechnen und rechnen werden.

Was die bilateralen Verträge angeht, so gibt es sie auch im Westen, zum Beispiel zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Außerdem existiert ein ganzes Netz bilateraler Verträge zwischen den NATO-Mitgliedern und den Vereinigten Staaten.

Sommer

Herr Schmidt sprach von militärischen Beistandsverträgen.

Chwostow

über diese militärischen Beistandsverträge habe ich bisher nicht gesprochen, aber darüber muß man gewiß auch im Zusammenhang mit den westlichen bilateralen Verträgen reden. Dazu gehört ebenfalls die westeuropäische Allianz.

Was die Beteiligung der Vereinigten Staaten an einem Sicherheitspakt der europäischen Länder angeht, so sind die USA kein europäischer Staat. In der Sowjetunion lebt der größte Teil der Bevölkerung in Europa, wenn auch ihr Territorium überwiegend in Asien liegt. Von den Amerikanern wohnen nur Geschäftsleute, Diplomaten und Angehörige von Truppenverbänden in Europa, vielleicht auch noch Touristen. Das ist ein großer Unterschied. Wenn wir von europäischer Sicherheit sprechen, meinen wir Europa im üblichen Sinne. Soviel ich weiß, schließt Europa die Vereinigten Staaten nicht ein. So war es bisher in der Geographie.

Die Frage nach dem Schießen an den Grenzen der DDR gehört unmittelbar zum Problem der europäischen Sicherheit. Eine legale Anerkennung der bestehenden Grenzen, die Herr Schmidt Demarkationslinien nannte, würde gewiß die verschiedenen Vorfälle an diesen Grenzen verhüten. Das ist ja gerade unser Ziel. Wollten wir hier über jeden dieser Vorfälle diskutieren, der zum Schießen geführt hat, so würde es gewiß lange dauern, bis wir entscheiden könnten, wer im Recht und wer im Unrecht ist.

Menzel

Es geht hier doch gar nicht um die geographischen Bedingtheiten, Herr Chwostow, sondern es ist eine Realität, daß es im Osten die Schutzmacht Sowjetunion, im Westen die Schutzmacht USA gibt; und auf Realitäten weist man die Bundesrepublik doch immer hin. Es würde am Problem vorbeiführen, wenn man sich plötzlich auf geographische Bezüge zurückzöge.

Ihr General Talenskii hat in einem Gespräch zugegeben, daß auch die Sowjetunion das völlige Verschwinden der amerikanischen Präsenz vom europäischen Kontinent gar nicht so sehr wünsche. Ist nicht ein kollektives Sicherheitssystem vorstellbar, in dem sowohl die UdSSR als auch die USA als Garantmächte gleichberechtigt wirken?

Berezhkov

In meiner Zeitschrift, der "Neuen Zeit", gab es im vorigen Jahr eine Diskussion über europäische Probleme, an der auch deutsche Publizisten teilnahmen. Dabei wurde der Gedanke erörtert, daß auch die Amerikaner in irgendeiner Form an diesem Sicherheitssystem beteiligt sein sollten. Herr Chwostow hat zum Ausdruck gebracht, daß nach unserer Ansicht Amerika kein europäischer Staat ist und daher auch in einem europäischen Sicherheitssystem nicht benötigt wird. Wenn aber die westlichen Partner unbedingt darauf bestehen, wird sich die Teilnahme der USA in der einen oder anderen Form wohl vereinbaren lassen. Das öffnet auch uns eine Möglichkeit.

Bloemer

Herr Chwostow sprach von der Gefahr, daß die europäischen Staaten durch die NATO dem amerikanischen Imperialismus - so drückte er sich aus dienstbar gemacht würden. Dabei führte er ein vielleicht nicht unberechtigtes Argument von General de Gaulle an, wonach die europäischen Staaten, die in einem Bündnis mit der Weltmacht USA stehen, durch irgendeinen Umstand leicht in einen Strudel kriegerischer Entwicklung hineingezogen werden könnten.

Die gleiche Gefahr würde doch aber bei einem kollektiven europäischen Sicherheitssystem bestehen, an dem die Sowjetunion beteiligt wäre. Wie wir von Herrn Chwostow hörten, sollte dieses Sicherheitssystem ja nicht nur die Sicherheit der europäischen Staaten garantieren, sondern auch nach außen wirken. Liegt dann nicht auch ein großes Risiko für uns als kleinere europäische Staaten darin, daß die Sowjetunion ebenfalls allenthalben global engagiert ist?

Wojna

Wir in Polen verstehen nicht, Herr Schmidt, was die SPD mit Anerkennung und Respektierung der heutigen Grenzen meint. Die Resolution des Nürnberger Parteitages spricht im Gegensatz zu Herrn Brandt nicht von Anerkennen beziehungsweise Respektieren, sondern von Anerkennen und Respektieren. Auch ist da nicht von der Oder-Neiße-Linie, sondern von der polnischen Westgrenze die Rede. Das halte ich schon für einen Schritt vorwärts.

Ich möchte Ihnen drei Fragen stellen, Herr Schmidt. Handelt es sich dabei um eine Anerkennung de facto, nicht aber de jure?

Des weiteren war es bisher die offizielle These der Bundesrepublik, daß nur eine gesamtdeutsche Regierung für alle Grenzregelungen zuständig sei. Das gilt aber offensichtlich nur gegenüber dem Osten, denn im Westen wurden bereits verschiedene Grenzregelungen durch die Bonner Regierung im Namen Gesamtdeutschlands akzeptiert. Auf dem SPD-Parteitag wurde gesagt, man anerkenne und respektiere die polnische Grenze bis zum Zeitpunkt einer Friedensregelung, ohne von einer gesamtdeutschen Regierung zu reden. Meint man damit auch einen Friedensschluß mit zwei deutschen Staaten?

Schließlich hätte ich gern gewußt, ob man diese jetzige SPD-Position als Absichtserklärung für eine zukünftige Friedensregelung betrachten darf oder nicht.

Schmidt

Meine Intervention war nicht für die Sozialdemokratische Partei gesprochen, Herr Wojna, sondern ich versuchte, die Politik der Bundesregierung zu interpretieren. Ich bin aber gern bereit, auf spezifische Fragen, die Sie jetzt an die Sozialdemokratische Partei richten, als Sozialdemokrat zu antworten.

Ich weiß nicht, ob man der Sache dient, wenn man sich der Frage, wie die Oder-Neiße-Linie behandelt und angesehen werden soll, mit allzu spezifisch geprägten juristischen Kategorien nähert. Willy Brandt hat in Nürnberg von "Anerkennung beziehungsweise Respektierung" gesprochen. Er meinte damit die Anerkennung und Respektierung von Tatsachen, die heute bestehen, und wollte ausdrücklich eine völkerrechtliche Bindung der Bundesrepublik an diese Tatsachen ausschließen. Das muß, um gleich Ihre zweite Frage zu beantworten, nach unserer Meinung der völkerrechtlichen Friedensregelung vorbehalten bleiben.

Ob diese völkerrechtliche Regelung durch die gegenwärtigen Realitäten präjudiziert ist - das war Ihre dritte Frage;- , ist eine Sache der Spekulation. Ich habe vor zehn Tagen im Namen meiner Fraktion im deutschen Bundestag selbst dazu ausgeführt, daß die Oder-Neiße-Linie von den beiden Staaten, deren Territorien sie gegenwärtig voneinander trennt, nämlich von Polen und von der DDR, als rechtlich fixierte Grenze aufgefaßt wird, daß Polen erklärt, diese Grenze nie ändern zu wollen, und daß es osteuropäische Bündnispartner Polens einschließlich der Sowjetunion gibt, die sich zur militärischen Verteidigung dieser von ihnen so genannten Grenze verpflichtet haben. Das ist eine doppelte Rechtsposition auf östlicher Seite: Erstens sei es eine endgültige Grenze, und zweitens sei man bereit, sie militärisch zu verteidigen.

Ich habe weiter ausgeführt, dem stehe auf der Seite der Bundesrepublik ebenso eine doppelte Rechtsposition gegenüber: Man erklärt, man wolle diese Linie unter keinen Umständen mit Gewalt verändern, aber man behauptet einen Rechtsanspruch darauf, daß diese Grenzen nur in einem Friedensvertrag geregelt werden können.

Wenn man diese beiden Paare von jeweils zwei Rechtspositionen nebeneinanderlegt und dabei unterstellt, daß sie von allen Beteiligten ernst gemeint sind und nicht aufgegeben werden, dann kann man ermessen, wie klein oder wie groß in Zukunft der Spielraum im Rahmen einer europäischen Friedensregelung ist.

Ob eine Friedensregelung für Europa auch mit zwei deutschen Staaten oder nur mit einem wiedervereinigten Deutschland möglich ist, möchte ich im Augenblick offenlassen. Ich kann mir Friedensregelungen vorstellen, die, aufeinander folgend, sich gegenseitig ergänzen, ohne daß sie einen einzigen, alles endgültig regelnden Friedensvertrag darstellen müssen.

Berezhkov

Herr Wojna sprach von der Grenzregelung der Bundesrepublik im Westen, und zwar mit Holland und Belgien. Hier hat man doch, ohne Friedensvertrag und ohne die DDR zu konsultieren, die Grenzen festgelegt. Indessen sieht man keine Möglichkeit, die Grenzen im Osten zu akzeptieren. Das erregt unsere Besorgnis.

Grosser

Darauf kann aber geantwortet werden, Herr Berezchkov, daß die Abtretung der wenigen Quadratkilometer an Belgien und Holland nicht mit der Grenzregelung im Osten vergleichbar ist. Im Falle des Saarlandes handelte es sich um ein erheblich größeres Gebiet. Die Bundesrepublik existierte bereits seit Jahren, ehe man das Saarproblem endgültig löste. Man wollte keinen Parallellfall zum Osten schaffen, aber die juristische Seite der Grenzfragen könnte man endlose Diskussionen führen.

Hassner

Bei den Ausführungen unserer russischen Gesprächspartner muß ich an das Glas denken, von dem der eine sagt, es sei halbvoll, der andere aber, es sei halbleer.

Man kann verstehen, daß sich die Sowjetunion nicht damit zufrieden gibt, was die Bundesregierung, Herr Brandt oder Herr Schmidt erklären. Im Hinblick auf die französische Politik und auch die atlantische Politik Italiens oder der anderen europäischen Länder besteht meiner Meinung nach bei der Sowjetunion offensichtlich die Tendenz zu unterstreichen, daß sich etwas verändert habe. Das sieht man unter dem Aspekt des halbvollen Glases. Hat sich dagegen in der bundesrepublikanischen Politik etwas geändert, wird dies unter dem Aspekt des halbleeren Glases betrachtet.

Sie erwähnten zum Beispiel die Worte des Bundeskanzlers, Herr Chwostow, nicht aber die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages der SPD. Als Herr Schmidt daran erinnerte, haben Sie diese Beschlüsse sehr einschränkend interpretiert. Auch die sowjetische Presse hat nach der Rede von Herrn Brandt lediglich das hervorgehoben, was sich nicht geändert habe, zum Beispiel gäbe es nichts Neues zum Problem der Oder-Neiße-Linie. Die Nürnberger Beschlüsse enthalten doch Aussagen über den Atomsperrvertrag und den Besitz von Atomwaffen, die die Sowjetunion völlig zufriedenstellen sollten. Man verzichtet ja nicht nur auf den Besitz von Atomwaffen, sondern auch auf Mitbesitz und jedes deutsche Recht zur Mitkontrolle.

In politischen Verhandlungen wird natürlich zunächst einmal festgestellt, daß der vom Partner angebotene Preis hoch, nicht aber, daß er schon akzeptabel sei. Das ist völlig normal. Aber in Diskussionen wie der unsrigen, die sich von politischen Verhandlungen unterscheiden, müßte es doch gewisse Spielregeln und ein bestimmtes Maß objektiv feststellbarer Wahrheit geben.

Um mich auf dieses Treffen vorzubereiten, habe ich unter anderem eine Studie von Rachmaninow in der Zeitschrift "Vie Internationale" gelesen. Dort behauptet der Autor, Franz Josef Strauß hätte erklärt, es sei das Ziel Deutschlands, das Werk Hitlers zu vollenden und den Kommunismus in Europa auszumerzen. Daher brauche Deutschland Atomwaffen. Vielleicht kann uns Herr Bloemer sagen, ob das wirklich die Vorstellung von Herrn Strauß ist. Ich glaube aber nicht, daß wir auf diese Weise zu einer fruchtbaren Diskussion kommen werden.

Bloemer

Dieser Ausspruch von Strauß soll auf das Jahr 1961 zurückgehen. Allein die Tatsache, daß wir wohl alle hier dieses Zitat zum ersten Male hören, spricht für seine absolute Unglaubhaftigkeit. Mir erscheint aber wichtig, daß Jurij Schukow sich vor einigen Wochen in einem größeren Artikel in der "Prawda" ebenfalls mit Gedanken von Strauß, an denen ich einen gewissen Anteil habe, auseinandersetzte. Herr Schukow bezog sich speziell auf das Buch "Entwurf für Europa" und behauptete, daß Strauß darin eigentlich eine Ordnung Hitlerscher Form in einer anderen Gestalt verwirklichen wolle.

Dagegen ist Strauß in diesem Buch mit seinen Gedanken über die Europäisierung der deutschen Frage so weit gegangen, daß man herauslesen kann, er halte die Wiederherstellung eines deutschen Einheitsstaates, ja sogar den Anspruch darauf, für eine nicht gerade günstige Voraussetzung für das Zusammenleben und Zusammenwirken der europäischen Völker. Auch dieser von Herrn Strauß bereits vor Jahren vorgetragene Gedanke sollte als ein echter Beitrag zur europäischen Entspannung und Solidarität gewertet werden.

Ratiani

Es stimmt, daß Jurij Schukow in der "Prawda" über das Auftreten von Herrn Strauß geschrieben hat, und der von Herrn Bloemer erwähnte Ausspruch wurde richtig wiedergegeben. Als Journalist habe ich bei einer NATO-Tagung gehört, wie Herr Strauß sagte:

Wenn einmal die Deutschen den Kommunismus aufzubauen beginnen, wird es der beste Kommunismus sein.

Schmidt

Sind Sie sicher, daß Strauß das gesagt hat - war es nicht vielleicht Walter Ulbricht?

Ratiani

Ich möchte jetzt keine Diskussion über den Nationalismus von Herrn Strauß in Fragen des Kommunismus einleiten.

Chwostow

Ich glaube nicht, daß Herr Schukow in dem betreffenden Artikel die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands abgewiesen hat. Ich jedenfalls kann mit Bestimmtheit sagen, daß dieses Problem lösbar ist, und zwar müssen sich die Deutschen selbst darum bemühen. Diese große Frage der Deutschen Nation ist keineswegs vom Tisch gewischt. Aber die beiden deutschen Staaten können sie nur untereinander bereinigen. Sie sprachen von einem halbvollen Glas, Herr Hassner, es ist aber gleichzeitig halb leer!

In meinem Referat habe ich kein Wort über den Nürnberger Parteitag der SPD gesagt. Ich habe nur kurz bemerkt, daß außer in der Bukarester Deklaration und in den Erklärungen von Karlovy Vary auch konstruktive Vorschläge der französischen Politik etwa der letzten zehn Jahre sowie aus sozialdemokratischen und christlichen Kreisen vorliegen. Ich leugne nicht, daß auf dem Nürnberger Parteitag manches besprochen und beschlossen wurde, was eine positive Bedeutung haben kann. Damit wurde jedoch keineswegs der Standpunkt der Bundesregierung dargelegt. Herr Brandt hat in Nürnberg als Parteichef gesprochen. Einige Interpretationen, die hier vorgelegt wurden, verringern in meinen Augen sogar noch den Wert seiner Worte. Ich hatte sie höher eingeschätzt. Allerdings bin ich heute noch nicht imstande, die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages im Detail zu diskutieren. Dazu braucht man ein längeres Studium, für das ich bisher noch nicht genügend Zeit aufbringen konnte. In meinem Referat habe ich jedenfalls nur von der Politik der Bundesregierung und nicht von der der Parteien gesprochen.

Menzel

Dennoch verstehe ich nicht, Herr Chwostow, weshalb Sie in Ihrem Referat alles, was auf deutscher Seite geschieht, minimalisiert haben, und zwar verstehe ich es gerade vom Standpunkt der sowjetischen Politik aus nicht. Läge es nicht im Interesse der sowjetischen Politik zuzugeben, daß in der Bundesrepublik ein Wandel eingetreten ist, diese Entwicklung nicht zu hemmen und zu frustrieren, sondern zu unterstützen? Meines Erachtens ist es eine Frage der außenpolitischen Psychologie, demjenigen beizustehen, der auf dem Marsch zu einem Ziel ist, das man ebenfalls anstrebt, anstatt ihm ein Bein zu stellen.

Chwostow

Wir minimalisieren doch keineswegs, was in Westdeutschland an Positivem geschieht, Herr Menzel. Ich habe in meinem Referat und eben im Zusammenhang mit dem Nürnberger Parteitag betont, daß wir die Strömungen für Sicherheit und Frieden in Westdeutschland sehr hoch werten und sie begrüßen. Ich schätze auch gewisse Veränderungen in der westdeutschen Öffentlichkeit durchaus nicht gering ein. Was aber die Politik der Bundesregierung angeht, so sehe ich darin keine Wandlungen, die zu konstatieren erlaubten, hier läge eine neue Politik vor. Ich weiß nicht, wie meine Kollegen darüber denken. Aber meine Ansicht ist doch mit der Formel von der Respektierung der Oder-Neiße-Grenze bestätigt worden.

Menzel

Würden Sie zustimmen, Herr Chwostow, daß das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander und ich verwende bewußt diesen Ausdruck - ein anderes ist als das zwischen der Bundesrepublik und irgendeinem anderen Staat? Ich meine, wir wären in früheren Gesprächen ein Stück weiter gewesen. Fragen der Anerkennung zwischen der Bundesrepublik und der DDR unterscheiden sich wesentlich von denen der Anerkennung zwischen der Bundesrepublik und etwa Jugoslawien oder der Türkei.

Chwostow

Gewiß unterscheiden sich die Beziehungen der Bundesregierung zur DDR von denen mit anderen europäischen Staaten; denn hier geht es um die menschliche und nationale deutsche Frage.

Menzel

Sie unterstellen im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR und bei dem Wort "Demarkationslinie", das Herr Schmidt gebrauchte, dahinter stecke die Absicht zu irgendwelchen besonderen Maßnahmen. Deshalb haben Sie auch Bedenken wegen des Gewaltverzichtes. Die Frage des Gewaltverzichtes und das Problem der Anerkennung haben jedoch nichts miteinander zu tun.

Bedauerlicherweise wurde in der Friedensnote des Auswärtigen Amtes vor zwei Jahren die DDR nicht erwähnt. Das hatte seine Gründe, wurde aber inzwischen nachgeholt. Man sollte also sehr vorsichtig sein, in der zwischendeutschen Situation etwas zu unterstellen, was nicht vorhanden ist.

Sommer

Der historische Ansatz von Herrn Chwostow scheint mir nicht sehr fruchtbar zu sein, weil er die Verlängerung einer Denkweise andeutet, die bei uns längst überwunden ist. Im Westen revidieren wir unsere Ansichten. Es gibt heute ernst zu nehmende Historiker, die sich zumindest das Eingeständnis leisten, daß der Kalte Krieg ein Mißverständnis gewesen sein könnte. Die Entsprechung auf der östlichen Seite wäre es, zuzugeben, daß von dorthier vielleicht einiges zum Entstehen dieses Mißverständnisses beigetragen worden sei. Dieses Eingeständnis habe ich heute vermißt. Ich halte es in diesem Zusammenhang für sehr verwunderlich, daß man sich auf einen Vorschlag beruft, den Herr Molotow in einer spezifischen Situation des Kalten Krieges gemacht hat, nämlich die Sowjetunion solle der NATO beitreten. Wir berufen uns ja heute auch nicht mehr auf Mr. Dulles.

Ich bedaure diesen Ansatz von Herrn Chwostow deshalb, weil die fragwürdige Historie auch zu einer fragwürdigen Gegenwartsanalyse führt. Das möchte ich an zwei Punkten beleuchten: einmal an der Frage nach der Rolle der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent und zweitens an der Grundsatzfrage, die Herr Grosser andeutete, ob eigentlich die Konfrontation auf europäischem Boden wirklich etwas übles oder vielleicht sogar etwas Positives gewesen sei.

Als im Jahre 1949 die NATO gegründet wurde, kehrten die Amerikaner, die nach 1945 mit ihren wesentlichen Verbänden abgezogen waren, wieder nach Europa zurück, um eine bis heute fortbestehende fundamentale Asymmetrie auszugleichen. Diese Asymmetrie liegt darin, daß sich auf der einen Seite die Sowjetunion, ein Volk von 230 Millionen, am Ostrande Europas befindet und klassische, aber auch nukleare Waffen sehr schnell auf unserem Kontinent einsetzen kann. Die Vereinigten Staaten dagegen liegen in fünftausend Kilometern Entfernung jenseits des Ozeans. Sie können zwar, wenn sie den politischen Willen dazu haben, strategische Waffen rasch einsetzen, aber konventionelle Verbände nur sehr viel langsamer heranzuführen. Daher ist es schwer für uns, das bestehende Ungleichgewicht ohne amerikanische Beteiligung auszugleichen.

Nun hat damals die Postierung amerikanischer Truppen in Westeuropa zu der von Herrn Chwostow erwähnten Konfrontation geführt. Er unterstellt, daß sie in den vergangenen neunzehn oder zwanzig Jahren in Europa nur Negatives bewirkt habe. Ich bestreite diese Prämisse und behaupte im Gegenteil - was ein Blick auf die Geschichte der letzten zwanzig Jahre zeigt;- , daß durch diese Konfrontation in Europa der Ausbruch bewaffneter Zusammenstöße verhindert worden ist. Wenn ich mir die Weltkarte anschau, dann herrscht überall dort Unruhe, wo eine vergleichbare Konfrontation nicht besteht. Blicken Sie in den Nahen Osten oder nach Vietnam! Ich glaube nicht, daß es zur gegenwärtigen Eskalation in Vietnam gekommen wäre, wenn die Großmacht Sowjetunion dort den Vereinigten Staaten direkt gegenübergestanden hätte. Man sollte sich wohl eine Überwindung der Konfrontation in Europa wünschen, um hier wieder gesunde, normale Verhältnisse zu schaffen, nicht aber, weil sie gesteigerte Kriegsrisiken birgt. Ich betrachte sie im Gegenteil als ein Positivum im Sinne der Kriegsverhinderung; denn so hat sie bisher gewirkt.

Nun stellt sich die Frage, wie wir die Konfrontation überwinden. Herr Chwostow schlug lediglich vor, die bestehenden Militärbündnisse aufzulösen. Dadurch würde man zwar die geringen Nachteile der Konfrontation aus der Welt schaffen, aber zugleich ihre großen Vorteile aufs Spiel setzen. Deshalb vermag ich in einer simplen Aufgabe der Bündnisse und ihrem Ersatz durch ein europäisches Sicherheitssystem, von dem bisher noch niemand gesagt hat, wie es aussehen soll - auch heute Herr Chwostow nicht;- , keine Lösung zu sehen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur einige Fragen anreissen. Wie organisiert man eine europäische Macht? Welche Staaten organisieren sie? Entsprechend der Bukarester und Karlsbader Erklärungen, die für eine europäische Sicherheitskonferenz eintraten, sagten Sie, Herr Chwostow, sämtliche europäischen Staaten sollten daran teilnehmen. Das käme mir wie ein Albtraum vor: Es gibt

31 europäische Staaten - vom kommunistischen San Marino bis zum faschistischen Portugal. Sollen diese alle um einen Konferenztisch sitzen und eine europäische Friedensordnung ausarbeiten?

Eine andere Alternative scheint mir viel vernünftiger zu sein. Nämlich: die beiden Paktsysteme nicht über Nacht aufzulösen und an ihre Stelle etwas zu setzen, für das die politischen und militärischen Fundamente bisher weder geschaffen noch auch nur sichtbar sind, sondern sie vielmehr in der Weise zu ergänzen, daß man Elemente kollektiver Sicherheit in die bestehenden Paktsysteme aufnimmt und versucht, auf den Fundamenten der fortbestehenden Allianzsysteme einen gemeinsamen Oberbau zu errichten. Diese Grundfrage: Auflösung der Pakte und Ersatz durch ein System, von dem noch keiner eine genaue Definition geliefert hat, oder pragmatisches Einandernäherkommen durch Schaffung eines überstülpenden gesamteuropäischen Sicherheitssystems sollte eines der zentralen Probleme unserer Diskussion sein.

Chwostow

Herrn Sommer gefallen meine historischen Ansätze nicht. Ich habe präzise gesagt, daß ich von welthistorischen Betrachtungen absehe, obwohl sie vielleicht doch nützlich wären. Sie würden jedoch unsere Polemik verschärfen. Wir haben genügend strittige Fragen in der Gegenwart. Als Historiker bin ich natürlich bereit, auch über historische Fragen einschließlich der Genesis des Kalten Krieges zu sprechen. Ich habe immer im Bereich der Geschichte der internationalen Beziehungen gearbeitet und würde mit Vergnügen darüber reden - auch über die Ereignisse von 1939. Ich weiß nur nicht, ob es nützlich ist.

Wenn Sie nun davon sprechen, Herr Sommer, daß die Sowjetunion nahe sei, die Vereinigten Staaten aber weit entfernt, so ist es eine strategische Frage, was in unserer Zeit leichter ist: Truppen von der östlichen Küste der USA auf dem Schiffs- oder Luftwege an den Rhein oder aus Transbaikalien oder gar Nowosibirsk an die Elbe zu schaffen.

Sie bemängelten weiterhin, Herr Sommer, es habe niemand - auch ich nicht - gesagt, wie das kollektive Sicherheitssystem aussehen solle. Ich ging von der Voraussetzung aus, daß die zahlreichen Vorschläge, die in dieser Hinsicht von verschiedenen Seiten und zu verschiedenen Zeiten gemacht wurden, bekannt seien. Die Anwesenden erinnern sich wohl an die Verhandlungen über einen gewissen Ostpakt, die vor dem Zweiten Weltkrieg auf französische Initiative hin geführt wurden. Damals sind von sowjetischer Seite ebenfalls Vorschläge gemacht worden. Auch nach dem Kriege hat sich die Sowjetregierung - zum Beispiel auf der Berliner Konferenz von 1954, aber auch später - wieder öffentlich mit dieser Frage befaßt. Ich denke, dort wurden bestimmte Leitlinien gegeben.

Plaschka

Bündnissysteme galten bisher vor allem als fördernd für die Auslösung kriegerischer Konflikte. Ich möchte hinzufügen, daß dies nicht grundsätzlich der Fall sein muß; hier bleibt die Zielsetzung der Partner entscheidend. Unter bestimmten Voraussetzungen können Bündnissysteme auch dazu dienen, den Ausbruch von Kriegen zu hemmen, den Frieden zu fördern und stabilisierend zu wirken. Das Risiko der Bündnisautomatik kann abschreckend sein. Als Beispiel erinnere ich an den 25. August 1939, als das soeben vertiefte Bündnis zwischen Großbritannien und Polen eine abschreckende, aufschiebende Wirkung auf Hitlers Angriffsabsichten auslöste.

Wir müssen berücksichtigen, daß beide Bündnissysteme in Ost und West derzeit noch mit ansehnlicher überstaatlicher Integrationskraft ausgestattet sind. Damit sind Ansätze zur Bildung neuer Großgruppen von Bevölkerungen vorhanden. Die wesentlichen Merkmale einer solchen Gruppenbildung sind: die gemeinsame Vorstellung von einer bestimmten Rolle in der Welt, der Glaube an die Überlegenheit der eigenen Gruppenideologie, die Annahme einer Bedrohung von außen und die Forderung nach einer Hingabe an die Gruppe im Innern. Müßten diese Integrationstendenzen der Blöcke nicht gebremst werden, um einer europäischen Verständigung zu dienen?

Chwostow

In meinem Referat sagte ich, Herr Plaschka, daß das System der Bündnisse meist zum Kriege führt und nicht zu Frieden und Sicherheit. Es gibt natürlich Ausnahmen. Ich bezweifle allerdings, ob gerade das englisch-polnische Bündnis ein gutes Beispiel für ein positives Bündnis ist. Das Resultat war jedenfalls nicht sehr trostreich. Aber man könnte sicher Beispiele von Bündnissen anführen, die eine positive Rolle gespielt haben, man kann nicht alles über einen Kamm scheren.

Berezhkov

Herr Sommer entwickelte die interessante Idee, daß die Existenz der beiden Blöcke die Sicherheit in Europa bisher garantiert habe. Wir sind anderer Meinung; denn ich denke, daß die Geschichte bereits darüber hinausgegangen ist. Herr Sommer hält die Ära eines Molotow und Dulles für überholt: Wenn Sie aber das Gleichgewicht der Blöcke zugrunde legen, dann fallen wir noch weiter zurück, nämlich auf die Zeit des Faustrechts. Stehen sich zwei Mächte gegenüber wie früher die Raubritter, dann kommt es auf das Gleichgewicht der Macht an. Diese Begriffe sind doch von der Entwicklung längst überholt.

Sommer

Können Sie beweisen, daß sie überholt sind?

Berezhkov

Nach dem Zweiten Weltkrieg, Herr Sommer, ging es doch nicht in erster Linie um das Gleichgewicht. Selbst amerikanische Gelehrte bestätigen heute, nach 1945 habe niemals die Gefahr bestanden, daß Sowjetrußland einen Angriffskrieg gegen Westeuropa führen würde.

Trotzdem war die Sorge vor dieser Gefahr einer der Gründe zur Errichtung des NATO-Blockes. Dahinter jedoch stand etwas anderes, nämlich die aggressive Politik dessen, was wir den amerikanischen Imperialismus nennen. In Vietnam steht den Amerikanern kein Warschauer Pakt gegenüber. Dort führen sie einen aggressiven Krieg. Ohne den Warschauer Pakt hätten wir den Krieg vielleicht irgendwo in Europa.

Schmidt

Wenn Sie so argumentieren, Herr Berezhkov, dann müssen wir uns zum Advokaten der Amerikaner machen und von der Berliner Blockade reden. Ich sehe keinen Sinn darin, daß wir hier Propagandafloskeln austauschen.

Grosser

Wenn wir darüber debattieren, ob nur die eine oder die andere Seite in der Vergangenheit recht oder unrecht hatte, ist sicherlich kein fruchtbares Gespräch möglich. Man sollte vom anderen nicht verlangen zuzugeben, daß er allein in der Vergangenheit falsch gehandelt habe. Vielmehr sollten wir von der Zukunft sprechen und die Vergangenheit mit Toleranz betrachten.

Berezhkov

Wenn wir jetzt weiterdenken: Sollen dann diese Blöcke bestehen bleiben, wie sie sind, oder müssen wir etwas Neues finden, um Sicherheit für ein gemeinsames Europa zu schaffen? Natürlich lassen sich die Blöcke nicht mit einem Schlage liquidieren. Wir können aber als ersten Schritt einen Nichtangriffspakt zwischen den beiden Blöcken abschließen, bevor man sie auflöst. Das hat die Sowjetunion bereits vorgeschlagen.

Was soll dann mit den zweiseitigen Bündnissen geschehen? Die Sowjetunion hat zweiseitige Bündnisse nicht nur mit osteuropäischen, sondern auch mit westeuropäischen Staaten, die vor dem Entstehen des NATO-Paktes geschlossen wurden, zum Beispiel mit Frankreich und auch mit Finnland. Jetzt steht ein weiteres Abkommen zwischen England und der Sowjetunion auf der Tagesordnung.

Übrigens können sich auch die Inhalte solcher Abkommen ändern. Zum Beispiel ist der Vertrag mit Ungarn von 1948 im Jahre 1968 ausgelaufen. Das neue Abkommen hat schon mehr politischen als militärischen Charakter. Da gibt es also auch Möglichkeiten.

Kogon

Vergleichbare bilaterale militärische Beistandsverträge haben wir zwar im Westen nicht. Stattdessen existiert ein schwächeres, multilaterales System unterhalb der NATO, nämlich die Westeuropäische Union. Sie hat auch einen militärischen Charakter. Der erweiterte Brüsseler Pakt ist aus dem Beistandsvertrag von Dünkirchen hervorgegangen, der zwischen Großbritannien und Frankreich abgeschlossen wurde.

Kuby

Der wandte sich aber nicht gegen die Sowjetunion.

Kogon

Er war zwar offiziell gegen Deutschland gerichtet, und erst in Paris, als Italien und die Bundesrepublik beitraten, ist diese Klausel gefallen. Aber der eigentliche Gegner, an den schon von Dünkirchen ab und besonders seit Brüssel infolge des Kalten Krieges gedacht wurde, war die Sowjetunion.

Dieses multilaterale System ist den östlichen bilateralen Beistandsverträgen nicht gleichwertig. Außerdem können die westlichen Integrationsverträge, deren Auflösung für die Sowjetunion von elementarem Interesse wäre, unsererseits nicht preisgegeben werden. Die Annahme, wir könnten auf diese Verträge bis hin zur EWG und zum Euratom verzichten, wäre eine Illusion. Niemand ist zur Auflösung bereit, selbst wenn de Gaulle dies anstrebt.

Man wird weder die unterhalb der NATO noch die unterhalb des Warschauer Paktes liegenden Vertragssysteme auflösen können, gleichgültig, wie man sie auch auffaßt.

Hassner

Nach den bisherigen Ausführungen könnte ich mir drei Modelle für eine internationale Sicherheit vorstellen: erstens das System einer Allianz; zweitens das Modell der kollektiven Sicherheit, wobei einer für alle und alle für einen eintreten. Drittens gibt es das Modell der nationalen Souveränität, wo jeder sich selbst verteidigt, was man auch so formulieren könnte: jeder für sich selbst und die Bombe für uns alle. Die Sowjetunion setzt den Akzent je nach Problemstellung mal auf das eine, mal auf das andere System; mal auf die nationale Souveränität, die durch kein Bündnis getrübt wird, mal auf die kollektive Sicherheit, worunter das Bündnis aller mit allen zu verstehen ist. Die Frage bleibt aber offen, ob es zwischen dem Modell des Universalismus und dem der nationalen Sicherheit aus eigener Kraft noch ein System von Gruppierungen und Allianzen gibt, auf das man international bauen kann.

In den Ausführungen von Herrn Chwostow sind mir zwei widersprüchliche Äußerungen aufgefallen. Einmal sagte er, die Zusammenarbeit der großen Mächte sei etwas Positives gewesen. Wenn man sie fortgesetzt hätte, wäre sie die beste Grundlage für die internationale Sicherheit gewesen. Dann meinte er aber, daß die amerikanische Garantie im Rahmen der NATO die Europäer gegenüber einer wenn auch völlig undenkbar sowjetischen Aggression heute ohnehin kaum mehr schützen könnte, da die USA selbst nicht mehr unverwundbar seien.

Herr Berezchkow sagte, hätte es den Warschauer Pakt nicht gegeben, wären die Amerikaner ebenso wie in Vietnam auch in Europa in einen leeren Raum vorgestoßen und hätten einen Krieg provoziert. Dem kann man entgegenhalten, daß die Amerikaner, bevor es den Warschauer Pakt gab, das Monopol der Atomwaffen besaßen. In dieser Zeit jedoch, in der es physisch möglich war, ist der von Herrn Berezchkow erwähnte Vorstoß nicht erfolgt.

Aber abgesehen von einem polemischen Schlagabtausch: Ich erkenne doch in diesen Ausführungen der Herren Chwostow und Berezchkow eine Art Huldigung vor dem Prinzip des Gleichgewichtes der Großmächte. Immer wieder taucht das Thema der Kooperation der Großmächte auf, die man auch Kondominium nennen kann. Natürlich wollen die Europäer wissen, wo noch Garantien für das gesuchte Gleichgewicht bestehen, wenn die Amerikaner überhaupt nicht mehr in Europa intervenieren wollen, weil ihr eigenes Territorium verwundbar geworden ist, und sich deshalb ganz aus Europa zurückziehen.

Aus den Beiträgen der Herren Chwostow und Berezchkow geht hervor, daß man beim Prinzip der Multilateralität folgendes berücksichtigen muß: Erstens besteht die Tendenz, die nationalen Interessen stärker zu betonen; zweitens gibt es kleine und große Mächte, wobei die großen die kleinen beschützen; und drittens kennt man unterschiedliche Grade von Gleichgewicht und von Zusammenarbeit. Es lassen sich verschiedene Arten von Arrangement zwischen diesem System der Multilateralität und den Großmächten denken, aber auf die Schutzfunktionen der großen Mächte kann man in keinem Fall verzichten.

Kuby

Es gibt in Europa etwa 30 Staaten, deren Größe sehr stark voneinander abweicht. In unserer heutigen Welt wirken sich nun einmal die Gesetze der Machtphysik noch aus. Selbst wenn die westeuropäischen Staaten sozialistisch oder diejenigen Osteuropas liberaldemokratisch regiert würden, bestünde das Problem des Machtgefälles zwischen der Weltmacht Sowjetunion und den kleinen und mittelstarken Staaten fort. Die neue Friedensordnung müßte also unter Ländern von äußerst verschiedener Größe vereinbart werden.

Wie kann man also in einem solchen System ein Gleichgewicht schaffen, da die übrigen Staaten gegenüber der Weltmacht Sowjetunion dazu gar nicht fähig sind? Aus diesem Grunde legt man in Westeuropa auf die Präsenz der Amerikaner Wert, oder man will durch politische Konsolidierung der EWG ein Gleichgewicht schaffen.

Schuster

Ich möchte Herrn Kuby beipflichten. Es dürfte keinen Zweck haben, über eine europäische Ordnung nachzudenken, die auf eine Hegemonie hinausläuft. Diese Gefahr ist nach den Naturgesetzen der Politik gegeben, wenn man das Schutzangebot von nur einer der Weltmächte akzeptiert. Es kommt daher nicht nur auf das Weltgleichgewicht, sondern vor allem auf ein europäisches Gleichgewicht an. Dann stellt sich die Frage, ob die EWG als Gewicht gegen die Macht Sowjetrußlands ausreicht. Herr Kuby scheint dieser Meinung zu sein. Genügt es, ein Gleichgewicht nach französischem Anspruch herzustellen, oder braucht man doch Amerika dazu? Wie weit werden also die USA benötigt, um eine Hegemonie der Sowjetunion in Europa zu verhindern?

Es gilt, den Interessen aller beteiligten Staaten gerecht zu werden. Man muß bereit sein, nicht nur Positionen, sondern auch eine gewisse Sprache, die verräterisch an die fünfziger Jahre erinnert, fallenzulassen. Herr Chwostow sprach von der Unruhe im Westen. Die Unruhe in den östlichen Staaten ist ebenso interessant, wenn sie dort aus verschiedenen Gründen auch weniger artikuliert zum Ausdruck kommt. Ich sehe in dieser Unruhe etwas Erfreuliches. Sie appelliert an die Generation der Väter im Westen wie im Osten, die Positionen und die Sprache einer vergangenen Zeit aufzugeben.

von Raven

Wie Herr Sommer bin auch ich der Meinung, daß die Bündnisse bisher den Frieden gesichert haben. Ich möchte nicht untersuchen, ob die Entwicklung, die zu den Bündnissen geführt hat, auf schrecklichen Irrtümern beruht, sondern mit Ortega y Gasset sagen, daß ja nicht nur die Dinge an sich in der Politik wichtig sind, sondern auch die Meinungen der Menschen über die Dinge.

Jedenfalls hat die Angst beider Seiten voreinander die Bündnisse geschaffen und den Zustand des Nicht-Krieges - ich möchte es bewußt nicht Frieden nennen - in Europa herbeigeführt. Um diesen Zustand des Nicht-Krieges in einen Zustand des Friedens zu verwandeln, sollte man versuchen, die Blockbildungen zunächst aufzulockern und dann zu überwinden. Da die Blockbildungen im wesentlichen durch psychologische Tatbestände entstanden sein dürften, sollte man auch psychologische Mittel einsetzen, um das beiderseitige Mißtrauen aufzulösen, ehe man konkret über ein rationales europäisches Sicherheitssystem spricht.

Im Gegensatz zu Herrn Chwostow meine ich, daß die Bundesregierung der Großen Koalition einige bemerkenswerte Schritte zum Abbau des Mißtrauens getan hat, die bereits von Herrn Schmidt erwähnt wurden. Nach einer Äußerung von Außenminister Willy Brandt in Bukarest wird die DDR soviel internationale Anerkennung erhalten, wie sie in ihrem Innern anerkennungswürdige Zustände schafft. Dazu gehört, daß das Schießen an der Mauer in Berlin, an der Demarkationslinie, Grenze oder wie man es sonst bezeichnen will, aufhört. Damit würde auch das Mißtrauen auf seiten der Bundesrepublik abgebaut. Denn hier geht es ja nicht um die Verteidigung einer Grenze gegen Angriffe, die von außen kommen, sondern um die Errichtung einer Sperrlinie gegen Menschen, die sie von innen durchbrechen wollen.

Herr Chwostow sprach von den Gefahren des Wettrüstens. Damit wird der Frieden tatsächlich erheblich gefährdet, weil sich zu irgendeinem Zeitpunkt eine Seite für so überlegen halten könnte, daß sie die andere Seite bedroht. Aus diesem Grunde ist es mir unverständlich, warum die Sowjetunion nicht auf das ständig wiederholte Angebot der Vereinigten Staaten eingegangen ist, auf gewisse waffentechnische Entwicklungen zu verzichten. Ich denke zum Beispiel an den Aufbau von ABM-Systemen. Lassen Sie mich sinngemäß Professor von Weizsäcker zitieren: Für den Frieden ist es nötig, manche technische Möglichkeiten, die man hat, nicht zu nutzen.

Grosser

Wenn Sie von anerkennungswürdigen Zuständen in der DDR sprechen, Herr von Raven, so wird dem bestimmt das Anwachsen der NPD in der Bundesrepublik entgegengehalten. So kann man Argumente und Gegenargumente gegeneinander aufrechnen. Das sollten wir hier nach Möglichkeit vermeiden.

Sommer

Unseren sowjetischen Freunden mag der Gedanke unvorstellbar erscheinen, daß irgend jemand Sicherheit vor der Sowjetunion braucht. Seit dem Umsturz vom Februar 1948 in Prag haben wir aber das Gefühl, wir seien vor der Sowjetunion nicht sicher, und die späteren Ereignisse haben uns in diesem Gefühl bestärkt: die erste Berliner Blockade im gleichen Jahr, die zweite Berlin-Krise in den Jahren 1958 bis 1961, schließlich die Kuba-Krise von 1962. Sicher war es falsch, alle westlichen Vorschläge für eine europäische Sicherheit bisher einseitig gegen die Sowjetunion auszurichten. Umgekehrt sollten bisher sämtliche östlichen Vorschläge dadurch Sicherheit vor Deutschland garantieren, daß es für alle Zeiten geteilt wurde.

Wir werden auf dem Felde der europäischen Sicherheit nicht weiterkommen, wenn nicht beide Seiten von diesen einseitigen Positionen abrücken, die ich als veraltet und unhaltbar ansehe. Unsere sowjetischen Freunde sollten sich-zumal bei wenig subtilen Geistern - nicht dem Verdacht aussetzen, sie wollten heute mit ihrem Drängen nach einer Sicherheitslösung im Sinne der Bukarester oder Karlsbader Deklarationen lediglich den Kalten Krieg mit neuen diplomatischen Mitteln fortsetzen. Dieser Verdacht kann leicht geweckt werden, weil sie nahezu die gleichen Ziele ansteuern, die sie schon mit dem Friedensvertrag und dem Berliner Ultimatum der Jahre 1958 bis 1961 im Auge hatten. Darüber müssen wir hinauskommen.

Im übrigen kann man nicht behaupten, Herr Berezchkov, wer an Bündnissen festhalte, bekenne sich zum Faustrecht. Er bekennt sich im Gegenteil zu einer Ordnung, die bisher funktioniert hat. Nur von dieser Ordnung aus und durch eine Verknüpfung beider Paktsysteme können wir zu einer neuen Ordnung gelangen.

Chwostow

Ich wundere mich über das Wort "drängen", Herr Sommer. Gewiß, wir verfolgen ein Ziel, aber wir drängen doch niemanden. Wir leben in dem bestehenden Blocksystem und können noch lange damit weiterleben. Der Warschauer Pakt ist keine schlechte Sache für uns. Aber wir möchten eine Alternative vorschlagen, die dem modernen internationalen Rechtsbewußtsein adäquater ist als das alte Blocksystem und das damit unlösbar verbundene Wettrüsten. Wir drängen also nicht dazu, sondern schlagen nur vor.

Sommer

In der Erklärung der kommunistischen Arbeiterparteien Europas vom 26. April 1967 in Karlsbad heißt es: "Zu diesem Zweck ist es erforderlich, für eine Reihe von Zielen zu kämpfen." Dann wird ausgeführt, wofür man kämpfen will, eben die Ziele, die auch Herr Chwostow aufzählte. Ich bin der Meinung, daß Kämpfen ein noch stärkerer Ausdruck ist als Drängen.

Rajh

Herr Chwostow meint, es sei wünschenswert, eine Alternative zu schaffen, da die alten Blocksysteme einen Anachronismus darstellen. Die Welt geht weiter, und wir müssen an ihrer Fortentwicklung arbeiten.

Schmidt

Herr Sommer sagte, die Bündnisse hätten den Frieden in Europa aufrechterhalten. Ich meine, der Frieden ist bewahrt worden, weil in Europa Gleichgewicht zwischen einerseits der Supermacht der Sowjetunion plus Warschauer Pakt und andererseits der Supermacht der Vereinigten Staaten plus NATO geherrscht hat. Ich nehme an, das haben die Polen, Tschechen, Slowaken genauso erkannt wie die Dänen und die Deutschen.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Dieses Gleichgewicht, dessen man sich auf beiden Seiten zumindest seit der Kuba-Krise bewußt ist, hat zu einer Festigung des territorialen und macht- sowie militärpolitischen Status von Europa der Jahre 1948 und 1949 geführt. Er erscheint im Augenblick in den Augen aller Beteiligten unverrückbar. Das hat die Regierungen wie auch die öffentlichen Meinungen in Europa beruhigt und die Angst erheblich verringert. Damit ging eine Befreiung von Angstträumen und die Freiheit zu eigener Initiative einher.

Es ist eine Folge dieses Gleichgewichtes, daß die Regierungen von Paris und Bukarest wie früher schon die von Belgrad und neuerdings auch von Bonn versuchen, unter seinem Schütze selbst zur Ost-West-Entspannung beizutragen. Man kann das auch in Warschau, Kopenhagen und Oslo beobachten. Diese Regierungen haben durch die Intensivierung bilateraler Beziehungen zu einem Netz nicht polarisierter Beziehungen beigetragen. Am stärksten zeigte sich dies in Paris und Bukarest.

Daher kann ich nicht einsehen, daß dieses Gleichgewicht etwas Schlechtes sei. Für die gegenwärtige Phase Europas ist es jedenfalls sehr positiv zu bewerten.

Allerdings läßt sich das Gleichgewicht auch auf einer niedrigeren Ebene der Rüstung als der heutigen sichern. Die gegenwärtige Höhe ist für beide Supermächte ein schweres ökonomisches Handicap. Eine Gefahr für den Frieden ist sie nicht, solange das Gleichgewicht besteht. Dieses kann allerdings aufgrund der von Herrn von Raven angedeuteten potentiellen neuen Disparitäten zwischen den beiden Supermächten gefährdet werden. Ich denke an die ABM-Waffen, an die moderne Satellitentechnik und an andere Dinge, von denen wir normalen kleinen Mitteleuropäer nur in den Gazetten lesen, ohne sie ganz zu verstehen. Augenblicklich habe ich dagegen viel größere Bedenken als gegen die positive Proliferation in den Händen Chinas, Frankreichs und anderer. Eine der größten Gefahren sehe ich darin, daß die beiden Supermächte - beide gleichermaßen defraudant - sich bei den Nonproliferationsabkommen keinerlei bindenden Verpflichtungen unterwerfen wollen.

Die kleineren und mittleren Staaten Europas könnten dann zu einer Gefahr werden, wenn sie eine allzu große Selbständigkeit in ihrer Politik erlangten und aus der Bindung an die Bündnissysteme, in die sie militärisch, politisch und strategisch integriert sind, entlassen würden. Für einen Polen oder Tschechen müßte es ein Alldruck sein, sich eine gut gerüstete Bundesrepublik vorzustellen, die keinem Bündnissystem angehört, das sie zur Disziplin verpflichtet. Und ich wäre äußerst besorgt, wenn die DDR bei ihrem heutigen Rüstungsstand nicht durch ein Bündnissystem zur Disziplin gezwungen wäre.

Ich habe etwas Angst um den Frieden. Mit seiner militärischen Macht steht niemand von denen an der Oder-Neiße-Linie, die diese angeblich verändern wollen. Anders aber ist es in Berlin. Diejenigen, denen nachgesagt wird, sie wollten den völkerrechtlichen Status von Berlin verändern, sind mit ihren Truppen rund um die Stadt aufmarschiert und offensichtlich bisher nicht bereit, den heutigen Status von Westberlin zu garantieren. Solange dieser Zustand besteht, wird die Bundesrepublik, die den heutigen Status von Westberlin aufrechterhalten will, in den Vereinigten Staaten ihren wichtigsten und unverzichtbaren Verbündeten sehen. Denn wir können uns nicht vorstellen, daß England und Frankreich allein bei allem guten Willen, den ich ihnen unterstelle, in der Lage wären, in Berlin ein Gegengewicht zu bieten.

Aus ökonomischen Gründen sollte man die Rüstung qualitativ und quantitativ gleichwertig und möglichst gleichzeitig und kontrolliert verringern. Man kann sich gegenseitig kontrollieren - auch unter der Aufsicht der beiden Großen;- und meinetwegen kann ein Ost-West-Vertrag das Ganze überwölben. Eines aber ist völlig ausgeschlossen: die Beseitigung der beiden Bündnissysteme bei Fortdauer bilateraler, militärischer Beistandsverträge auf der einen Seite. Damit würde das Gleichgewicht in Europa gefährdet.

Eine Verringerung der Truppen in Europa kann, muß aber nicht durch Vereinbarung geschehen. Es ist auch möglich, daß der eine stillschweigend dem Beispiel des anderen folgt. So hat die Regierung der Großen Koalition den weiteren zahlenmäßigen Aufbau der Bundeswehr unterbrochen. Im Laufe der letzten Monate hat diese ihre Mannschaftsstärke von 468.000 auf 455.000 Mann verringert. Außerdem ziehen die Amerikaner einen bestimmten Teil ihrer Truppen aus Europa ab; zur Beruhigung von Herrn Kiesinger nennen sie das Rotation. Aber Herr Kiesinger weiß natürlich, daß es sich in Wirklichkeit um einen Abzug handelt. Das wissen auch unsere Gäste aus Moskau. Die Franzosen haben wesentlich zur Lockerung der Kohäsion des Nordatlantischen Bündnisses und seiner Organisation beigetragen. Damit wurde zumindest symptomatisch ein Beispiel für die östliche Seite gegeben, Schritte in der gleichen Richtung zu tun.

Europa ist in den letzten 23 Jahren nie so friedlich gewesen wie nach 1962/63 und hat sich seit der Kubakrise und dem Teststopvertrag in einer Weise friedlich entwickelt, wie es in den fünfziger Jahren niemand hat hoffen können. Die eigentlichen Gefahren für den Frieden in Europa könnten von ganz anderer Seite her auftreten. Vietnam ist nicht nur für die Vereinigten Staaten, für die Sowjetunion und für China ein schweres Handicap, sondern gefährdet auch den Frieden in der Welt. Alle Völker haben Angst vor den Konsequenzen, die sich aus dem Krieg in Vietnam entwickeln könnten.

Auch das erstmalige und offenbar auf Dauer berechnete Auftauchen einer sowjetischen Flotte im Mittelmeer beunruhigt uns. übrigens kann die durch die Sowjetunion und andere östliche Staaten betriebene Aufrüstung der Vereinigten Arabischen Republik ebenfalls eine Gefährdung des Gleichgewichtes am Rande Europas mit sich bringen.

Aber die größte Gefahr für das nächste Jahrzehnt sehe ich in China. Dieser Staat ist in der Lage, sein Potential so zu konzentrieren, daß dort im Laufe von zehn Jahren eine neue Macht mit weltweiten militärischen Mitteln entsteht. Sie ist in kein Bündnissystem eingebunden und will auch nicht neutral

sein. Von diesen außerhalb Europas liegenden Herden - Vietnam, Naher Osten oder China - wird der Frieden in Europa viel stärker gefährdet als von Faktoren in Europa selbst.

Wojna

Wir brauchen eine Sicherheitsgarantie in unserem Bündnissystem gegenüber der Bundesrepublik, weil diese offiziell nach einer Änderung des Status quo strebt. Wenn hier gesagt wurde, es hätte im Westen vor 10 bis 20 Jahren ein Sicherheitsbedürfnis gegenüber der Sowjetunion bestanden, so existiert es heute nicht mehr in gleicher Weise.

Grosser

Herr Schmidt sprach von Berlin, dort existiert es noch.

Wojna

Gut: für Berlin, aber nicht mehr allgemein für den NATO-Pakt. Wir aber haben noch immer ein Sicherheitsbedürfnis gegenüber der Bundesrepublik.

Jede kollektive Sicherheitsregelung in Europa muß auf zwei Prinzipien beruhen. Erstens gilt es, die Existenz zweier verschiedener Gesellschaftsordnungen auf unserem Kontinent anzuerkennen ...

Schmidt

Wieso nur zwei?

Wojna

Gewiß unterscheidet sich zum Beispiel der jugoslawische Weg zum Sozialismus von dem unsrigen. Es ist aber doch Sozialismus. Insofern kann man in Europa von zwei Gesellschaftsordnungen sprechen.

Schmidt

Aber die Demokratie zum Beispiel in Frankreich ist doch eine andere als in Deutschland.

Berezhkov

Sprechen wir von sozialen oder von politischen Systemen?

Wojna

Es gibt zwei unterschiedliche Systeme: das sozialistische und das kapitalistische. Schweden zum Beispiel ist ein kapitalistisches Land.

Schmidt

Ich wende mich nur gegen die Zahl zwei. Wir möchten nämlich nicht gern mit Portugal in einen Topf geworfen werden.

Wojna

Aber Portugal ist doch ein ebenso kapitalistisches Land wie die Bundesrepublik.

Schmidt

Dann kann man also Albanien mit Polen auch in einen Topf werfen?

Wojna

Es ist also, erstens, die Anerkennung zweier - Sie sagen verschiedener - gesellschaftlicher Ordnungen auf unserem Kontinent nötig. Zweitens darf der gegenwärtige territoriale Status in Europa nicht angetastet werden. Wir können natürlich auch über die Zukunft reden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Bundesrepublik den gesellschaftlichen und territorialen Status quo in Europa akzeptiert.

Schmidt

Würden Sie einschließen, daß auch der gegenwärtige Status von Berlin akzeptiert wird, Herr Wojna?

Wojna

Westberlin ist eine sehr komplizierte Angelegenheit, Herr Schmidt. Es gibt gewiß reale Bindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik. Aber man darf auch die objektiven Schwierigkeiten nicht übersehen, die für die DDR mit der Existenz von Westberlin zusammenhängen.

Berezhkov

Wir verstehen unter dem Status von Westberlin, daß es eine selbständige politische Einheit ist.

Schmidt

Wir verstehen es nicht so!

Berezhkov

Bleiben Sie also bei Ihrem Verständnis, und wir bleiben bei dem unsrigen.

Schmidt

Dann dürfen wir aber auch bei unserem Verständnis über die Oder-Neiße-Linie bleiben.

Chwostow

Aber Sie wünschen diese Grenze zu ändern, nicht wir!

Schmidt

Sie wollen den Status von Westberlin ändern.

Berezhkov

Wir haben keine Forderungen. Es muß so bleiben, wie es ist.

Sommer

Woher wissen wir, daß es so bleiben soll? Ist nicht im nächsten Jahr wieder eine Berlin-Krise möglich?

Grosser

Aber ich möchte doch daran erinnern, daß 1958 oder etwas später zumindest offiziell eine Änderung des Status von Westberlin beantragt worden ist.

Berezhkov

Wir sprechen jetzt aber nicht von der Vergangenheit, sondern von der Gegenwart. Die Bundesrepublik beantragt doch ständig andere Rechte.

Wojna

Alle Konzeptionen für Europa, die als erklärtes oder vermeintliches Ziel die Umkehrung der historischen Entwicklungsprozesse in Osteuropa zum Ziel haben, sind nicht auf friedliche Weise zu verwirklichen und vertiefen die Spaltung Europas. Daher sollten wir zunächst darüber reden, gegen wen und für was uns diese Sicherheit dienen soll.

Grosser

Sie fordern dazu auf, Herr Wojna, man sollte den historischen Entwicklungsprozeß im Osten von der westlichen Seite her nicht in Frage stellen. Im Westen fragt man darauf natürlich: Welchen Prozeß? Denken Sie an Warschau im Jahre 1956 oder an Prag von 1968? Es gibt also offensichtlich nicht nur zwei, sondern mehrere Entwicklungsprozesse. Die unterschiedlichen Entwicklungsprozesse in verschiedenen europäischen Staaten gehören vielleicht auch zur allgemeinen Entspannung. Wenn aber Herr Wojna sagt, letztlich gäbe es nur zwei verschiedene Gesellschaftsordnungen, nämlich die sozialistische und die kapitalistische, dann ist das doch nur das Blockdenken, das wir abschaffen wollen.

Wojna

Es gibt generelle Entwicklungsprozesse, die eine Vertiefung des sozialistischen Systems in unseren Ländern zur Folge haben, darunter viele Nuancen und manchmal auch Umwege. Sie erinnerten an Polen im Jahre 1956 und an Prag heute. Da wurden und werden gewisse Korrekturen angebracht. Aber der Prozeß als solcher geht immer nur in eine sozialistische Richtung.

Schmidt

Würden Sie nicht zugeben, Herr Wojna, daß der Unterschied zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen in Albanien und denen in der Tschechoslowakei größer ist als der zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich?

Wojna

Wenn wir es im klassischen Sinne verstehen, das heißt, wenn wir fragen, in welchen Händen sich die Mittel der Produktion befinden, dann gibt es darauf eine andere Antwort, als wenn gefragt wird, wie es mit der freiheitlichen Meinungsäußerung steht.

Liska

Für das System der kollektiven Sicherheit, das ich nicht nur unter militärischen Aspekten verstehe, ist die Frage der gesellschaftspolitischen Ordnung meines Erachtens nicht von Bedeutung. Sollte in absehbarer Zeit jedes Land - gleichgültig welchem gesellschaftspolitischen oder sozialökonomischen Lager es angehört - diesem Sicherheitssystem angeschlossen sein, dann muß es ein entscheidendes Prinzip dieses Systems sein, daß die innere Entwicklung eines jeden beteiligten Landes dessen eigene Angelegenheit ist. Niemand darf sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen. Das muß im Sicherheitssystem selbst verbürgt sein. Wir Marxisten sagen, man darf die historische Entwicklung nicht verbauen, und die hängt durchaus von den konkreten Bedingungen in jedem einzelnen Lande ab.

Bauer

Wir kommen mit allen Versuchen, Modelle für eine europäische Sicherheit aufzubauen, nicht weiter, wenn die eine Seite ständig festlegen will, was unumstößliche Realitäten und was unumstößlicher Status quo sein muß und was als solcher nicht anerkannt werden darf. Auf diese Weise könnten wir noch jahrelang diskutieren.

Wo ist die Grundlage für eine Diskussion zu finden, wenn bestimmte Erklärungen der Großen Koalition immer wieder nur als Fortsetzung der uralten revanchistischen Politik bezeichnet werden? Die Verantwortlichen dieser Bundesregierung haben unzählige Male erklärt, daß die inneren Angelegenheiten eines jeden Landes dessen eigene Sache seien.

In bezug auf den territorialen Status quo in Europa hat die Bundesregierung offiziell - nicht etwa nur die SPD - Vorschläge für multilaterale und bilaterale Gewaltverzichtsverträge gemacht, und zwar auch und insbesondere mit Polen. Selbst gegenüber der DDR wird zum Ausdruck gebracht, daß nicht der geringste Versuch gemacht werden soll, Grenzveränderungen mit Gewalt vorzunehmen. Es muß doch seltsam berühren, wenn man weiß - Herr Schmidt hat schon darauf hingewiesen;- , daß in Bonn und Bad Godesberg zwischen den offiziellen Vertretungen der Sowjetunion und der Bundesrepublik seit Monaten intensiv über dieses Problem verhandelt wird, während hier in einem Kreise, der zusammenkommt, um ernsthaft Grundlagen für etwas Neues zu suchen, der Vorschlag der Bundesregierung über den Gewaltverzicht mit einer Handbewegung abgetan wird.

Das gleiche gilt für den Atomsperrvertrag. Es ist doch nicht richtig, daß man nur der Bundesrepublik vorwirft, sie wolle diesen Vertrag sabotieren. Herr Schmidt hat einige Länder genannt, die ebenfalls Bedenken dagegen erheben. Auch in mehreren Ländern, die zum östlichen Gesellschaftssystem gehören, gibt es die gleichen Bedenken. Wenn die Diskussion über die europäische Sicherheit einen Sinn haben soll, dann muß eine gemeinsame Basis gefunden werden, auf der alle Realitäten akzeptiert werden. Dazu gehört auch die Realität Westberlin, wie sie sich nun einmal im Laufe von zwanzig Jahren nach Auflösung des Alliierten Kontrollrates und der gemeinsamen Militärkommission entwickelt hat. Sie können nicht von uns verlangen, die Realitäten anzuerkennen, die vor zwanzig Jahren entstanden sind, und für sich in Anspruch nehmen, andere ebenfalls vor zwanzig Jahren entstandene Realitäten nicht anzuerkennen.

Bondy

Ich finde es paradox, daß bisher jede Seite genau das bewiesen hat, was eigentlich die andere hätte beweisen sollen. Herr Chwostow machte den Europäern Vorwürfe, daß sie sich in der Frage des Atomsperrabkommens der amerikanischen Führung entziehen und nicht akzeptieren, was ihre Schutzmacht gemeinsam mit der Schutzmacht der anderen Seite beschlossen hat. Er verlangt also von uns Europäern, daß wir die Vormundschaft Amerikas in größerem Maße annehmen, als wir zu tun bereit sind. Damit haben Sie, Herr Chwostow, bewiesen, daß Amerika für die östliche Seite unabdingbar in die europäische Sicherheit eingebaut ist. Denn es gibt eben zwei Arten von Sicherheit, nämlich die Paktsysteme, durch die sich der Westen und der Osten voreinander schützen, und die besonderen Abkommen und Spielregeln, mit denen sich die USA und die Sowjetunion gemeinsam gegen einen Atomkrieg absichern. Von westlicher Seite ist bewiesen worden, daß die Zweistaatlichkeit Deutschlands unabdingbar zur Friedensordnung Europas gehört. Das hätte ich eher von der östlichen Seite erwartet. Man behauptet nämlich, daß die heute bestehenden Bündnissysteme Frieden und Sicherheit in Europa bewahrt haben, und sieht nicht recht, was an ihre Stelle treten soll. Daraus ergibt sich folgendes: Im westlichen Bündnis ist die Bundesrepublik, im östlichen ist die DDR militärisch, technisch, industriell und als Handelsmacht von entscheidender Bedeutung. Da sich keiner der beiden Teile Deutschlands aus seinem System herausbrechen läßt, ist der Einbau der beiden Deutschland in diese beiden Systeme unabdingbar. Wenn man sagt, daß die europäische Sicherheit diese Bündnisse braucht, gibt man gleichzeitig - wenn auch unfreiwillig - zu, daß die europäische Sicherheit die Zweiteilung Deutschlands zur Voraussetzung hat.

Stimmt diese Voraussetzung noch? Davon hängt ab, wie man die Bonner Ostpolitik versteht. Will man durch verbesserte Beziehungen zu allen anderen Ostblockstaaten die Deutsche Demokratische Republik isolieren, weil sie einen Sonderfall darstellt?

Oder geht die Entwicklung dahin, daß die Bundesrepublik schließlich die gleichen Beziehungen zur DDR haben wird wie zu den anderen Oststaaten, wobei die Differenzen und Besonderheiten dieses deutschen Staates ausgeklammert werden. Beide Theorien sind möglich: Vereisung der DDR und ihre Isolierung durch die aufgelockerten Oststaaten oder ein Prozeß, der auf die Dauer nicht an der DDR vorbeigehen kann.

Schmidt

Wir haben erklärt, daß wir nicht an der DDR vorbeigehen wollen, Herr Bondy. Es gibt sogar einen Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Ministerpräsident Stoph.

Bondy

Meine Frage geht doch darauf hinaus, Herr Schmidt, ob die DDR in diesem Sinne ein Oststaat ist wie jeder andere. Wir können von den Russen nicht verlangen, daß die DDR aus ihrem Bündnissystem und ihrem gesamten europäischen Wirtschaftsverband herausgebrochen wird. Wenn wir es aber verlangen, sollten wir es deutlich sagen.

Dieses Bündnissystem ist eine Art "Heilige Allianz". Die Heilige Allianz wurde auf den Trümmern Italiens und Griechenlands unter Zurückstellung gewisser nationaler Ambitionen gegründet und hat den Frieden einer ganzen Epoche gesichert. So wirkt heute auch unser Bündnissystem. Wir sehen aber die Kräfte, die dagegen ankämpfen, zum Beispiel bestimmte Formen von Nationalismus oder Nationalbewußtsein in Deutschland. Wie können wir also die Vorteile, die in der Statik dieses Bündnissystems liegen, mit einer gewissen Dynamik verbinden, die doch auch vorhanden ist? Denn die staatliche und rechtliche Substanz und auch die Beziehungen der Staaten zueinander verändern sich.

Menzel

Das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander wird sich auf dem Umweg über eine kollektive Sicherheit regeln, Herr Bondy. Es geht nicht darum, Westdeutschland aus der NATO und die DDR aus dem Warschauer Pakt herauszubrechen. In zehn oder zwanzig Jahren wird eine so völlig neue Situation entstanden sein, daß das Problem der beiden Pakte auf ein Minimum reduziert sein wird.

Schuster

Der Vergleich von Herrn Bondy mit der "Heiligen Allianz" hat mich erschreckt. Denn darin liegt die Tendenz der Beharrung auf dem Status quo. Zweifellos sind solche Allianzen jetzt noch nötig. Sie sollten aber den Charakter der Veränderbarkeit in sich tragen. Es sollte sich also ein Prozeß des Wandels, eine Dynamik ohne falschen Dynamismus entwickeln.

Alle Vorschläge von Herrn Schmidt, zum Beispiel ein gegenseitiger Nichtangriffspakt, scheitern heute daran, daß die DDR von der Bundesrepublik die uneingeschränkte Anerkennung verlangt. Ich bin der Meinung, daß die DDR nicht ein Staat wie jeder andere ist. Die Bundesrepublik aber ist es auch nicht. Diese beiden Staaten müssen für eine Annäherung offen bleiben. Selbst unsere sowjetischen Freunde bestreiten nicht, daß eine Wiedervereinigung möglich ist. Wie kann also die Besonderheit der beiden Staaten gewahrt werden? In welcher Form ist eine Anerkennung möglich? Es muß ein Weg gefunden werden, geregelte staatsrechtliche Beziehungen aufzunehmen, aber ohne die diplomatische, völkerrechtliche Anerkennung als Ausland.

Das ist kein westdeutscher Trick. Auch die SED-Führung hat Herrn Norden neulich zur Ordnung gerufen, als er von der Bundesrepublik als Ausland sprach. Es ist nicht diskriminierend, wenn wir die DDR, aber auch die Bundesrepublik als besondere Staaten bezeichnen. Damit ist die völlige Gleichberechtigung sichergestellt.

Selbstverständlich setzt das die Aufgabe des von beiden Seiten erhobenen Alleinvertretungsanspruchs voraus. Im juristischen Sinne ist es unsinnig, einen Alleinvertretungsanspruch zu erheben und dann mit dem anderen verhandeln zu wollen, denn man kann nicht mit sich selbst kontrahieren. Das gilt nicht nur für Herrn Kiesinger, sondern auch für Herrn Ulbricht.

Die DDR im Sinne Ulbrichts anerkennen hieße, ihren absoluten Souveränitätsanspruch akzeptieren. Dazu gehört der Anspruch, daß Westberlin auf dem Territorium der DDR liege, sowie die Souveränität über die Zugangswege dorthin. Mit der Forderung Ostberlins nach Anerkennung ist also - überspitzt ausgedrückt - ein offensiver Anspruch gekoppelt. Dagegen hat die Bundesrepublik selbst in den schwärzesten Zeiten des Kalten Krieges nie behauptet, daß die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie zur Bundesrepublik gehörten.

Wenn sich die DDR nicht dazu bewegen läßt, auf diese Verkuppelung der Anerkennung mit einem offensiven, den Status quo bedrohenden Anspruch zu verzichten, ist eine Anerkennung praktisch nicht möglich. Hier sehe ich ein ernstes Hindernis für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem.

Chwostow

Aber im juristischen Sinne sind beides Staaten.

Hajdu

Man kommt hier keinen Schritt weiter, wenn man sich wortgetreu an die Positionen von Regierungserklärungen hält. Auch hat es keinen Zweck, mit dem Deutschlandproblem zu beginnen, obwohl es natürlich die wichtigste Frage im europäischen Rahmen ist. Es hat sich zwanzig Jahre lang erwiesen, daß das Deutschlandproblem in der gegebenen Situation nicht lösbar ist. Bevor wir an diese Aufgabe mit Aussicht auf Erfolg herangehen können, muß erst über andere Maßnahmen Klarheit bestehen. Der Weg führt meines Erachtens über ein kollektives Sicherheitssystem, Für die deutsche Frage muß eine Lösung gefunden werden, die einerseits die Stabilität der heutigen Situation erzwingt, andererseits die nationalen Fragen des deutschen Volkes nicht so präjudiziert, daß sie für alle Zukunft unlösbar werden.

Grosser

In der letzten Zeit hat sich nach meinem Eindruck im Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR vieles sehr schnell geändert. Vielleicht ist meine Annahme zu optimistisch, daß sich die Standpunkte beider Länder in wesentlichen Fragen genähert haben. In der neuen Verfassung der DDR wird die Bezeichnung "Sozialistischer Staat Deutscher Nation" stark betont.

Auf der anderen Seite ist das Schütz-Memorandum zwar gewiß kein offizielles Dokument, aber sein Inhalt steht in der Bundesrepublik zur Diskussion. Er unterscheidet sich nicht sehr von dem, was wir heute hier hörten. Es gibt letztlich zwei Teilstaaten oder Staatengebilde. In der Bundesrepublik spricht man von zwei Deutschland, die zueinander etwa auf gleicher Ebene stehen; aber beide sind keine völlig normalen Staaten. Im Sinne von Herrn Schuster bestätigt jeder von ihnen, daß es sich beim anderen nicht um Ausland handelt, weil sie beide deutscher Nation sind.

Mit Artikel V des Vertrages zwischen der DDR und Polen wurde die Frage der Oder-Neiße-Linie und das Problem der Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten zum ersten Mal miteinander verkoppelt. Vielleicht hätte diese Verkuppelung nicht stattgefunden, wenn die Oder-Neiße-Linie vorher anerkannt worden wäre. Aber die Bundesregierung wollte die Anerkennung aushandeln. Dazu ist es inzwischen zu spät geworden.

Von russischer Seite wird immer gesagt, beide deutsche Länder sollten ihr Verhältnis zueinander unter sich klären. Denken nicht auch die Westmächte ähnlich? Sie sprechen es aber nicht aus, weil sie sich mit der Bundesrepublik solidarisch fühlen. Es wäre natürlich gut, wenn sich beide Länder selbst arrangierten und den übrigen Westmächten die Schwierigkeit der DDR-Behandlung ersparten. Frankreich will gern ein treuer Verbündeter der Bundesrepublik sein. Mit welcher Erleichterung würde man folgen, wenn die Bundesrepublik einige Schritte in der angedeuteten Richtung unternähme.

Kogon

Es dürfte im elementaren Interesse der Sowjetunion liegen, ihr westeuropäisches Vorfeld nicht nur militärisch, sondern auch politisch gesichert zu wissen. Als Führungsmacht, die auch weltpolitisch große Verantwortung trägt, kann die Sowjetunion nicht zulassen, daß sich innerhalb der osteuropäischen Länder beliebige Systementwicklungen entfalten. Sie muß dafür sorgen, daß das System, in dem sie als Vormacht und Schutzmacht fungiert, eine sichere Basis bleibt. Die erwähnten bilateralen Beistandsverträge haben neben dem militärischen auch einen elementaren politischen Sinn.

Sommer

Schließen Sie dabei die Aufrechterhaltung der sowjetischen Garnisonen in osteuropäischen Ländern ein?

Kogon

Die Modifikationen können vielfältig sein. Die militärische Präsenz der Sowjetunion läßt sich jedoch nicht beliebig beseitigen; ich kann es nicht als realistisch betrachten, das anzustreben. Nach dem Ersten Weltkrieg hat Frankreich den "Cordon sanitaire" zum Schutze Mitteleuropas gegen die Sowjetunion errichtet. Die Sowjetunion hat diesen "Cordon sanitaire" im Zuge der Ereignisse weltgeschichtlich umgewandelt; er ist heute auch politisch ihr Sicherheitsvorfeld. Von dieser Realität müssen wir ausgehen.

Rajh

Trotz der ziemlich gespannten Verhältnisse in den internationalen Beziehungen, die im breiten Rahmen der aktuellen Weltgeschehnisse noch immer fortbestehen, bahnt sich heute langsam, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten und innere Gegensätze, eine positive Tendenz im europäischen Zusammenleben und selbst in der europäischen Zusammenarbeit an. Ich habe hier keine lediglich auf Westeuropa begrenzte Lösung im Sinne. Westeuropäische Zusammenarbeit ist eine wirtschaftlich nützliche Teillösung, die als solche jedoch politisch eine hemmende Wirkung auf die Vertiefung der Beziehungen zwischen Westen und Osten hat. Wenn aber beide zusammenarbeiten würden, so könnte das eine Umwandlung und Regeneration des europäischen Bewußtseins und der weltpolitischen Aktion Europas zur Folge haben.

Materielle Ursachen, die sich trotz vieler Schwierigkeiten in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Westen und Osten mehr und mehr bestätigen, sind eng mit den politischen und wehrpolitischen Problemen der Nachkriegszeit verbunden. Sobald die Atomwaffen nicht mehr das Monopol einer einzigen Supermacht waren, kam es zu einer latenten Krise in den bestehenden Bündnissystemen. Sie brach am Ende der fünfziger Jahre gerade dann in Europa an, als in beiden antagonistischen Lagern das System der militärischen und politischen Bündnisse eine dominierende Rolle in den internationalen Beziehungen spielte. Auch wenn die Krise ihren Anfang zuerst im Rahmen der westlichen Allianz nahm - speziell im Nordatlantischen Bündnissystem;- , waren ihre Wirkungen und Folgen doch viel breiter. Es kam zu einer ganz neuen Entwicklung. Die Schwierigkeiten in der westlichen Allianz führten zu einer generellen Krise des Bündnissystems, die sich sogar außerhalb der europäischen Grenzen ausbreitete.

Die Gründe dieser Entwicklung liegen in den spezifischen Wirkungen, die die atomaren Waffen auf die politischen internationalen Beziehungen haben. Ich glaube, daß es heute für ein kleines oder mittelgroßes Land viel zu gefährlich ist, an bestehenden, Bündnissystemen festzuhalten und nur von einer der Supermächte - seien es die USA oder die Sowjetunion - Garantien für seine Sicherheit zu erhalten. Auf diese Weise steht ein so "geschütztes" Land vor der Gefahr, in einem Konflikt zwischen zwei antagonistischen Lagern das Opfer der anderen Supermacht zu werden, welche auch atomare Waffen besitzt, gegen die man nichts unternehmen kann. Das System der einseitigen Sicherheitsgarantie, das für die Bündnisse in der Zeit der klassischen Waffen charakteristisch war, hat heute, in der Zeit der Atomwaffen, seinen Sinn verloren.

In einem solchen Sicherheitssystem, das sich bis in die Mitte unseres Jahrhunderts hinein fortsetzte, vereinigten sich größere und kleinere Länder zu militärischen Allianzen auf der Basis eines öffentlich bekannten Paktes. Er enthielt eine Reihe geheimer Klauseln, die einzelnen Ländern garantierten, daß sie im Falle eines Krieges und Sieges ihre nationalen Ziele und Ambitionen erreichen würden. Die Schaffung eines militärischen Bündnissystems hatte notwendigerweise ein Gegenbündnis zur Folge. Aufgrund der bestehenden Gegensätze in den internationalen Beziehungen kam es zu einem Gleichgewicht zwischen den größeren und stärkeren Mächten, wodurch bis zum Ausbruch des Krieges die Beziehungen friedlich blieben.

Tatsächlich war aber in diesem System der militärischen Bündnisse der Krieg eine normale Erscheinung, sobald es zu einer Störung des Gleichgewichtes der Kräfte kam, während der Frieden als eine Pause die Vorbereitungen des Krieges und die Stärkung der militärischen Bündnisse ermöglichte, so daß das Gleichgewicht der Kräfte gesichert wurde. Jedes Mitglied dieses Bündnisses führte eine Politik aufgrund eigener nationaler Interessen, die in der Regel durch die geheimen Klauseln garantiert waren. Das war die Zeit der Blüte des Imperialismus.

Auch bei der heutigen atomaren Bewaffnung kann von einem Herstellen oder Wiederherstellen des Gleichgewichtes der Mächte gesprochen werden. Auch hier trägt es zur Aufrechterhaltung des Friedens bei. Aber heute ist die Wiederherstellung des Gleichgewichtes der atomaren Mächte die unentbehrliche Bedingung für die Erhaltung der internationalen Beziehungen und selbst des Lebens in den zivilisierten Ländern der Welt.

Das hat bedeutende Folgen für das heutige System der militärischen Bündnisse. Wenn wir davon ausgehen, daß die Alternative eines Krieges nur mit einer Weltkatastrophe identifiziert werden kann, so daß sie für keine der antagonistischen Seiten annehmbar ist, kommen wir zur Schlußfolgerung, daß in diesen Verträgen keine öffentlichen oder geheimen Klauseln mehr enthalten sein dürfen, welche an den Ausgang eines Krieges gebunden sind. So sind im heutigen System der militärischen Bündnisse gerade die Faktoren verschwunden, welche diese Bündnisse im Zeitalter der klassischen Waffen aufrechterhielten und reproduzierten. Man sieht heute den einzigen Sinn dieser militärischen Bündnisse in der Erhaltung des Gleichgewichtes zwischen den Supermächten, um den Status quo zu bewahren. In Wirklichkeit wird dieser Status quo aber nicht aufrechterhalten, weil trotz der atomaren und Raketen-Bewaffnung der beiden antagonistischen Supermächte der Imperialismus noch immer nicht verschwunden ist.

In der letzten Zeit ist auch die Volksrepublik China hinzugekommen, die zwar noch keine Supermacht ist, heute aber schon die Entwicklung der internationalen Beziehungen in Südostasien und an anderen neuralgischen Punkten der Welt beeinflußt. Das System der lokalen Kriege nämlich stellt heute eine Alternative der imperialistischen Politik dar, wie es die Weltkriege in der Ära der klassischen Bewaffnung waren. Dieses System der lokalen Kriege hat mehrere Varianten, zum Beispiel Staatsstrieche, Militärputsche und Spionageaktionen als Einführung in kurze Blitzkriege, wobei sich in einem limitierten Raum das Kräfteverhältnis in der Welt messen läßt.

In diesem neuen und gefährlichen System der internationalen Beziehungen, das sich vor unseren Augen entwickelt und von Jahr zu Jahr verschlechtert, haben die bestehenden Bündnisse ihren Sinn verloren. Derartige lokale Kriege, Staatsstrieche und Spionageprovokationen, die sich oftmals der Regierungskontrolle entziehen, erzeugen eine Situation der permanenten Spannung, die den Frieden in der Welt gefährdet. Auf diese Weise kommt es zu einer Isolierung der führenden nuklearen Mächte und zu einem Disengagement der Partner der bestehenden Bündnisse in den Aktionen und Gegenaktionen, deren Anreger und Urheber eine der beiden nuklearen Mächte - in der Regel leider die Vereinigten Staaten - ist.

Daher wirkt sich auch der Prozeß der Desintegration der Militärbündnisse gerade in den Ländern der westlichen Welt am stärksten aus. Er wird sich in noch größerem Ausmaß vollziehen, je mehr sich die amerikanischen Engagements und die Aktionen ausdehnen, die die friedlichen Beziehungen im regionalen und im Weltmaßstab beeinträchtigen. Es hängt aber auch von den Ereignissen in Osteuropa ab, und dabei spreche ich nicht nur von der Tschechoslowakei und von Rumänien, sondern in erster Linie von der Geschicklichkeit der Sowjetunion in den Bemühungen, die friedlichen Beziehungen in der Welt wiederherzustellen. Seit dem Tode Stalins entwickelt sich die Außenpolitik der Sowjetunion nach dieser Richtlinie, wenn auch leider auf einer Bahn, die nicht immer gerade verläuft.

Aber selbst in der Ära der atomaren Bewaffnung und der Existenz zweier Supermächte, die eine so zerstörende Kraft besitzen, daß ihnen keine andere Großmacht nahe kommen kann - vielleicht in der Zukunft mit Ausnahme von China;- , besteht doch eine Grenze für mögliche Störaktionen. Diese Grenze aber wird von den gegenseitigen Beziehungen der Supermächte selbst bestimmt. Das ist nicht

mit dem Gleichgewicht der Bewaffnung identisch, das nur dann einen politischen Sinn hätte, wenn dessen Störung mit direkten Folgen für die Kräfteverhältnisse verbunden wäre. Das galt nur im Zeitalter der klassischen Bewaffnung. Für die nukleare Bewaffnung indessen ist gerade die Tatsache charakteristisch, daß sich die Verschiebung der Kräfteverhältnisse nicht direkt in den Beziehungen der Supermächte widerspiegelt.

Setzen wir zum Beispiel voraus, daß die USA die Sowjetunion sechsmal zerstören kann, die Sowjetunion die USA aber nur viermal, so wird das Gleichgewicht nicht gestört, auch wenn kein meßbares Gleichgewicht in der Bewaffnung besteht. Dieses Gleichgewicht wird nämlich nicht vom Quantum der Bewaffnung bestimmt, sondern von der Qualität der Waffen, durch die sich eine nukleare Macht als Supermacht bestätigt und damit einen bestimmenden Einfluß auf die internationalen Beziehungen im regionalen Raum ebenso wie auf die Geschehnisse im Weltmaßstab gewinnt.

Diese Tatsache hat folgende Wirkungen: Erstens stellt sich trotz der regionalen, am Prinzip von zwei antagonistischen Lagern aufgebauten Bündnissysteme, durch welche sich das System der Bipolarität in den internationalen Beziehungen zum Teil noch erhält, von Zeit zu Zeit die Alternative eines möglichen gemeinsamen, auf Einverständnis gegründeten Auftretens zweier Supermächte mit dem Ziel, bestehende Spannungen zu dämpfen.

Dieses gemeinsame amerikanisch-sowjetische Auftreten hat alle Merkmale eines bilateralen Verständnisses. Es wird durch die direkte Telefonlinie Moskau-Washington symbolisch dargestellt und ist selbst zu einer Institution geworden. Man kann heute schon von einer Tradition dieses gemeinschaftlichen Auftretens sprechen, die verschiedene Autoren als eine "Entente der Supermächte" bezeichnen. Aber gerade wegen dieser direkten Verbindung zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus ist es schwer vorauszusagen, wann diese Entente - so unadäquat dieses Wort auch zu sein scheint - zu wirken beginnt. Das geschah zuletzt im Jahre 1967 in aller Öffentlichkeit während des Krieges zwischen Israel und den arabischen Ländern. Damals war die Weltsituation so gespannt, daß tatsächlich die Gefahr bestand, es könnte zu einer direkten Konfrontation der Supermächte und zu einem Krieg im Weltausmaß kommen.

Diese Verständigungen sind zwar nur zeitweilig. Sie wirken aber dennoch beruhigend auf die internationalen Beziehungen, weil sie das Gefühl einer gewissen Sicherheit hervorrufen, daß der Antagonismus der Supermächte gewisse Grenzen nicht überschreiten wird. In dieser Welt leben wir heute und müssen uns mit dieser Tatsache abfinden. Aufgrund der Tradition des gegenseitigen Verständnisses hat sich bei den Supermächten die Überzeugung durchgesetzt, daß sie allein, ohne die andere Welt und nur auf Basis des bestehenden nuklearen Gleichgewichtes, den Frieden in der Welt sichern können. Meiner Meinung nach ist gerade dies ein unhaltbarer Anspruch.

Zweitens: Die europäischen Länder spielen eine spezielle Rolle in der Entwicklung der internationalen Beziehungen. Das gilt sowohl für West- als auch für Osteuropa. Die bestehenden Gegensätze der Supermächte sind solcher Natur, daß ein Konflikt, in welchem Lande Europas auch immer, sich nicht im Rahmen eines lokalen Krieges austragen läßt. Aus diesem Grunde hat das System des "atomaren Regenschirms" seinen defensiven Wert aus der Zeit des Kalten Krieges verloren. Die europäischen Länder fühlen sich heute in ihren gegenseitigen Beziehungen, unabhängig von den bestehenden Bündnissystemen, in Sicherheit. Mehr noch: der "atomare Regenschirm" gefährdet ein Land, das keine nuklearen Waffen besitzt, aber fremde Waffen auf seinem Boden hat, über die es nicht verfügen darf. Es könnte als erstes einem nuklearen Schlag zum Opfer fallen, selbst bevor es zu einem Krieg zwischen den Supermächten kommt. Gerade weil ein solches Land keine atomaren Waffen besitzt, ist es geneigt, den Ausweg außenpolitisch zu suchen, was zu einer Stärkung der zwischeneuropäischen ökonomischen, politischen und selbst militärischen Integration führen kann.

Drittens: Es handelt sich um einen Prozeß, der noch im Werden ist. Die Politik der europäischen Sicherheit entwickelte sich als Grundposition für eine breite europäische Zusammenarbeit im Sinne der Überwindung des Kalten Krieges, der noch immer die internationalen Beziehungen vergiftet. Bald danach zeigte sich schon, daß diese Lösung, die sich heute als Alternative für das Bündnissystem behauptet, eine stabilisatorische Wirkung auf die Entwicklung des politischen Lebens ausübt. Zu Beginn war diese stabilisatorische Wirkung ziemlich begrenzt und konzentrierte sich überwiegend auf die französische Politik, die eine Befreiung von den Gefahren der Verpflichtungen des NATO-Bündnisses erstrebte, ohne das Bündnis mit der westlichen Allianz zu lösen.

Diese Position hat Frankreich bis heute aufrechterhalten. Sie gibt den außenpolitischen Aktionen dieses Landes eine Weite und beeinflußt andere Länder der westlichen Allianz, so daß sie zur Erhaltung des Friedens in diesem Teil der Welt beiträgt. Das geschah selbst in einer Zeit, als sich die Weltsituation wegen der ungünstigen Entwicklung der Ereignisse nicht nur an der Peripherie Europas,

sondern im ganzen Mittelmeerraum verschlechterte. Der Mittelmeerraum ist aber von vitaler Bedeutung für die Sicherheit der Verkehrswege, die Europa, Asien und Afrika miteinander verknüpfen.

Um so wichtiger sind die positiven Tendenzen, die heute die Länder unseres Kontinents verbinden und die Europa mehr und mehr zu einem Zentrum des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit machen. Von diesem Europa können und sollen auch weitere Aktionen ausgehen. Die internationale Situation verlangt heute dringend eine Wandlung der politischen Strategie, um den Frieden in der Welt bewahren zu können und die Gefahren des Untergangs unserer Zivilisation abzuwenden.

Grosser

In Ihren Ausführungen, Herr Rajh, sind mir zwei Dinge unklar geblieben. Einmal sagten Sie, daß die Sowjetunion ein Teil Europas sei, der im Brennpunkt der neuen Entspannung stehe; zugleich aber sei sie eine der beiden Supermächte. Dann war auch nicht ganz klar, an welche Lösungen Sie für die anderen Mächte denken. Sollten sie Atomwaffen besitzen wie Frankreich, oder sollten sie keine nuklearen Waffen haben? Sollten sie sich unter den Schutz der Großen stellen oder nicht? Ist das Zusammenspiel der Großen ein Schutz für die Weltsicherheit?

Es ist mir in verschiedenen Beiträgen aufgefallen, wie sehr die Sowjetunion gleichzeitig als einer der beiden Großen, sozusagen der Garanten gegenüber der Unvernunft der kleineren Staaten, und auf der anderen Seite als ein Teil Europas in einer europäischen Sicherheitsorganisation betrachtet wird.

Die andere Frage ist, inwieweit die heutigen Bündnisse für den Frieden hinderlich geworden sind und was sie ersetzen soll. In den letzten Jahren wurden eine Reihe von Vorschlägen dazu gemacht.

Sommer

Zusammenfassend könnte man die Ausführungen von Herrn Rajh darauf zuspitzen, daß sich die Bündnisse für die Europäer nicht mehr auszahlten, weil sie mehr Unsicherheit als Sicherheit schafften. Daran trügen die Amerikaner durch ihre Intervention in Vietnam die Schuld. Die Sicherheit Europas sei bedroht, seit man in größerem Ausmaß mit Lokalkriegen zu rechnen habe, die vor allem von den Amerikanern geführt würden.

Ich möchte darauf erwidern, daß dem Begriff der Lokalkriege ein zweiter, aus der kommunistischen Ideologie stammender Begriff zuzuordnen ist, nämlich der der nationalen Befreiungskriege. Das sind zwei Stiefel eines zusammengehörigen Paares. Man muß zwar zugeben, daß sich die amerikanische Praxis in Vietnam als am gravierendsten erwiesen hat. Dabei sollte man aber darauf hinweisen, daß sich die Sowjetunion nunmehr eine Kapazität zulegt, die sie in Zukunft zu weltweitem Eingreifen nach dem Prinzip der Kanonenboot-Politik oder auch nach dem Vorbild in Vietnam befähigen könnte - womit ich nicht behaupte, daß sie es tun will. Ich denke an die Helikopterträger und die Wiedergründung der Marineinfanterie. Offenbar wollen die Sowjets auch auf diesem Felde mit den Amerikanern gleichziehen.

Ich halte Herrn Rajh entgegen, daß solche Lokalkriege auf das industrialisierte Europa, wo die Konfrontation der Supermächte gegeben ist, kaum einen Einfluß ausüben würden. Ich bin nicht ohne Sorge, daß die Auseinandersetzung in Vietnam Rückwirkungen auf Europa haben könnte. Vor allem wird man befürchten müssen, daß Vietnam den im Jahre 1963 begonnenen Entspannungsprozeß hemmt und vielleicht gänzlich zum Stillstand bringt. Ich glaube jedoch nicht, daß Vietnam die Sowjets zur Eröffnung einer zweiten Front - etwa in Berlin - zwingen könnte; denn dagegen bleibt die nukleare Garantie der Amerikaner noch immer wirksam erhalten.

Herr Rajh sagte weiter, die Europäer fühlten sich auch ohne Bündnisse sicher. Ich weiß nicht, woher er diese Information bezieht. Ich habe von den vorherrschenden öffentlichen Meinungen in Westeuropa einen gegenteiligen Eindruck.

Liska

In der augenblicklichen Phase der Entwicklung befinden wir uns noch ganz im Anfang einer europäischen Entspannung. In diesem Stadium ist es von entscheidender Bedeutung, daß alle verantwortlichen Kräfte in Europa eine Politik verfolgen, die zu einer gesamteuropäischen Befriedung und Sicherheit führt. Dabei muß grundsätzlich garantiert sein, daß die legitimen Interessen aller beteiligten Nationen respektiert werden.

Bei der Verfolgung einer solchen Politik haben die sozialistischen Länder den Vorschlag gemacht, die heute existierenden militärpolitischen Blöcke durch ein kollektives gesamteuropäisches

Sicherheitssystem und eine entsprechende Zusammenarbeit zu ersetzen. Natürlich ist dabei entscheidend, was man konkret unter einem solchen Arrangement versteht.

Nach meiner Überzeugung kann die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems nicht am Anfang des Prozesses stehen, sondern ist dessen Ziel. In diesem langfristigen und komplizierten Prozeß wird man sich mit verschiedenen widerspruchsvollen Kräften abfinden müssen. Ein solches Sicherheitssystem kann nicht über Nacht geschaffen werden, wenn es für alle Beteiligten annehmbar sein soll. Man will ja nicht weniger, sondern mehr Sicherheit gewinnen. Deshalb darf man den Boden der Realitäten nicht verlassen. Die einzelnen Etappen dieses Entwicklungsprozesses dürfen nicht zur Verhärtung der heutigen Realitäten und zur Petrifizierung der Blöcke führen, sondern müssen darauf ausgerichtet sein, sie auf einer höheren Entwicklungsstufe zu überwinden.

Eine der wichtigsten Vorbedingungen für einen solchen Prozeß ist die Formulierung einer gemeinsamen Konzeption, die die Grundlage für die Politik der verantwortlichen Kräfte in Europa bildet. Es ist wichtig, alles dafür einzusetzen, daß Politiker zu diesem Zweck zusammenkommen. Diese sollten versuchen, einen bestimmten Rahmen abzustecken und eine Generallinie der europäischen Entspannung zu erarbeiten, ohne die Probleme bereits substantiell lösen zu können.

Grosser

Nach Ihrer Auffassung, Herr Liska, muß jeder das Sicherheitsbedürfnis des anderen respektieren. Niemand sollte aus seinem Sicherheitsbedürfnis heraus Maßnahmen ergreifen, die sich gegen die positive Entwicklung richten.

Liska

Man muß versuchen, alle Sicherheitsbedürfnisse für Europa als Ganzes auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Das ist ein langfristiger Prozeß, in dem die Sicherheit für jeden einzelnen Staat garantiert sein muß.

Chwostow

Gewiß ist es wünschenswert, womöglich vereint die Sicherungsbedürfnisse aller europäischen Länder zu befriedigen. In Gesprächskreisen wie diesem bietet sich eine gewisse Gelegenheit des kollektiven Suchens nach einer besseren Alternative.

Grosser

Noch sind wir aber nicht in der Lage, uns als eine Kollektivität zu betrachten. Im Sinne von Herrn Liska kommen wir an eine Kollektivität in den heute bestehenden Gruppierungen erst dann heran, wenn dem Mißtrauen in diesem System Rechnung getragen wird.

Hassner

Wenn ich die Substanz der Ausführungen von Herrn Rajh und Herrn Liska richtig verstanden habe, dann hätte ein europäisches Sicherheitssystem drei wesentliche Merkmale. Erstens geht es dabei zwar um ein System, gleichzeitig aber um einen ständigen Prozeß.

Zweitens ist es nicht nur ein Sicherheitssystem im statischen Sinn, in dem die Angst vor Aggression auf beiden Seiten ausgeschaltet ist, sondern es soll auch zur Regelung substantieller politischer Probleme unter der Voraussetzung einer wirtschaftlichen und ideologischen Evolution dienen.

Drittens würde es sich dabei zwar um ein europäisches Sicherheitssystem handeln, das aber an bestimmte Voraussetzungen eines weltweiten Gleichgewichts insbesondere zwischen den beiden Supermächten gebunden wäre.

Hajdu

Ich bin auch der Meinung, es ist ein Verdienst des Systems der beiden Blöcke, daß in Europa fünfzehn Jahre lang Ruhe geherrscht hat. Aber es gibt ebenfalls ein großes Unsicherheitsgefühl in Europa, worauf Herr Rajh schon hinwies.

Einige Staaten bangen um ihre Grenzen, ja sogar um ihre Existenz. Sie fürchten, daß sich die Vergangenheit wiederholt. In einer solchen Atmosphäre kann man nicht von einem Sicherheitsgefühl reden.

Um diesen Zustand zu ändern, muß man den betreffenden Ländern zusichern, man wolle eine Stabilität der Verhältnisse herbeiführen. Stabilität ist nicht mit Petrifikation identisch. Sie ist die notwendige Voraussetzung für eine Veränderung des politischen Klimas, in dem schwer lösbare Fragen erst lösbar werden.

Herr Schmidt sprach davon, daß die Angst seit der Kuba-Krise aus Europa verschwunden sei. Man kann dies wohl hauptsächlich darauf zurückführen, daß sich der Schwerpunkt der Weltpolitik von Europa in andere Teile der Erde verlagerte, was zwar für Europa nützlich war, aber auch seine Schwächeposition beweist.

Wie kann ein europäisches Sicherheitssystem zustande kommen? Wir müssen zunächst einmal die Gemeinsamkeiten und dann die Hindernisse aufzählen. Alle europäischen Völker sind in folgenden Bestrebungen einig: Sie wollen Frieden haben und ihr Unsicherheitsgefühl durch ein Gefühl der Sicherheit ersetzt wissen. Keiner will in einen Konflikt hineingerissen werden, der ihn nichts angeht. Ohne institutionell zu denken, sollte Europa jetzt als Ganzes seine Kräfte sammeln, um nicht mehr Objekt der Weltpolitik zu bleiben, sondern Subjekt zu werden. Wenn man sich auf diese gemeinsamen Interessen aller europäischen Länder stützt, könnte man zu einer Lösung dieses Problems gelangen.

Eine so gedachte Entwicklung kann jedoch nicht aus europäischer Kraft allein geschehen, denn da gibt es noch die beiden Supermächte. Es erhebt sich die Frage, ob die Interessen der Supermächte wenigstens parallel, wenn nicht identisch sind mit den Interessen der europäischen Staaten. Meiner Meinung nach sind sie heute sogar identisch, was Europa angeht.

Geht man von überregionalen Positionen aus, dann sind die Interessen so zahlreich, daß notwendigerweise viel mehr Konfliktmöglichkeiten auftreten. Andererseits aber verringern sich in einem größeren Rahmen auch die Interessen der Beteiligten. Zum Beispiel interessieren wir uns in der Tschechoslowakei nicht so sehr für das, was in Uruguay geschieht. Uns interessiert Mitteleuropa stärker. Darum wäre ich für einen Regionalismus, jedoch in einer gesamteuropäischen Lösung.

Diese Lösung läßt sich jedoch nur durch einen Prozeß herbeiführen, wie Herr Liska ausführte. Es müssen erstens politisch-juristische und auch militärische Maßnahmen ergriffen werden, die zur Verbesserung und zur Vorbeugung dienen, also mehr passiven Charakter haben. Zweitens sollten auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet Möglichkeiten zu einer Zusammenarbeit geschaffen werden.

Plaschka

Ich möchte Ihre Ausführungen in zwei Punkten ergänzen, Herr Hajdu. Erstens ist es sicherlich ein gewisses Verdienst der beiden Blöcke, daß in Europa jahrelang relativ Ruhe geherrscht hat; dennoch sollten sie schrittweise abgebaut werden. Das heißt, die Integrationskraft innerhalb der beiden Blöcke sollte aufgelockert und nicht aufgrund eines übertriebenen Feindbildes verstärkt werden.

Zweitens würden und sollten sich im weiten Raum eines europäischen Sicherheitssystems regionale Gruppenbildungen ergeben, vor allem aufgrund des wirtschaftlichen und kulturellen Kräftespiels. Solche Ansätze zu regionalen Querverbindungen wären im Sinne des Zusammenwachsens besonders dort zu fördern, wo derzeit innerhalb Europas noch stark ausgeprägte Grenzen bestehen.

Menzel

In der Frage des europäischen Sicherheitspaktes sollten wir in der Tat davon ausgehen, daß beide Seiten ein berechtigtes Sicherheitsbedürfnis haben.

Was verstehen wir unter Europa, wenn wir von einem europäischen Sicherheitssystem sprechen? In diesem Zusammenhang gehört Rußland ohne Zweifel dazu. Sollten auch die Iberische Halbinsel, Malta, Cypern und so weiter in ein kollektives Sicherheitssystem eingeschlossen werden, oder sollte man sich zunächst einmal darauf beschränken, das Experiment an der gefährlichsten Stelle zu machen, nämlich mit den Staaten, die unmittelbar am sogenannten "Eisernen Vorhang" liegen? Dort können Konflikte entstehen, aber dort sind auch die Lösungsmöglichkeiten übersichtlicher, als wenn wir das System über ganz Europa ausdehnen. Praktisch handelt es sich also um Mitteleuropa mit den beiden Flügelstellungen im Norden und Süden.

In der NATO stellt man bereits Überlegungen hinsichtlich einer Regionalisierung der Verteidigung an. Ich sehe darin einen gewissen Auflockerungsprozeß. Man sollte also unterscheiden zwischen kleinen Lösungen, die an der gefährlichen Stelle Mitteleuropas getroffen werden, und großen Lösungen für ganz Europa, die sich in der Konstruktion als viel schwieriger erweisen würden.

Wie könnte ein solcher Sicherheitspakt aussehen? Aus rechtlichen Gründen ist es nicht möglich, eine direkte Vereinbarung zwischen der NATO-Organisation und dem Warschauer Pakt zu treffen. Aber selbst wenn man annimmt, daß diese Institutionen Rechtssubjekte seien, die Verträge abschließen könnten, käme es nicht auf die Organisationen an, sondern auf die Staaten, die gebunden werden sollen. Ein europäisches Sicherheitssystem kann nur ein Vertragssystem zwischen den europäischen Staaten sein.

Ein solches Vertragssystem hätte erstens politische Klauseln zu enthalten. Denn die Idee der Sicherheit ist eine politische Idee, die sich zunächst auf militärischem und später vielleicht auch auf wirtschaftlichem Gebiet auswirkt. Die Gewaltverzichtserklärung, die zur Beseitigung der gegenwärtigen Unruhe nötig ist, muß deshalb einer der Kernpunkte sein. Es dürfen also keine Grenzveränderungen mit Gewalt vorgenommen werden. Das gilt für die beiden deutschen Staaten genauso wie für alle anderen Staaten, aber auch für Westberlin, dessen Status quo in seiner Insellage einschließlich der Zufahrtswege erhalten bleiben muß. Hier liegt eine Gefahr; denn innerhalb der DDR sind zwar keine grenzüberschreitenden Aktionen möglich, die politische Situation könnte jedoch durch bestimmte Handlungen so verändert werden, daß diese einem Grenzüberschreiten gleichzusetzen sind.

Wenn man die Vertragstexte der NATO und des Warschauer Paktes miteinander vergleicht, stellt man fest, daß beide die gleiche Struktur haben. In einem europäischen Sicherheitspakt muß also auch das Verhältnis zu den Organen der Vereinten Nationen geklärt werden. Solange es kein effektives europäisches Sicherheitssystem gibt, wird man den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nach wie vor für zuständig erklären müssen.

Was die militärischen Klauseln angeht, wäre es zunächst notwendig, den gegenwärtigen militärischen Status quo, also das augenblicklich bestehende europäische Gleichgewicht zu erhalten. Der Rüstungsstand dürfte demnach nicht erhöht werden. Damit wäre gleichzeitig eine Beschränkung der maximalen Truppenstärken in beiden Blöcken einzuführen, wie sie auf westlicher Seite bereits durch das WEU-System besteht. Eine solche vertragliche Regelung bedeutet für den Ostblock eine Neuerung. Nach dem WEU-Abkommen, dem England mit seiner Rheinarmee genauso unterliegt wie die Bundesrepublik, sind nicht nur die militärischen, sondern auch die Polizeikräfte und paramilitärische Verbände betroffen.

Problematisch bleibt aber die Frage der Rüstungskontrolle. Im Westen gibt es bereits ein Kontrollsystem, das dann auch im Osten eingeführt werden müßte. Wie weit sollte ein solches Kontrollsystem europäisiert werden?

Ein weiterer Punkt wäre die Verringerung der Rüstung unter Wahrung des Gleichgewichts. Das erfordert eine bestimmte Kontrolltechnik, weil zum Beispiel Brigade nicht gleich Brigade ist. Für die Militärs ist das aber heute kein Problem mehr, denn es lassen sich sachgerechte Maßstäbe finden.

Ein weiteres militärisches System hat die Genfer Experten-Konferenz gegen Überraschungsangriffe ausgearbeitet. Darin sind Beobachterposten und Grenzzonen vorgesehen, um unmittelbare militärische Konfrontationen zu verhindern. Man denkt auch an ein gemeinsames Büro, in dem alle Meldungen zusammenlaufen. Es soll gewissermaßen als verlängerter Arm des Sicherheitsrates die Befugnis haben, einem Staat die Ausweitung von militärischen Manövern und sogar das Auslaufen von Flotten zu untersagen, wenn im Sinne der Satzung der Vereinten Nationen eine Friedensbedrohung vorliegt. Daraus könnte ein allgemeines europäisches Sicherheitsamt entwickelt werden, das, über den Blöcken stehend, alle solche Vorgänge überwacht. Hier liegt eine institutionelle Brückenfunktion zwischen den beiden Blöcken.

Diese Grundlagen eines europäischen Sicherheitssystems könnten für beide Seiten annehmbar sein und Europa ein Gefühl größerer Sicherheit geben.

Schierwater

Ich möchte auf die Studie von Schütze vom Centre d'Études in Paris aufmerksam machen, die von der Neutralisierung Zentraleuropas handelt. Darin sehe ich eine große Gefahr. Wir sollten nämlich Lösungsmöglichkeiten für ein europäisches Sicherheitssystem nicht auf einen zentraleuropäischen Raum begrenzen, der nur die beiden Deutschland, die Beneluxländer, Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen umfaßt. Wir sollten mehr an eine gesamteuropäische Lösung denken.

Dennoch ist die Arbeit dadurch interessant, daß sie das deutsche Problem mit der europäischen Sicherheitsfrage koppelt. Uns fehlt weniger die Zielvorstellung als eine pragmatische Form der Zusammenarbeit Schritt für Schritt. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß eine Gruppe etwa mit einem Integrationsmodell vorangeht und eine andere mit einem Kooperationsmodell nachzieht. Das

Militärische wird sicher immer bilateral-kooperativ sein, während das ökonomische sehr wohl multilateral-integrativ sein kann.

Diese Vielschichtigkeit sollte erkannt werden, denn es erleichtert die Sache, wenn man auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit fahren kann.

Kuby

In den nächsten Jahren wird über einige Komplexe verhandelt werden, die das Gesicht Europas grundlegend verändern können. Ich denke zum Beispiel an die Auseinandersetzungen um die Weltwährungsordnung, an die Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG oder an Ersatzlösungen dafür. Weiter besteht ab 1969 die Möglichkeit, die NATO zu verlassen. Das Europa nach diesen Veränderungen, das Europa der Siebziger Jahre, wird ein anderes sein als das heutige. Aber wie wird es sein?

Um sich über die Gesamtsituation klarzuwerden, muß man wissen, ob man zu jenem Europa der Staaten, wie es vor 1945 bestanden hat, zurückkehren und eine großeuropäische Kooperation von 25 bis 30 unterschiedlich großen Staaten anstreben will; oder ob man es ökonomisch, technologisch und politisch für effektiver hält, zunächst die heute bestehenden Teileinheiten zu stärken und einen sinnvollen Austausch zwischen ihnen möglich zu machen.

Das zweite Ziel wäre dann, dieses Europa aus der Bündnisabhängigkeit zu lösen und bündnisfähig zu machen. Deshalb sollten wir in Westeuropa die Integration fortsetzen.

Welches wäre denn die Alternative, die sich sonst für eine stabilere Organisation Europas anbietet besonders für das deutsche Problem? Etwa die Pläne für eine militärische und politische Neutralisierung Mitteleuropas? Ich habe den Eindruck, daß man diese Projekte bisher immer nur auf ihre erste Rückwirkung, nämlich auf die Stilllegung des militärischen Potentials Deutschlands angesehen hat, nicht aber auf ihre zweite Wirkung, nämlich auf das politische Problem, das damit verschärft oder neu geschaffen wird. Denn worauf laufen diese Pläne hinaus? Auf ein militärisch verdünntes Zentraleuropa, in dem die Bundesrepublik statt zwölf zum Beispiel nur noch sechs Divisionen und damit wesentlich geringere Militärausgaben hätte.

Im Rahmen dieses Zentraleuropas soll dann eine Kooperation der beiden deutschen Staaten entstehen. Das heißt, es würden etwa achtzig Millionen Deutsche mit einem überlegenen Wirtschaftspotential in der Mitte Europas gemeinsam etwa mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei in einer Sonderzone leben - achtzig Millionen Deutsche, deren ökonomische Kraft infolge der beschränkten Militärausgaben noch wüchse. Das wirtschaftlich immer stärker werdende Deutschland, das nach Wiedervereinigung strebt, würde schließlich - wie in den zwanziger Jahren - wieder die Frage stellen, wie lange es die als diskriminierend empfundene Lage noch hinnehmen solle.

Grosser

Gesetzt den Fall, die Bundesrepublik bekehrte sich zum Kommunismus und es gäbe einen einzigen deutschen Staat mit dem Wirtschaftssystem der DDR, der dem COMECON angehörte: Das würde meiner Meinung nach selbst im Osten keine Begeisterung hervorrufen.

Kuby

Uns verbindet in Ost- und Westeuropa die Sorge, daß eine repressive Politik Amerikas in der südlichen Welthälfte zu irgendeinem Zeitpunkt in einen Konflikt umschlägt, der sich zu einem Stellvertreterkrieg in Europa ausweiten könnte. Was nützen dann für Europa die Garantieverprechen der beiden Weltmächte?

Das Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn würde sich ändern, und die westeuropäische Integrationspolitik würde auch für Osteuropa ein anderes Gesicht bekommen, wenn die Bundesrepublik endlich anerkennt, daß es zwei deutsche Staaten gibt, daß die polnische Westgrenze an der Oder-Neiße-Linie liegt, und wenn die Bundesregierung nochmals erklärte, auf keinem Wege nach nationaler Verfügung über atomare Waffen zu streben.

Vielleicht würde man in Osteuropa unter solchen Umständen eher bereit sein, diese Gemeinschaft in Westeuropa anzuerkennen, um mit ihr zu verhandeln und damit schließlich auch auf sie einzuwirken. Auf diese Weise könnte man verhindern, daß sie zum Beispiel auf dem ökonomischen Sektor eine Politik betreibt, die sich gegen Osteuropa auswirkt.

Hajdu

Ich kenne bisher noch kein anderes Modell für ein europäisches Sicherheitssystem als das, welches Herr Schütze in Paris vorgeschlagen hat. Natürlich hat Herr Kuby recht, wenn er sagt, es sei unerträglich, daß die beiden deutschen Staaten zusammen mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn mitten im europäischen Raum eine isolierte Machtgruppe bilden.

Ratiani

In der Frage der europäischen Grenzen sind wir uns wohl etwas nähergekommen, denn niemand von westlicher Seite hat sich für deren Revision eingesetzt. Es wird also für unmöglich gehalten, die bestehenden Grenzen anzutasten. Dies ist das wichtigste Problem für die Zukunft der europäischen Sicherheit. Es wäre nützlich, wenn wir auf diesem Wege weiter vorankämen. Die Bedeutung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems scheint mir gerade in der Garantie der bestehenden Grenzen zu liegen.

Was die Beteiligung der Sowjetunion an diesem System angeht, so lag einer der Gründe für das Scheitern des europäischen Sicherheitssystems zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg darin, daß die Sowjetunion damals nicht einbezogen war. Hinsichtlich der Teilnahme außereuropäischer Länder an einem europäischen Sicherheitssystem sollten wir aber nicht nur von der konkreten Situation gestern oder heute ausgehen, sondern auch in die Zukunft schauen.

Ich beteiligte mich vor einigen Monaten an einer Diskussion im Hudson-Institut, in der Hermann Kahn und seine Kollegen versuchten, eine Prognose für das Europa in zehn Jahren und im Jahre 2000 zu stellen.

Gewiß unterschieden sich meine Ansichten von denen der Herren in den Vereinigten Staaten. Aber die Lage ändert sich doch ständig. Gestern halfen die USA den Europäern, heute müssen die westeuropäischen Länder den Dollar retten. In Sao Paulo haben mir die Brasilianer versichert, sie würden in zehn Jahren die Vereinigten Staaten überholt haben, ...

Schmidt

Das wollten auch andere schon einmal!

Ratiani

... aber das heißt noch nicht, daß man die Brasilianer in ein europäisches Sicherheitssystem einbeziehen sollte. Wenn wir uns damit einverstanden erklären würden, auch außereuropäische Länder am europäischen Sicherheitssystem zu beteiligen, könnten wir vielleicht den Amerikanern vorschlagen, uns an die lateinamerikanische Allianz anzuschließen. Denn in Mittelamerika gibt es auch ein sozialistisches Land, das von den kapitalistischen Ländern bedroht wird.

Wie kann also ein europäisches Sicherheitssystem aussehen, das die bestehenden Grenzen in Europa garantiert? Vielleicht können wir unseren Regierungen mit Ideen für die Zukunft helfen und auch die breite europäische Öffentlichkeit für Fragen der Sicherheit Europas gewinnen.

Grosser

Ich glaubte, die Teilnehmer an dieser Diskussion seien sich in einigen Fragen nähergekommen. In den Punkten jedoch, die Herr Ratiani erwähnte, bestanden von vornherein überhaupt keine nennenswerten Differenzen, während er die Dinge, in denen man sich tatsächlich genähert hat, nicht nannte. Bezüglich der Grenzen sind zumindest drei Feststellungen zu treffen, die nicht ganz mit dem übereinstimmen, was Herr Ratiani äußerte. Erstens sagt auf deutscher Seite niemand, die Grenzen sollten geändert werden. Es geht lediglich um den Friedensvertrag, und wir hatten uns geeinigt, dieses Problem beiseite zu lassen.

Zweitens wurde von deutscher Seite betont, daß nicht nur die bestehenden Grenzen eine Realität seien, sondern daß es auch andere Realitäten gäbe, zum Beispiel den Status von Westberlin.

Drittens hat außer Herrn Ratiani niemand behauptet, es sei das Hauptziel eines europäischen Sicherheitssystems, die bestehenden Grenzen zu garantieren. Aus allem, was gesagt wurde, glaubte ich, eine Art Übereinstimmung entnehmen zu können, daß ein solches Sicherheitssystem zwei Aufgaben habe: Einmal müssen sich alle beteiligten Staaten sicher fühlen, und zum zweiten soll die Sicherheit auch tatsächlich bestehen. Darunter sei selbstverständlich auch zu verstehen, daß sich Polen in seinen Grenzen sicher fühlt.

Weiterhin hat niemand bestritten, daß die Sowjetunion zu einem europäischen Sicherheitssystem gehört. Es ging gar nicht um die Zwischenkriegsperiode, in der man sich fragte, ob die Sowjetunion zum europäischen System gehöre oder nicht. Wir haben erörtert, daß die Sowjetunion einmal zum europäischen, dann aber auch zum bilateralen Sicherheitssystem der beiden Supermächte gehört. Es wurde ausführlich darüber gesprochen, wie diese beiden Ebenen miteinander zu vereinbaren seien, da die Sowjetunion einerseits zusammen mit den Vereinigten Staaten eine sich aus ihrer Macht ergebende besondere Verantwortung trägt, während sie auf der anderen Seite Teil eines europäischen Sicherheitssystems ist.

Nach den Ausführungen der Herren Liska und Berezhkov glaubte ich, es sei eine Art Einverständnis über die Tatsache erzielt worden, daß ein großer Teil der westlichen kapitalistischen Staaten sich nicht sicher fühlt, wenn die USA nicht dabei sind. Weil wir uns aber alle darüber einig waren, daß kein Sicherheitssystem bestehen kann, wenn sich nicht alle Staaten sicher fühlen, ist zur Zeit die Beteiligung der USA eine Voraussetzung für dieses Gefühl der Sicherheit. Vielleicht verhält sich das in Zukunft einmal anders.

Kuby

Im Gegensatz dazu gibt es aber einen westlichen Staat, der sich nicht sicher fühlt, wenn die Vereinigten Staaten dabei sind, nämlich Frankreich.

Grosser

Auf die Frage, Herr Kuby, ob die Vereinigten Staaten ihre Streitkräfte nur aus Frankreich abziehen oder völlig aus Europa herausgehen sollen, ist noch keine Antwort erfolgt.

Ratiani

Wir verbieten es den westlichen Ländern doch nicht, irgendwelche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu haben. Auch die Sowjetunion unterhält mit außereuropäischen Ländern Verträge, und England und Frankreich sind am SEATO-Pakt beteiligt. Wenn es sich jedoch um ein europäisches Sicherheitssystem handelt, sollten sich nur europäische Staaten daran beteiligen.

Schmidt

Es hat keinen Zweck, daß wir darüber streiten, Herr Ratiani. Für die Bundesrepublik kommt ein europäisches Sicherheitssystem, an dem wohl Rußland, nicht aber die USA beteiligt sind, als Gesprächsgegenstand nicht in Betracht.

Sommer

Ich schlage vor, statt des Ausdrucks "europäisches Sicherheitssystem" die Bezeichnung "Sicherheitssystem für Europa" zu setzen. Dann können nämlich auch die USA beteiligt werden, was nach Ansicht der hier versammelten Deutschen nun einmal der Fall sein muß.

Ratiani

Aber weder die Sowjetunion noch Frankreich oder die Bundesrepublik werden zu dem System der lateinamerikanischen Allianz zugelassen.

Sommer

Das interessiert uns auch nicht.

Grosser

Unter Umständen wäre für die westlichen Staaten ein Sicherheitssystem ohne die USA mit den osteuropäischen Staaten außer Rußland denkbar, während die beiden großen Schutzmächte in einem bilateralen System fungieren. Auf dieses Problem hat die französische Politik noch keine Antwort gegeben.

Sommer

Bedeutet für unsere sowjetischen Freunde ihre Teilnahme an einem europäischen Sicherheitssystem die vollgültige Mitgliedschaft, oder wollen sie nur am Zustandekommen dieses Systems beteiligt sein und sich hinterher als Garantiemächte zur Verfügung stellen?

Berezhkov

Sie können sehen, daß es auch zwischen den russischen Gesprächspartnern unterschiedliche Standpunkte gibt; denn ich nehme eine etwas andere Position ein als Herr Ratiani. Niemand bestreitet, daß die Sowjetunion sowohl eine europäische als auch eine asiatische Macht ist. Hätte unser Zar nicht Alaska verkauft, wären wir auch ein amerikanischer Staat. Als europäischer Staat sind wir der Überzeugung, genau wie andere europäische Staaten gleichberechtigt an einem europäischen Sicherheitssystem teilnehmen zu sollen. Wir halten eine Teilnahme der Vereinigten Staaten nicht für erforderlich. Wenn aber die westlichen europäischen Staaten in diesem Punkte Bedenken haben, wird sich sicherlich im Verlaufe der Diskussion eine Möglichkeit finden lassen, die USA in irgendeiner Form doch zu beteiligen.

Sommer

Sollen die Vereinigten Staaten an der Ausarbeitung einer solchen Möglichkeit beteiligt werden, oder wollen Sie sie davon ausschließen?

Wojna

Der polnische Standpunkt hinsichtlich einer Beteiligung der USA an einem europäischen Sicherheitssystem ist in einem Vorschlag fixiert, den unser Außenminister Rapacki vor mehr als zwei Jahren in New York machte. Er sprach von einer Konferenz über die europäische Sicherheit, an der auch die USA teilnehmen sollten. Ob die Amerikaner dann auch am europäischen Sicherheitssystem selbst beteiligt würden, hinge vom Ergebnis dieser Konferenz ab. Soweit ich weiß, hat sich an dieser polnischen Position bisher nichts geändert.

Schmidt

Diejenigen osteuropäischen Völker, die Angst vor Deutschland haben, möchten die Sowjetunion als Garanten an einem europäischen Sicherheitssystem beteiligt wissen. Die Westeuropäer aber, die Sorgen vor der Sowjetunion haben, brauchen ihrerseits einen Garanten. Dafür kämen nach unserer Meinung nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika in Betracht. So denken die Holländer, Dänen, Engländer und viele andere in Westeuropa. Wir vertreten die Ansicht, daß beide Supermächte, die die Welt im Gleichgewicht halten, mit gleichen Rechten und Pflichten an diesem Sicherheitssystem für Europa teilnehmen sollten.

Unseren sowjetischen Freunden gegenüber möchte ich daher eindeutig feststellen: Solange es keine politisch vereinigten Staaten von Europa oder irgendein politisches Äquivalent dafür gibt, solange wird kein verantwortlicher Politiker in der Bundesrepublik gleichgültig ob er zu den "gegenwärtig herrschenden Kreisen in Bonn" gehört oder ob er sonst genug Verstand besitzt, um verantwortlich zu handeln - die Bundesrepublik in ein europäisches Sicherheitssystem integrieren, an dem zwar die Sowjetunion mit allen Rechten und Pflichten, nicht aber die USA beteiligt sind. Ein solches System kommt nicht zustande; Engländer, Dänen und Holländer haben ein genauso großes Interesse daran wie wir Deutsche, daß das Gleichgewicht in Europa aufrechterhalten wird. Das dürfte auch für die Schweizer und Österreicher zutreffen, die nicht daran beteiligt wären.

Ich bin daher dafür, daß wir den Streit hierüber aufgeben und uns vielmehr überlegen, welches die ersten Schritte zu einem Sicherheitssystem sein könnten. Dazu gehört zum Beispiel ein gegenseitiger Nichtangriffspakt oder ein gegenseitiger Gewaltverzicht der beteiligten europäischen Staaten. Als zweiter Schritt könnte ein Einfrieren der Rüstungen erfolgen, dem sich dann ein gleichmäßiger, gleichwertiger und gleichzeitiger Abbau von nationalen oder auch fremden Streitkräften anschließen könnte. Dazu wäre nicht unbedingt ein Vertrag nötig; das ginge auch auf dem Wege über ein stillschweigendes Einvernehmen.

Der Gewaltverzicht muß selbstverständlich insbesondere diejenigen Linien, Grenzen und Territorien einschließen, die am heftigsten umstritten zu sein scheinen, nämlich die Grenzen zwischen der DDR und Polen, zwischen der Bundesrepublik und der DDR, aber auch die Grenzen oder Demarkationslinien - ich mache da keinen Unterschied;- die das Territorium Westberlins umfassen, einschließlich der bestehenden Rechte für Westberlin. Darüber hinaus könnten alle übrigen Grenzen und Territorien inbegriffen sein, die geographisch von diesem System gedeckt werden.

Ratiani

Ich muß Sie als Vorsitzenden dieses Gesprächskreises um Schutz im Sinne der Demokratie bitten, Herr Grosser. Herr Schmidt will uns untersagen, über die europäischen Probleme zu sprechen, ohne die Vereinigten Staaten in das künftige Sicherheitssystem einzubeziehen.

Wenn man eine solche Forderung stellt, wird unsere Diskussion behindert, jeder sollte seine Meinung frei aussprechen dürfen.

Grosser

Es ist keineswegs verboten, Herr Ratiani, über etwas zu diskutieren, was zu keinem Ergebnis führt. Es ist nur sinnlos. Das hat nichts mit mangelnder Demokratie zu tun.

Wenn wir wissen, daß es für die andere Seite schlechthin unannehmbar ist, was wir sagen, dann wird die Diskussion zur Träumerei. Es gibt durchaus Dinge, die für einen großen Teil der Teilnehmer außerhalb jeglicher Konzession stehen, über die man also nicht debattieren kann, ohne daß die Diskussion zur Farce wird. Wollten wir etwa darüber reden, daß Polen Konzessionen bezüglich der Oder-Neiße-Linie machen sollte, dann wäre das eine sinnlose Diskussion, denn Herr Wojna würde eine solche für ihn völlig unannehmbare Formulierung schärfstens ablehnen.

Im gleichen Sinne ist für Herrn Schmidt und für einen Teil der Europäer die Teilnahme der Vereinigten Staaten an einem Garantiesystem in Europa unbedingt notwendig. Man kann darüber sprechen, ob es richtig oder falsch sei, das als Notwendigkeit anzusehen. Will man aber zu einem Kompromiß kommen, sollte man dem anderen nicht zumuten, weiter über etwas zu diskutieren, was ihm nun einmal als unabdingbar notwendig erscheint.

Chwostow

Herr Schmidt hat seinen Standpunkt außerordentlich präzise dargelegt. Ich bin immer dafür, klar und offen zu sprechen. Wir sind keine Diplomaten und wollen die Probleme gütlich klären. Andererseits muß ich aber Herrn Ratiani zustimmen, daß der Beitrag von Herrn Schmidt etwa so klang, daß man über ein europäisches Sicherheitssystem mit Beteiligung der Sowjetunion, aber ohne Teilnahme der Vereinigten Staaten überhaupt nicht reden sollte. Mit einer solchen Stellungnahme kann ich mich auch nicht einverstanden erklären. Es muß jeder seine Konzeption zum Ausdruck bringen dürfen, gleichgültig, ob es für den anderen annehmbar oder unannehmbar ist.

Schmidt

Ich glaube, Herr Chwostow, es war ganz klar, was ich sagen wollte: Es hat keinen Zweck, verantwortlichen Deutschen ein solches Modell zu empfehlen. Wir können uns natürlich noch stundenlang damit beschäftigen; nur wird das zu keinem Ergebnis führen.

Chwostow

Es sitzen aber nicht nur Deutsche an diesem Tisch, Herr Schmidt.

Kuby

Es gibt meines Wissens bereits seit acht oder neun Jahren eine Diskussion über die Art und den Grad des Engagements der USA in Europa, und zwar nicht nur bei den Gaullisten, sondern auch in der Bundesrepublik und bei einer ganzen Reihe von NATO-Partnern. Inwieweit ist die gegenwärtige Art des Engagements der Vereinigten Staaten mit ihren immer wieder wechselnden Strategien noch eine verlässliche Garantie? Inwieweit kann man seine Sicherheitspolitik allein darauf einstellen, daß die Beziehungen zwischen beiden bisherigen Schutzmächten Europas durch einen Willen zur Entspannung bestimmt bleiben? Es erscheint mir zumindest ungewiß, ob die Situation zwischen den beiden Weltmächten so stabil ist und bleibt, wie sie jetzt allgemein angenommen wird.

Die Präsenz der USA in Europa ist nicht auf immer sicher - sie wird heute schon zunehmend schwächer. Wer tritt an ihre Stelle, wenn die USA ihr Engagement hier weiter einschränken oder aufzugeben gezwungen sind - aus welchen Gründen immer? Wer wird dann die europäischen Interessen in der Weltpolitik vertreten? Die europäischen Staaten in ihrem heutigen Zustand können es nicht mehr. Solange es so etwas wie Vereinigte Staaten von Europa noch nicht gibt, werden die Europäer keinen aktiven Einfluß auf die Weltpolitik nehmen können. Deshalb sollte man den Aufbau der politischen Union Europas als wichtigstes Element für eine stabile Situation in Europa fördern. Damit müßte man schon heute beginnen.

Ich halte jedenfalls denjenigen für unverantwortlich, der sich nicht auf ein Disengagement der Vereinigten Staaten vorbereitet.

Grosser

Was verstehen Sie unter diesem Europa?

Kuby

Ich gehe zunächst von dem bestehenden Kern, von Westeuropa aus. Wahrscheinlich gibt es Möglichkeiten, darüber hinauszukommen.

Grosser

Sie meinen also zunächst Westeuropäer und dann Osteuropäer ohne die Sowjetunion? Oder meinen Sie alle Europäer einschließlich der Sowjetunion? Wo sind hier die Begrenzungen?

Kuby

Ich stelle mir eine stufenweise Entwicklung vor.

Wojna

Das richtet sich von Anfang an automatisch gegen uns! Sie wollen zuerst ein Westeuropa als eine Art Anziehungskraft gegen uns schaffen und wirken lassen. Das geschieht automatisch, ob sie wollen oder nicht. Wenn man wirklich ein geeintes Europa will, muß man es von Anbeginn gemeinsam aufbauen.

Kuby

Eine automatische Wirkung gegen Polen scheint mir ausgeschlossen - im Gegenteil!

Liska

Ein neues Sicherheitssystem in Europa kann man nur stufenweise aufbauen. Meiner Ansicht nach ist das unter den heutigen und auf absehbare Zeit gültigen Bedingungen nur auf der Grundlage des militärischen Gleichgewichts möglich, das auf verschiedene Weise sichergestellt werden kann. Einige der Möglichkeiten sind praktisch durchführbar, andere haben einen mehr theoretischen Charakter. Man muß auch das amerikanische Engagement in Europa vom Gesichtspunkt der Stabilisierung des Gleichgewichts aus betrachten. Dabei geht es um die Rolle der Amerikaner innerhalb eines europäischen Sicherheitssystems.

Zu den theoretischen Möglichkeiten der Erhaltung des Gleichgewichts würde zum Beispiel der Aufbau eines neuen Machtzentrums in Europa gehören. Viele westliche Politiker befassen sich mit solchen Ideen, etwa einer westeuropäischen Union im Sinne von Herrn Strauß. Dabei ist es klar, daß das vereinigte französisch-britische Potential dieses Gleichgewicht noch auf lange Sicht nicht sicherstellen kann. Das wäre nur mit einer Beteiligung der Bundesrepublik und deren bevölkerungsmäßigem und ökonomischem Gewicht möglich.

Ist dies aber der richtige Weg, die Sicherheit in Europa zu garantieren? In Osteuropa sind wir daran interessiert, daß gerade das Potential der Bundesrepublik nicht in ein solches Machtzentrum eingebaut wird. Es sollte vielmehr in bestimmtem Sinne neutralisiert werden, indem es zusammen mit anderen Staaten in Mitteleuropa als organischer Bestandteil mit friedlichen Aufgaben fungiert.

Das Interesse der kleineren und mittleren europäischen Staaten sollte sich ohne Rücksicht auf die jeweilige gesellschaftliche Ordnung darauf konzentrieren, die Bedeutung des militärischen Faktors bei der Herstellung der europäischen Sicherheit nach einem bestimmten Programm schrittweise herabzusetzen. Vor allen Dingen müßte man die nichtmilitärischen Faktoren, nämlich die vielseitige Zusammenarbeit der europäischen Staaten im gesamteuropäischen Rahmen, stärker in das System einbauen. Das sollten auch die Politiker der EWG, soweit sie wirklich an Europa und nicht partikularistisch denken, berücksichtigen. Die weitere Entwicklung der EWG dürfte die Kluft nicht noch verbreitern.

Damit wäre eine reale Chance gegeben, die europäische Komponente in diesem System effektiv zu stärken. Das läge im Interesse sowohl Ost- als auch Westeuropas. Denn auf militärisch-strategischem Gebiet hängen wir von den Supermächten ab.

von Raven

Es wurde davon gesprochen, daß die Sowjetunion einmal eine europäische Macht, zum anderen eine Supermacht sei. Ich kann mir jedoch nicht vorstellen, daß dieses doppelte Gesicht zu einem schizophrenen Verhalten führen könnte. Auch als europäische Macht ist sie eine Supermacht und wird sich in Europa ebenso wie in der Welt als eine Einheit verhalten. Es gibt also keine unterschiedliche sowjetische Politik: einmal in Europa - zum anderen als Weltmacht.

Die europäische Situation und damit auch deren Veränderung in Richtung auf ein europäisches Sicherheitssystem sind demnach vom Verhältnis der Sowjetunion und der USA zueinander abhängig.

Wenn die Sowjetunion daran interessiert ist, daß Bewegung in die europäische Frage kommt und daß eine allmähliche Auflösung der beiden gegeneinander gerichteten Blöcke stattfindet, dann sollte sie auch dafür Sorge tragen, daß das atomare Patt, welches die Stabilität der Lage verursacht, erhalten bleibt. Sie sollte kein neues Rüstungswettrennen mit den Vereinigten Staaten beginnen, sondern auf die Angebote der USA eingehen, dieses Rennen auf dem gegenwärtigen Stand zu stoppen. Ein allmählicher Abbau der Rüstung auch in Europa wäre nicht nur ökonomisch, sondern auch psychologisch wünschenswert. Man könnte damit das gegenseitige Vertrauen stärken, die Furcht voreinander mindern.

Wenn die Sowjetunion daran interessiert ist, daß die Vereinigten Staaten nicht an einem europäischen Sicherheitssystem beteiligt werden, müßte ihr daran gelegen sein, daß die europäischen Staaten das Gefühl verlieren, die Teilnahme der USA sei notwendig. Dementsprechend müßte es im Sinne der Sowjetunion sein, daß sich Europa zu einer politischen Potenz formiert, die eine Beteiligung der USA unnötig macht.

Nun hat Herr Liska gegen dieses Projekt eingewandt, daß die Bundesrepublik nicht zu einem militärisch bestimmenden Faktor in einer solchen Konstellation werden dürfe. Zur Lösung dieses Problems ist es aber gar nicht notwendig, die Bundesrepublik für eine politische Formierung Europas militärisch zur stärksten Macht zu machen. Frankreich und - falls es hinzukommt - auch England werden die beiden stärksten Faktoren in diesem Europa sein, weil sie Atomkräfte sind. Ich könnte mir sehr wohl eine Konstellation vorstellen, in der die Bundesrepublik nicht am Drücker sitzt. Frankreich und England könnten den Kern einer europäischen Gemeinschaft bilden, die selbstverständlich nach Osten offen sein muß.

Hassner

Im Sinne der Ausführungen von Herrn Liska könnten auf lange Sicht zwei Möglichkeiten auftauchen. Einmal ein fest organisiertes Europa, das zunächst auf dem Europa der Sechs fußt, auch wenn dies für den Osten wie eine Bedrohung aussähe. Dieses Europa könnte sich in gewisser Weise selbst behaupten, und die beiden Großmächte zögen sich teilweise zurück.

Die zweite Möglichkeit wäre ein Europa, das auf dem Gleichgewicht der beiden Großmächte basiert. Es wäre in gewissem Sinne neutralisiert, weil dann beide Großmächte mit gleichen Rechten und Pflichten in Europa militärisch engagiert sind. Im ersten Fall handelt es sich also um ein aktives, im zweiten um ein passiveres Europa.

Augenblicklich haben wir ein militärisches Gleichgewicht, und die Kriegsgefahr ist wohl nirgends geringer als in Europa. Das militärische Gleichgewicht stellt aber auf lange Sicht keine Lösung dar, weil es noch die politischen Probleme gibt, zum Beispiel das Deutschland-Problem und das der Unabhängigkeit Europas von Amerika. Wie kann man der militärischen Sicherheit eine andere Form geben, die es ermöglicht, die politischen Probleme allmählich zu bereinigen, die auf lange Sicht die Stabilität gefährden?

Es ist etwas Paradoxes in unserer heutigen Situation. Einerseits haben wir in Europa eine militärische Sicherheit. Andererseits strebt man aber in den letzten Jahren nach einem kollektiven Sicherheitssystem, weil es weder der einen noch der anderen Großmacht gelungen ist, eine dauerhafte Gemeinschaft um sich zu bilden. Auf beiden Seiten verlangt man nach Unabhängigkeit und Flexibilität. Dabei hängt die politische Seite der Sicherheit in Europa direkt von der strategischen Situation der beiden Großmächte ab. Im Gegensatz zum Beispiel zu Afrika besteht unsere Sicherheit in Europa darin, daß die beiden Großmächte in jeden Konflikt, der entsteht, verwickelt sein werden. Je mehr die europäischen Staaten nach Unabhängigkeit streben und je weiter infolgedessen die Zerstörung der beiden Blöcke fortschreitet, desto größer wird die Unsicherheit, ob die Großmächte direkt in einen Konflikt einbezogen werden. Vergleicht man die beiden Deutschland mit Israel und Ägypten, dann haben letztere größere Handlungsfreiheit, aber weniger Sicherheit.

Sommer

Natürlich schließen sich maximale Sicherheit und maximale Entspannung gegenseitig aus. Heute und auch in den nächsten Jahren wird es darum gehen, ein Optimum an Sicherheit mit einem Optimum an Entspannung zu verbinden. Dieses politische Kalkül werden wir alle noch durchrechnen müssen.

Bloemer

Wenn es Europa darauf ankommt, auf die Dauer nicht Objekt in der Weltpolitik zu bleiben, sondern eigene Kräfte zu entwickeln, dann muß ein kollektives europäisches Sicherheitssystem so angelegt werden, daß die beiden Weltmächte mit der Zeit weniger Sicherheitsgarantien für dieses Europa zu stellen brauchen. Ich verstehe nicht, warum die eigenen europäischen Sicherheitselemente ausgerechnet gegen die Sowjetunion gerichtet sein sollten. Genauso gut könnten sie sich auch gegen die USA wenden. Sie sind nichts anderes als der Ausdruck eines europäischen Lebenswillens. Die europäischen Nationen wollen in gleichberechtigter Partnerschaft mit den beiden Weltmächten zusammen wirken.

Hajdu

Wenn wir mit der heutigen Situation unzufrieden sind - und darin scheint Einstimmigkeit zu herrschen; -, dann müssen wir etwas unternehmen. Schließlich könnte das Gleichgewicht eines Tages gestört werden, was Herr Schmidt mit dem Hinweis auf die ABM-Waffen bereits andeutete. Denn eine Veränderung der waffentechnischen Situation bedeutet zugleich eine Wandlung der politischen Lage. Ich wäre zwar mit einer Pax sovjetica einverstanden, glaube jedoch nicht, daß dies auch für unsere westlichen Freunde zutrifft. Mich würde dagegen die Möglichkeit einer Pax americana sehr erschrecken.

Sommer

Unsere Freunde aus dem Osten sollten aus dieser Diskussion den Eindruck mitnehmen, daß wir ein europäisches Sicherheitssystem wünschen. Die beiden Allianzen erfüllen heute zweifellos ihren ursprünglichen Sinn nicht mehr. Sie haben auch ihre monolithische Struktur verloren, wobei Rumänien und Frankreich nur die Extremfälle sind.

Solange aber nicht klar ist, was denn nun Neues kommen soll, entsprechen die heutigen Bündnissysteme nach dem Gefühl der meisten Westeuropäer noch immer den sowohl eingebildeten als auch tatsächlichen Notwendigkeiten. Deshalb halte ich es für wenig nützlich, sich schon jetzt über Sicherheitssysteme zu unterhalten, die die gegenwärtigen Pakte ablösen könnten. Vielmehr sollte man darüber sprechen, wie man sich in einer Zwischenphase durch ein Geflecht von Arrangements einander nähern kann.

Da gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die relativ wenig kosten und viel gegenseitiges Vertrauen einbringen könnten, woran es heute fehlt. Vertrauen ist aber die Voraussetzung, daß ein späteres Sicherheitssystem entsteht und funktioniert.

An erster Stelle steht der Gewaltverzicht, stehen Nichtangriffspakte.

Jahrelang habe ich die immobile Politik der alten CDU-Bundesregierung kritisiert. Heute ist eine neue Regierung zu Gewaltverzicht bereit. Da verstehe ich nicht, daß die Sowjetregierung diese Gewaltverzicht an Vorbedingungen aufhängt, die sie praktisch unerreichbar machen.

Eine weitere Maßnahme wäre etwa der Austausch von Manöverbeobachtern, die erschweren sollen, daß eine Seite aus dem Manöver heraus - aus dem fliegenden Start - zum Angriff antritt. Die Bundesregierung unter Erhard hat dies in ihrer sogenannten Friedensnote vom März 1966 angeboten. Soviel ich weiß, ist nur aus Rumänien darauf eine Antwort eingegangen. Diese Manöverbeobachter sind nicht so bedeutungslos, wie man annehmen mag. So wurde beispielsweise der nordkoreanische Angriff gegen Südkorea im Juli 1950 mit fliegendem Start aus dem Manöver hervorgetragen.

Berezhkov

Der Beginn des Koreakrieges hat sich ganz anders zugetragen. Es war umgekehrt.

Sommer

Ich fürchte, hier sind wir verschiedener Ansicht.

Ferner ist die Einrichtung eines heißen Drahtes zwischen den Oberkommandierenden der beiden Pakte denkbar. Wie wichtig so etwas ist, hat die Kubakrise erwiesen.

Man könnte auch den Austausch von Verbindungsstäben zwischen den Oberkommandos der beiden Allianzstreitkräfte in Erwägung ziehen. Es gibt ja schon Stabskontakte zwischen Frankreich, Belgien und der Sowjetunion. Auf diese Weise kann man auf militärischem Gebiet ähnliche Entspannungsschritte vorbereiten, wie sie sich in den letzten Jahren bereits auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet abgezeichnet haben.

Weiterhin sollte man Vereinbarungen über eine beiderseitige Verringerung der Truppenstärken treffen. Auch sollten Maximalstärken abgesprochen werden. Dabei erhebt sich die Frage der atomwaffenfreien Zonen wieder, wie sie der Rapacki-Plan vorsah. Dann könnte man auch über die Einschränkung der Wehrausgaben verhandeln.

Wir waren übrigens verwundert, als die Wehrhaushalte im Ostblock in diesem Jahr gewaltig anstiegen.

Berezhkov

Denken Sie doch einmal an den Vietnam-Krieg! War das nicht bitter nötig?

Sommer

Nun, in der DDR stieg der Wehrhaushalt immerhin um 60 Prozent. Das hat wohl nicht unmittelbar etwas mit Vietnam zu tun.

Wenn man durch ein Abkommen die Überraschungsangriffe verhindert, zum Beispiel durch Bodenkontrollposten und Luftkontrollen, könnte man schließlich zu einer allgemeinen europäischen Sicherheitskontrolle gelangen. Allein auf diesem pragmatischen Wege läßt sich am Ende ein europäisches Sicherheitssystem erreichen. Beginnt man jedoch mit dem Ende, dann wird die Konstruktion bald zerbröckeln, weil die Vertrauensgrundlage fehlt.

Chwostow

Die Deklarationen von Bukarest und Karlovy Vary enthalten eine Reihe von Übergangsmaßnahmen für den Fall, daß die Mitglieder der NATO als potentielle Vertragspartner für ein europäisches Sicherheitssystem nicht bereit sind, die Militärblöcke sofort abzuschaffen. Nicht die Blöcke selbst, sondern ihre militärischen Organisationen sollten zunächst abgebaut werden. Ich möchte auf die Bedeutung eines möglichen etappenmäßigen Vorgehens mit dem Ziel, eine Organisation für die europäische Sicherheit aufzubauen, besonders aufmerksam machen.

Motschalin

Natürlich ist es schwierig, ein so kardinales Problem wie die Auflösung der Blöcke zu behandeln, über Teillösungen jedoch, wie sie Herr Sommer ansprach, kann man reden - auch auf dem Gebiet der Abrüstung. Ich denke hier zum Beispiel an die Aufgabe von Militärbasen sowie an die Schaffung von atomwaffenfreien Zonen in Mitteleuropa, auf dem Balkan, im Mittelmeer und im Norden von Europa. Soweit ich unterrichtet bin, werden diese Probleme bereits diskutiert. Wir sollten uns bemühen, in dieser Hinsicht voranzukommen.

Mochalski

Das allgemeine Unbehagen über die Spaltung Europas in zwei Militärblöcke rührt wohl auch daher, daß wir in den letzten Jahren sowohl in Ost als auch in West einen Wandlungsprozeß durchgemacht haben. Europa findet gewissermaßen wieder zu sich selbst zurück, nachdem es infolge des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges seine Identität verloren hatte. Ich halte dies für eine erfreuliche Entwicklung, die es uns heute ermöglicht, mit Partnern aus den verschiedenen Staaten Ost- und Westeuropas darüber nachzudenken, wie die europäische Situation neu zu gestalten sei.

An die Stelle der Spaltung in zwei militärische Blöcke mit dem Rüstungswettlauf soll eine europäische Zusammenarbeit treten, die eine gegenseitige ökonomische und kulturelle Förderung vorsieht, um damit die Friedenskräfte bei allen Völkern frei zu machen. Dieses Ziel braucht Geduld, denn die Wunden des Krieges und des Kalten Krieges haben Mißtrauen und Sorgen auf beiden Seiten zur Folge gehabt.

Es dürfte jedoch entscheidend sein, daß wir gemeinsam den Willen haben, dieses Mißtrauen zu überwinden und einander zu helfen, die gegenseitigen Sorgen abzubauen. Dabei sind die Meinungen, wie dies geschehen könnte, gar nicht so gegensätzlicher Natur. Wir sind uns darüber einig, daß dem Sicherheitsbedürfnis aller Staaten, die an einer solchen Friedensordnung beteiligt sind, entsprochen werden müsse. Wenn dies aber eine der Leitlinien für eine Friedensordnung in Europa ist, dann dürfte sich die Frage der Garantie der Grenzen von selbst lösen lassen, weil sie in das Sicherheitsbedürfnis eingeschlossen ist. In diesem Sinne sollte auch eine Lösung für Westberlin gefunden werden.

Die Auflösung der beiden Militärblöcke scheint nicht sofort möglich zu sein, so daß man Vorschläge für partielle Regelungen machen muß, wie das hier bereits mit dem Hinweis auf das Einfrieren der atomaren Waffen sowie die Beschränkung der Rüstungsausgaben, der Aufrüstung und der Truppenbestände geschah. Ähnliche Vorschläge wurden von der Sowjetunion, der DDR und Polen zum Beispiel im Rapacki- und Gomulka-Plan gemacht. Die heutige Diskussion hat gezeigt, daß über diese Dinge, die zu einer Entspannung in Mitteleuropa führen würden, weitgehende Übereinstimmung besteht. Selbst der gegenwärtige Status Westberlins wurde nicht in Zweifel gezogen.

Es gibt also eine Reihe wichtiger Gemeinsamkeiten, die ich für sehr ermutigend halte. Ich würde es sehr begrüßen, wenn unsere heutige Diskussion als positiv und fortsetzungswert angesehen wird.

Kogon

Wir sind hier kein Gremium von militärischen Fachleuten, sondern können nur Initiativen entfalten, Anregungen geben und Perspektiven entwickeln. Um von der gegebenen Realität auszugehen, sollte man versuchen, Politiker der sozialistischen Länder zu Zusammenkünften mit uns zu bewegen. Es könnten auch Militärs hinzugezogen werden. Dort sollten dann konkrete Einzelheiten und die Möglichkeit ihrer Verwirklichung erörtert werden.

Unsere Aufgabe besteht darin, vielfältig anzuregen. Auf einer ersten Stufe zum Beispiel sollten zunächst nur Politiker von Staat zu Staat Vorgespräche führen. Es hat keinen Sinn, wenn sich dabei schon die Politiker aller westeuropäischen und aller sozialistischen Staaten in zwei Fronten gegenüberstehen. Es hat allerdings auch keinen Zweck, daß solche Gespräche zuerst zwischen Politikern der Bundesrepublik und etwa der Tschechoslowakei geführt werden; denn sofort würde das Mißtrauen geweckt, daß die Bundesrepublik schon wieder versuche, mit ihrem berühmten neuen Stil die sozialistischen Länder auseinanderzutreiben. Es wäre aber denkbar, daß Politiker aus zwei oder drei sozialistischen Ländern mit Politikern aus der Bundesrepublik zunächst einmal probeweise solche Vorgespräche führten. Nach solchen Gesprächen könnte man auf einer zweiten Stufe versuchen, eine Konferenz der Regierenden einzuberufen. Diese Konferenz hätte nur die großen Perspektiven aufzuzeigen und Richtlinien zu geben.

Auf der dritten Stufe sollten schließlich Kommissionen gebildet werden, die sich in einem langen Prozeß bemühen, die Dinge auszuführen und dabei natürlich auch die öffentliche Meinung aufzuklären.

Einen anderen Weg, zu einer realen Verständigung zu kommen, sehe ich nicht. Ein Kreis wie dieser heutige kann nicht mehr leisten, als einige allgemeine produktive Ideen zu entwickeln. Die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik könnten solche Initiativen inoffiziell billigen und fördern, brauchten sich aber erst dann zu engagieren, wenn sich die Dinge etwas konkreter gestaltet haben. Das scheint mir realistischer zu sein.

Grosser

Bisher besteht zwischen uns zumindest darin Übereinstimmung, daß es nicht möglich ist, die bestehenden Bündnissysteme einfach aufzulösen, um von neuem anzufangen. Vielmehr müßten wir versuchen, das Bestehende zu verändern. Wir haben bisher vor allem über Veränderungen im militärischen und politischen Bereich gesprochen.

Nun wäre zu fragen, wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West entwickeln könnten. Soll es Verbindungen zwischen den Organisationen der EWG und des COMECON geben, oder ist es besser, bilaterale Handelsbeziehungen anzuknüpfen? Welche Mittel sind geeignet, um auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entspannung und Entwicklung Fortschritte zu machen?

Kraminow

Als ausgesprochen friedlicher Mensch stimme ich Ihnen zu, Herr Grosser, daß wir nun über die Zusammenarbeit auf ökonomischem, technischem und kulturellem Gebiet diskutieren sollten. Hier wurde viel über die Gefahr der Hegemonie gesprochen, die von der Sowjetunion über Europa

ausgeübt würde, wenn nicht auch die USA dem kollektiven europäischen Sicherheitssystem angehörten. Niemand unter Ihnen wird jedoch von der Gefahr einer ökonomischen Unterwerfung Europas durch die Sowjetunion reden. Gute wirtschaftliche Beziehungen werden auch zu positiven politischen Folgen führen. Hier gibt es ein weites Feld der Zusammenarbeit auf der Grundlage sachlicher Gespräche.

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Ländern Westeuropas weitgehend ausgebaut. Niemand wird behaupten, daß sein Land als Folge dieser Beziehungen Schaden genommen hätte. Auch in Zukunft besteht keine Gefahr, daß die sowjetische Wirtschaftspolitik einen Druck auf die westliche Wirtschaft ausüben wird.

Andererseits ist uns bekannt, daß einige westliche Nationalökonomien von einer wirtschaftlichen Versklavung Europas durch die USA sprechen. Pompidou und Debré sind bestimmt keine Marxisten, doch behaupten sie, daß es ohne eine unabhängige Wirtschaft auch keine unabhängige Politik geben könne. Der französische Publizist Servan-Schreiber hat ein Buch über den Einfluß Amerikas auf die europäische Wirtschaft geschrieben. Noch bevor dieses Buch erschien, sagte mir einer der führenden Industriellen der Vereinigten Staaten, es gäbe heute drei industrielle Großmächte, und zwar die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und die amerikanische Industrie, die sich außerhalb des Territoriums der USA - vor allem in Europa - befinde.

Wenn sich also einige unserer westlichen Freunde vor einer möglichen Beherrschung Europas durch die Sowjets fürchten, so besteht doch wohl mehr Grund, sich wegen der Gefahr einer Dominierung seitens der USA Sorgen zu machen. Als die NATO geschaffen wurde, sagten wir: Die Amerikaner kommen als Politiker und Soldaten nach Europa; sie werden als Industrielle dort bleiben. Man nahm uns das damals nicht ab, und es ist doch so gekommen. Treten nun die Amerikaner einem europäischen Sicherheitssystem bei, dann werden sie ihre wirtschaftlichen Positionen weiter ausbauen.

Außerdem wird sich die technologische Lücke zwischen Amerika und Europa noch erweitern, denn die USA haben Geld genug und kaufen die besten Wissenschaftler in Europa ein. Deshalb werden sich wohl die europäischen Staaten zusammenschließen müssen, um diese Lücke zu verkleinern.

Bloemer

Dieser Versuch wird in der EWG unternommen.

Kraminow

Die EWG hilft aber nur sechs Staaten. Sogar England wird nicht zugelassen. Man sollte jedoch den Austausch von Technikern und Wissenschaftlern auf ganz Europa ausdehnen; denn das wäre für alle europäischen Länder nützlich.

Grosser

In der Tat behauptet niemand, Herr Kraminow, die Sowjetunion übe einen wirtschaftlichen Druck auf Westeuropa aus. Die Leiter der rumänischen Kommunistischen Partei jedoch, die gewiß keine Kapitalisten sind, haben Ähnliches über den sowjetischen Einfluß ausgesagt, wie es de Gaulle von dem amerikanischen behauptet.

Die französische Außenpolitik von General de Gaulle besteht aus einem Wechselspiel zwischen dem Bedürfnis nach militärischer Sicherheit einerseits und dem Kampf gegen eine wirtschaftliche und technologische Übermacht der USA andererseits. Nur weil Amerika militärisch die Sicherheit für Europa garantiert, kämpft man gegen die wirtschaftliche und technologische amerikanische Übermacht. Wäre jedoch die Sicherheit in Europa durch eine Gefahr bedroht, wie man sie im Jahre 1948 empfand, dann würde der Kampf gegen die wirtschaftlich-technologische Dominierung sofort wieder eingestellt.

Eben diese Sicherheit, die weitgehend auf der amerikanischen militärischen Macht beruht, macht es möglich, daß man auf Unabhängigkeit von Amerika drängt.

Hassner

Wenn die Politik de Gaulles das Zusammengehen der Europäer weiterhin behindert, wird Europa militärisch von der Sowjetunion und wirtschaftlich von den USA beherrscht werden.

Zweifellos ist unter den sechs EWG-Partnern so etwas wie ein europäisches Bewußtsein entstanden. Solange man sich militärisch von der Sowjetunion bedroht fühlte, hatte dieses Bewußtsein einen

antiöstlichen Ausdruck. Wenn jedoch die wirtschaftliche Bedrohung durch die USA fühlbar wird, kann es ebensogut den Effekt haben, sich gegen Amerika verteidigen zu müssen. Das wurde bereits in den Verhandlungen über die Kennedy-Runde deutlich.

Bloemer

Herr Kraminow behauptet, daß die Sowjetunion weder heute noch in Zukunft ihre wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber dem Resteuropa zur Geltung bringen würde. Sie verfügt jedoch aufgrund ihrer eigenen Sicherheitsinvestitionen als Weltmacht über genügende Voraussetzungen auf dem Gebiet der Technologie, also der Raumfahrt, der Luftfahrt, der Elektronik, der Atomenergie, so daß sie gegenüber den Europäern sehr bald in eine Position kommen wird, die mit der heutigen Stellung der Amerikaner gegenüber den Europäern vergleichbar ist.

Sommer

Ich habe nicht den Eindruck, Herr Bloemer, daß eine solche sowjetische Herausforderung auf ökonomischem Gebiet so bald möglich wäre. Ich glaube sogar, daß die technologische Lücke zwischen Amerika und Westeuropa, von der Herr Kraminow sprach, auch durch eine Verbindung zwischen Westeuropa und der Sowjetunion nicht geschlossen werden könnte. Die französische Erfahrung in dieser Hinsicht ist ja nicht sehr ermutigend. Im übrigen halte ich es für bedeutsam, daß diejenigen Länder, die sich nach und nach im Osten mehr Handlungsfreiheit geschaffen haben, um einen technologischen Anschluß an den Westen bemüht sind. Ich denke vor allem an Rumänien, aber auch an die Tschechoslowakei, die seit einiger Zeit westliche Computer erwerben möchte, weil die von den Sowjets angebotenen Modelle auf ihrem Industrialisierungsniveau offenbar nicht ausreichen.

Alle westlichen Untersuchungen, die zugegebenermaßen nicht immer objektiv sein mögen, weisen darauf hin, daß die Sowjets zwar eine genauso hochgezüchtete Rüstungsindustrie wie die Amerikaner haben, daß die zivile Nutzung dieser Erfahrungen jedoch weit geringer ist. Das allgemeine technologische Niveau in der Sowjetunion wurde bisher nicht maßgeblich beeinflusst.

Selbstverständlich sollten sich beide Hälften Europas für die kommenden Jahre und Jahrzehnte eine ökonomische Zusammenarbeit vornehmen. Dennoch muß man sich darüber im klaren sein, daß einer solchen Kooperation angesichts der Strukturierung der meisten osteuropäischen Länder enge Grenzen gesetzt sind.

Das Gefüge der staatsmonopolistischen Wirtschaften läßt kaum eine Ausweitung des normalen Handels zu. Ehe dies möglich wird, bedarf es beträchtlicher Strukturreformen. Jugoslawien hat gezeigt, welcher Art diese sein müßten. Dort ist nach einem völligen Umbau des Wirtschaftssystems eine Kooperation auf Betriebsebene in Gang gekommen. Ähnliche Entwicklungstendenzen sehe ich auch in anderen osteuropäischen Ländern; jedoch wird dort die Kooperation erst dann fruchtbar sein, wenn diese Entwicklung abgeschlossen ist.

Übrigens kann ich an der amerikanischen Investition in Westeuropa nichts Nachteiliges sehen. Ich rechne damit, daß die amerikanische Truppenpräsenz in Westeuropa im Laufe der Jahre immer weiter abgebaut werden wird. Für diesen Fall ist jeder Dollar anstelle eines abgezogenen Soldaten eine Investition, die die Funktion des Geisels übernehmen kann, die heute der Soldat ausübt. Ich würde es auch gern sehen, daß die Sowjetunion ihre 200.000 Mann aus der DDR abzieht und dafür Rubelinvestitionen hinterläßt, was ich als eine Art später Wiedergutmachung oder nachgeholtten Marshallplans betrachten würde.

Schmidt

Es ist natürlich sehr liebenswürdig, Herr Kraminow, wenn Sie sich über unsere wachsende wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten Sorgen machen. Ich glaube jedoch, daß diese, zumal von den Franzosen, überschätzt wird. Gegenwärtig haben zum Beispiel die Amerikaner ein Sozialprodukt, das fünfmal so groß ist wie das der Bundesrepublik; sie entziehen der zivilen Kapitalakkumulation davon aber ungefähr fünfzehnmal soviel für militärische Aufwendungen wie wir. Wenn der Vietnamkrieg noch ein paar Jahre dauern sollte, würde sich der amerikanische Vorsprung schnell verringern. Zum anderen teile ich die Auffassung von Herrn Sommer, daß die amerikanischen Investitionen in Europa eine gewisse Gewähr für ein weiteres Interesse der USA am Schicksal Europas bieten.

Die Supermächte verhalten sich in ihren beiden Europa-Hälften jeweils ähnlich. In Westeuropa hat man keine Besorgnis vor einer Beherrschung durch die sowjetische Wirtschaftskraft. Desgleichen hat man in Osteuropa keine Angst vor der amerikanischen Wirtschaftspotenz. Man hat aber in

Westeuropa - wie de Gaulle beweist - gewisse Sorgen vor der Dominierung seitens amerikanischer Konzerne. In Osteuropa fürchtet man hingegen die Beherrschung des COMECON durch die Sowjetunion und ihre nationalen wirtschaftlichen Interessen; aber das mögen die Länder innerhalb des COMECON selbst ausfechten.

Immerhin gibt es eine Reihe von osteuropäischen Ländern, die in ihrem Außenhandel zu vierzig Prozent und mehr von der Sowjetunion und von den Preisen abhängen, die sie im Import und Export für angemessen hält.

Kraminow

Ich habe in wirtschaftlicher Hinsicht nicht viel Sorgen um die Zukunft der westlichen Länder Europas. Ich glaube auch nicht, daß wir den Westen um technische Hilfe oder Unterstützung bitten werden. Allerdings würden die westeuropäischen Länder genauso wie die Sowjetunion aus einer Zusammenarbeit Nutzen ziehen.

Sommer

Selbstverständlich wünschen auch wir diese Kooperation, Herr Kraminow. Wir bedauern nur, daß die Strukturen der kommunistischen Staatswirtschaften zur Zeit noch nicht flexibel genug sind, um eine Zusammenarbeit in großem Stil zu ermöglichen, und zwar eine Zusammenarbeit nicht aus anti-amerikanischem Affekt, sondern um des Zusammenwachsens von Europa willen.

Ratiani

Herr Schmidt wies darauf hin, daß das Sozialprodukt der USA fünfmal so groß sei wie das der Bundesrepublik; man verwende dort aber das Fünfzehnfache für Kriegsausgaben. Dieser Aspekt ist eng mit der Gefahr verbunden, in der sich Europa befindet. Solange sich die Vereinigten Staaten an der NATO beteiligen, versuchen sie, ihren militärischen Partnern entsprechend große Militärausgaben aufzubürden, weil damit die wirtschaftliche Konkurrenz beeinflußt wird. Diesem Problem sind fast alle NATO-Tagungen gewidmet. Damit werden alle westeuropäischen Länder in das Wettrüsten einbezogen. Auch aus diesem Grunde ist die Teilnahme der USA an einem europäischen Sicherheitssystem gefährlich.

Sannwald

Ich freue mich, in Herrn Kraminow einen so unerwarteten Bundesgenossen zugunsten der wirtschaftlichen Vereinigung der westeuropäischen Länder gefunden zu haben. Natürlich ist die Kooperation sowohl für Ost- als auch für Westeuropa nützlich. Nur ist dieser Begriff meist sehr verschwommen.

Man könnte Kooperation am einfachsten realisieren, wenn man dafür sorgen würde, daß die Handelsbeziehungen in Ordnung kommen. Spricht man aber über konkrete Dinge, so beginnen sofort die Schwierigkeiten. Geht es um technische Details, so stößt man gleich auf Systemfragen.

Bekanntlich beschuldigen die Publizisten im Osten insbesondere die EWG, sie behindere den Handel mit den osteuropäischen Ländern. In den vergangenen zehn Jahren hat sich jedoch der Handel der EWG mit Osteuropa viel schneller entwickelt als ihr Handel mit sämtlichen übrigen Ländern. Außerdem wurde von der EWG - übrigens auch von anderen westlichen Ländern - eine Reihe von Hindernissen abgebaut, die diesen Handel beeinträchtigten. Viele Mitgliedstaaten haben liberalisiert, die Kreditplafonds sind erhöht worden und so weiter.

Andererseits bestehen die stärksten Hindernisse nach wie vor auf östlicher Seite, und zwar - um nur vom Wirtschaftlichen her zu argumentieren - im wesentlichen aufgrund der fehlenden Konvertibilität der Währungen. Wenn die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Westeuropa, insbesondere zwischen den USA und dem Gemeinsamen Markt, einen Umfang angenommen haben, der da und dort bereits als Gefahr empfunden wird, dann beruht das unter anderem darauf, daß sich der gesamte Handel auf der Basis gegenseitiger Konvertibilität abwickelt, die im Handelsverkehr mit dem Osten fehlt.

Ein zweites Moment liegt in der mangelnden Flexibilität der osteuropäischen Firmen, die sich den Marktänderungen im Westen nicht schnell genug anpassen können. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur die Existenz von Staatsmonopolen im Außenhandel.

Schmidt

Im westlichen Teil Europas besteht die EWG ohne Beteiligung der Vereinigten Staaten, leider auch ohne die einer Reihe von europäischen Ländern, welche wir gern dabei haben würden. Auf östlicher Seite besteht das COMECON unter Beteiligung der Sowjetunion. Beide Wirtschaftsgemeinschaften sind potentiell in der Gefahr, autarke Tendenzen zu fördern. Das scheint beim COMECON noch stärker der Fall zu sein, da es dort weder eine interne noch eine Konvertibilität gegenüber Drittländern gibt. Das Letztere ist schwerer zu beheben als der Mangel an interner Konvertibilität. Ohne mich in die inneren Verhältnisse des COMECON einmischen zu wollen, glaube ich, daß man viel rationeller und effektiver werden könnte, wenn im COMECON die bilateralen Handelsverträge abgeschafft und die interne Konvertibilität vorangetrieben würden.

In Kürze wird die EWG für ihre sechs Staaten gemeinsame Handelsverträge abschließen; es wird also Zeit, daß man über die Möglichkeit von Verträgen zwischen der EWG und dem COMECON nachdenkt.

Sannwald

Bisher hat man in Osteuropa immer behauptet, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Ländern - vor allem der EWG - wirke sich hemmend auf die ost-westlichen Handelsbeziehungen aus. In diesem Sinne habe ich vorhin auch Herrn Rajh verstanden.

Rajh

Ich habe gesagt, daß Teillösungen als solche politisch eine hemmende Wirkung auf die Vertiefung der Beziehungen zwischen Westen und Osten ausüben. Ein Zusammenwirken dagegen könnte eine Regeneration des europäischen Bewußtseins und der weltpolitischen Aktivität Europas zur Folge haben.

Sannwald

Gewiß wurde im Osten eine Zeitlang eine starke Polemik gegen die EWG entfaltet. Seit 1962 etwa hat sich aber die Lage gründlich geändert. Es wurde eine Reihe ökonomischer und wissenschaftlicher Kontakte und Verhandlungen über Handelserleichterungen aufgenommen, und zwar nicht nur zwischen osteuropäischen Staaten und den einzelnen Mitgliedsländern der EWG, sondern auch mit der EWG als solcher.

Ausgehend vom Handel, kommt man auf allgemeine ökonomische Fragen und schließlich zu wissenschaftlichen und technischen Themen. Könnte das nicht auch eine Grundlage für spätere politische Verhandlungen sein? Ich glaube, daß der Trend dahin führen wird, und stimme Ihnen nicht zu, Herr Rajh, daß die wirtschaftliche Integration in Westeuropa die politischen Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern hemme. Die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der EWG fördert sogar die Entspannung.

Bubba

Man könnte aus Ihren Worten folgern, Herr Sannwald, daß man nur mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beginnen müsse, um zur politischen und sogar militärischen Kooperation zu gelangen. Ich halte das aber für eine Illusion. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann - wie in der EWG - sehr weit gehen, ohne daß sich die verteidigungs- und die außenpolitischen Konzeptionen annähern. Es ist sicher wichtig, daß die wirtschaftliche Kooperation in beiden Teilen Europas vorangetrieben wird. Die politischen Probleme, vor allem die Deutschlandfrage, werden aber damit nicht gelöst.

Sannwald

Es ist in der Tat eine Illusion zu glauben, daß eine politische Vereinigung Westeuropas automatisch erfolge, wenn man die wirtschaftliche erreicht hat. Auf der anderen Seite sollte man aber auch das Wort von Karl Marx nicht unterschätzen, daß die ökonomische Basis den politischen Überbau bestimme.

Kuby

Die politischen Schwierigkeiten in der EWG haben aber in dem Maße zugenommen, wie die wirtschaftliche Integration fortgeschritten ist. Wir haben heute härtere Gegensätze zwischen den Sechs als je seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Es ist also eine schwierige Frage, ob wir durch wirtschaftliche Kooperation die politischen Probleme mitlösen können. Die Fragen, die die Sechs

gemeinsam lösen müssen, stellen sich um so härter, je enger sie ökonomisch zusammenarbeiten, und um so deutlicher werden die Alternativen und Gegensätze, vor denen sie stehen.

Sannwald

Herr Chwostow hat gesagt, im östlichen Raisonement wäre die Erfahrung, die diese Länder während der Besetzung durch die Nazis gemacht haben, ein wichtiges politisches Problem. Auch den westeuropäischen Ländern saß die Angst im Nacken. Sie wollten für alle Zeiten verhindern, daß sich eine ähnliche Katastrophe wiederholen könnte. Deshalb integrierten sie die Bundesrepublik in den Westen. Inzwischen ist die wirtschaftliche, aber teilweise auch die politische Verflechtung zwischen diesen Ländern außerordentlich stark geworden. So hat sich die Lage im Westen bezüglich des deutschen Problems entspannt. Wenn im Westen eine solche Entspannung möglich war, dann könnte das auch für das Denken in Osteuropa einen neuen Anstoß bedeuten.

Chwostow

Die Erfahrungen im letzten Weltkrieg waren für uns nie ein Grund, Verhandlungen abzulehnen.

Grosser

Das ist auch die gaullistische These, wonach die Verflechtung der Sechs die Grundlage für ein offenes Gespräch mit dem Osten bilden kann, weil das deutsche Problem dadurch gewissermaßen auf ehrbare Weise neutralisiert wird.

Schmidt

Wir wollen aber nicht in den Fehler verfallen, zu denken, daß dies nur im Kopf von de Gaulle gedacht werde.

Hajdu

Ich bezweifle die Möglichkeit, Herr Sannwald, die EWG zu einer europäischen Union und zu einem europäischen Sicherheitssystem auszubauen. Ich halte diese Überlegungen aber auch psychologisch und machtpolitisch für schädlich.

Sannwald

Warum wurde denn im Osten das COMECON gegründet? Wahrscheinlich doch aus ähnlichen Gründen wie im Westen die EWG. Es ist nämlich rationeller, auf größerer ökonomischer Basis, das heißt für einen größeren Markt zu produzieren.

Hajdu

Das COMECON war auch eine Defensivmaßnahme gegen die Bedrohung durch die EWG.

Sannwald

Aber die EWG hat Ihnen doch nicht geschadet. Sie liefert Ihnen Produkte, die Sie zur Überbrückung von Lücken in der Planung dringend benötigen, und schafft Ihnen neue Absatzmöglichkeiten.

Kuby

Die Einfuhren der EWG aus Drittländern sind zwischen 1958 bis 1965 um 73 Prozent gestiegen, die Einfuhren aus Osteuropa aber um 131 Prozent.

Hajdu

Der konzentrierte Aufbau der EWG schadet dem europäischen Sicherheitsprojekt. Ich halte es für Defaitismus, wenn man sagt, wir wollen jetzt noch nicht vom Sicherheitssystem reden, sondern uns zuerst auf die EWG konzentrieren.

Wojna

Ich bin der Meinung, daß die bisherige EWG-Politik als eine superkapitalistische Konzentration ökonomisch und auch politisch gegen die sozialistischen Länder gerichtet ist. Am Beginn gab es nicht

nur den Willen zu einem gemeinsamen Markt, sondern auch zu einer gemeinsamen Verteidigung des westeuropäischen Kapitalismus gegen den Sozialismus.

Bubba

Das stimmt. Zunächst war die Gemeinschaft ein Ergebnis des Kalten Krieges. Inzwischen aber gibt es objektiv bedingte Ursachen für eine ökonomische Zusammenarbeit, nämlich technologische und andere Gründe. Das hat nichts mehr mit dem Kalten Krieg zu tun.

Wojna

Nach dem 1. Juli dieses Jahres werden wir wahrscheinlich genötigt sein, die Existenz der EWG anzuerkennen. Dann ergibt sich eine neue Situation. Wir werden aber die EWG immer als eine geschlossene Gesellschaft betrachten. Das hat uns Englands Beispiel gezeigt.

Was bedeutet das Wort Europa für die EWG? Das ist für uns kein geographisches Konzept; das ist eine Schicksalsgemeinschaft.

Grosser

Die EWG scheint in der Tat ein Knotenpunkt von verschiedenen Problemen zu sein.

Motschalin

Die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur wäre für alle europäischen Länder von großer Bedeutung. Die Sowjetunion unterhält bereits gute Beziehungen zu einigen europäischen Ländern. Ich erinnere beispielsweise an unsere engen Kontakte zu den französischen Gelehrten. Dabei sind wir im Bereich des Farbfernsehens und der friedlichen Nutzung der Atomenergie weit fortgeschritten. Man verhandelt jetzt über Gasleitungen aus der Sowjetunion nach Italien und nach Österreich. Dieses Unternehmen ist nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung; es fördert auch das gegenseitige Verständnis zwischen unseren Ländern. Schließlich haben wir italienischen Firmen den Auftrag erteilt, in der Sowjetunion Autofabriken zu errichten.

Das alles sind die ersten Schritte, denen weitere folgen können. Schwierige Probleme wie die Bekämpfung von Krebs- und Herzkrankheiten wären besser zu lösen, wenn die europäischen Länder sie gemeinsam anpacken würden. Ferner denke ich an die Reinhaltung von Flüssen, Seen und Meeren.

Bloemer

Die Frage der Energieversorgung ist ein Kernproblem der industriellen Entwicklung für die kleineren europäischen Staaten. Es ist interessant, daß diese - wie Herr Motschalin sagte - in Zukunft in stärkerem Ausmaß Erdöl und Erdgas von der Sowjetunion beziehen können.

Motschalin

Ich habe nur erwähnt, daß solche Verhandlungen geführt werden.

Bloemer

Das gäbe uns die Möglichkeit, aus der Abhängigkeit vom Energiemonopol herauszukommen. Wie stellt sich aber - was die Kernenergie anbelangt - die Sowjetunion zu der Frage, in gemeinsamer Produktion angereichertes Uran für die europäische Kernenergiewirtschaft herzustellen, zum Beispiel durch eine gemeinsame Isotopentrennanlage?

Motschalin

Auf der Konferenz in Karlovy Vary wurde betont, daß unser Land im Prinzip zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie bereit sei.

Bloemer

Für uns ist es ein Problem, daß wir auch auf diesem Gebiet in eine absolute Abhängigkeit hineingeraten. Es wäre daher interessant, wenn man zumindest nicht mehr einseitig abhängig wäre. Halten Sie die Möglichkeit für gegeben, angereichertes Uran auf gemeinsamer Basis herzustellen? Auf diesem Wege könnte die einseitige Abhängigkeit vermieden werden.

Ratiani

Endlich gibt man die Abhängigkeiten zu.

Sannwald

Die engen Kontakte unter den westeuropäischen Ländern sowie mit Amerika und Japan beruhen auf einer ausgedehnten Arbeitsteilung zwischen diesen Staaten, weil dafür alle Voraussetzungen gegeben und die Handelsbeziehungen in Ordnung sind. Diese Voraussetzungen fehlen in den Handelsbeziehungen zwischen Ost und West fast völlig.

Für die Konvertibilität der Währungen in Westeuropa war die Schaffung der Europäischen Zahlungsunion entscheidend. Eine solche Institution fehlt bisher im Verhältnis zum Osten. Lediglich im Rahmen der Wirtschaftskommission der UNO in Genf gibt es einen embryonalen Ansatzpunkt für eine mögliche Clearing-Verrechnung. Diese Möglichkeit wird aber sehr selten benutzt. Vielleicht sollte man eine gesameuropäische Institution schaffen, die der ehemaligen Europäischen Zahlungsunion vergleichbar ist. Selbstverständlich wäre eine solche Institution an ein Klima gegenseitigen Vertrauens gebunden. Es müßte strikt nach dem Prinzip: *pacta sunt servando* gehandelt werden.

Darüber hinaus sollten gewisse Strukturveränderungen in der Wirtschaft der osteuropäischen Länder durchgeführt werden, um jene Flexibilität zu erreichen, die wiederum Voraussetzung für eine bessere Ordnung des Preissystems wäre.

Grosser

Wenn ich Ihren Vorschlag recht verstehe, Herr Sannwald, dann sollten die östlichen Staaten die westliche Wirtschaftstechnik übernehmen, damit man überhaupt etwas tun kann.

Sannwald

Es geht mir nicht darum, westliche oder östliche Wirtschaftstechniken anzuwenden, sondern diejenigen, die anerkanntermaßen zur Steigerung der Wohlfahrt führen. Es ist ein allgemeines Theorem des internationalen Handels, daß der Freihandel die größtmögliche Steigerung der Wohlfahrt mit sich bringt. Allerdings müssen gewisse Bedingungen erfüllt werden, die genauso für ein kommunistisches System wie für ein westliches gelten.

Grosser

Das ist die im Westen akzeptierte Theorie.

Sannwald

Die Handelsentwicklung im Osten ist doch ein schlagender Beweis dafür, welche Theorie in diesem Fall offensichtlich die richtige ist.

Grosser

Man wird auf der anderen Seite automatisch die Frage stellen, warum dort kein Dollarproblem herrscht. Ich stoße mich daran, Herr Sannwald, wenn Sie den Beweis zu liefern versuchen, daß Ihre Denkart die beste sei und man sie annehmen müsse, bevor man Lösungen findet.

Ratiani

Es würde in der Tat die wirtschaftliche Kooperation fördern, wenn an die Stelle des künstlichen Dollarsystems im internationalen Zahlungsverkehr ein Goldwährungssystem träte. Auch werden die Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht verbessert, wenn sich Kräfte von außen einmischen, wie es im Falle des Röhrenembargos seitens der Bundesrepublik geschah.

Sannwald

Wenn wir sagen, daß die Zahlungsverhältnisse und die Handelsbeziehungen nicht funktionieren, dann heißt das nicht, daß die osteuropäischen Staaten nun gleich den Kapitalismus akzeptieren sollen. Innerhalb der westlichen Marktwirtschaft haben wir auch verschiedene Spielarten. Wenn man ähnliche Unterschiede in den sozialistischen Wirtschaftssystemen erreichen würde, wäre schon einiges gewonnen.

Liska

Nach meiner Auffassung muß eine gesamteuropäische wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit organischer Bestandteil eines sich etappenweise aufbauenden gesamteuropäischen Sicherheitssystems sein. In diesem Zusammenhang müssen wir uns mit den objektiven Phänomenen der wirtschaftlichen Integration in den beiden Teilen Europas auseinandersetzen. Die Tendenz zu größeren ökonomischen Einheiten ist objektiv bedingt.

Natürlich integrieren sich die Systeme mit gleicher sozialökonomischer Grundlage, im Westen in der EWG - im Osten im COMECON. Wenn auch die Entwicklung zu diesen größeren ökonomischen Einheiten nicht zu ändern ist, bleibt es doch ein wichtiges Problem, daß bei dieser partikularen wirtschaftlichen Integration der gesamteuropäische Aspekt nicht verlorengeht. Wenn man es ernst meint mit der gesamteuropäischen Zusammenarbeit, muß man auch die unterschiedlichen Konzeptionen der praktischen Wirtschaftspolitik berücksichtigen.

Die Zusammenarbeit auf ökonomischem, wissenschaftlichem und technischem Gebiet darf nicht nur eine Ergänzung des ökonomischen Wachstums in den beiden Teilen Europas darstellen, sondern die gesamteuropäische Zusammenarbeit muß eine der Hauptquellen des beiderseitigen ökonomischen Wachstums sein. Dies ist ein schwieriges Problem wenn auch nicht in politischer Hinsicht, denn das Interesse an einer Zusammenarbeit besteht ja auf beiden Seiten.

Die Hauptschwierigkeiten liegen in der Wirtschaft selbst. Man muß zuerst reale wirtschaftliche und technische Voraussetzungen für eine effektive Zusammenarbeit schaffen. Die ökonomischen Reformen, die in den sozialistischen Staaten vor sich gehen, sind in gewissem Sinne ein Beitrag dazu. Es geht dabei nicht um eine Restaurierung der kapitalistischen Elemente, sondern um die Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftstechnik und ihrer Instrumente.

Grosser

Ihre letzte Feststellung, Herr Liska, klingt wie eine Antwort auf das, was Herr Sannwald sagte. Was müßte verändert werden, damit sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Europas verbessern ließen?

Rajh

Auf die Dauer kann man ein zweiteiliges Weltwirtschaftssystem, wie es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges oder besser dem Beginn des Kalten Krieges besteht, nicht mehr aufrechterhalten. Je stärker sich Osteuropa industrialisiert, desto notwendiger ist die Errichtung eines einheitlichen Wirtschaftssystems. Das liegt im Interesse beider Teile Europas.

Was müßte geändert werden? In den meisten Ländern Osteuropas stehen wir bereits am Beginn des Aufbaus eines einheitlichen Wirtschaftssystems; daran müßte nichts Substantielles geändert werden. In Jugoslawien haben wir die Wirtschaftsreform zum Problem der inneren Entwicklung gemacht, die aus sich selbst heraus zum Weltmarkt hinstrebt und eine internationale Arbeitsteilung herbeiführt. Eine gleichartige Entwicklung vollzieht sich schon heute in den anderen sozialistischen Ländern, in der Tschechoslowakei und zum Teil in Ungarn und der Sowjetunion.

Ein solches einheitliches Wirtschaftssystem aber muß sich weiterentwickeln, und schon heute ist die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Veränderung offenbar, wenn ich an die Probleme der Entwicklungsländer erinnere. In zunehmendem Maße zeigt es sich, daß diese ohne die Einbeziehung der sozialistischen Länder Europas als aktive Teile eines einheitlichen Weltwirtschaftssystems nicht zu lösen sind.

Sommer

Herr Liska sagte, wenn man in den beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen über eine Normalisierung hinaus zu einer Kooperation gelangen wolle, dann müßten in den sozialistischen Ländern gewisse Strukturreformen vorgenommen werden, die eine Kooperation überhaupt erst ermöglichen. Er hat darauf hingewiesen, daß ökonomische Reformen bereits im Gange sind. Wenn bisher noch keine wirtschaftliche Kooperation besteht, Herr Rajh, dann ist das also nicht allein auf den Kalten Krieg zurückzuführen, sondern darauf, daß die Reformen erst jetzt in Angriff genommen werden, dank dem jugoslawischen Beispiel.

Plaschka

Überlegungen wirtschaftlicher Art als Grundlage für eine europäische Verständigung sind legitim. Strebt man ein Bündnis im gesamteuropäischen Sinn an, so setzt dies ein gutes Maß an gegenseitigem Verständnis der Völker und Menschen voraus. Eine solche Verständigungsbereitschaft kann vor allem durch den Ausbau der kulturellen Beziehungen vertieft werden. In diesem Bereich sind die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zweifellos noch lange nicht voll ausgeschöpft. Zwischenstaatliche Vereinbarungen auf dem Gebiet der Kulturpolitik müßten alte Barrieren überwinden helfen. Österreich hat in letzter Zeit manche einschlägige Abmachung mit seinen östlichen Nachbarn getroffen. Insbesondere auf dem Felde der Wissenschaft ließe sich durch verstärktes Studium der osteuropäischen Sprachen, intensivierten Studienaustausch und schließlichen Aufbau gemeinsamer Studienzentren viel erreichen.

Motschalin

Ein weiteres Problem beunruhigt die Völker der Sowjetunion. Es sind Anzeichen vorhanden, daß in der Bundesrepublik in letzter Zeit die neofaschistischen Kräfte anwachsen. Man kann das als ungefährlich abtun. Uns hat aber die bittere Erfahrung gezeigt, daß es sich hier keineswegs um eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik handelt. Wenn in einem Land eine Partei offen für eine Verletzung der Grenzen eintritt und wenn sie die alten Ideen raffiniert mit neuen Argumenten vertritt, so ist das sehr gefährlich. Die NPD wird wahrscheinlich im Jahre 1969 auch im Bundestag erscheinen. Natürlich gibt es in der Bundesrepublik Kräfte, die dagegen auftreten. Das hat sich sogar auf dem Parteitag der SPD gezeigt.

Man sollte im Interesse aller Völker - auch der Bundesrepublik - alles tun, um gerade diese Gefahr zu beseitigen.

Schuster

Als Journalist bin ich oft verzweifelt darüber, in welcher Weise die Isolierung der Bundesrepublik von seiten der Sowjetunion betrieben wird. Konrad Adenauer führte die Bundesrepublik in die NATO und war für den Wehrbeitrag. Dennoch wurde er im Jahre 1955 in Moskau mit Umarmungen empfangen. Herr Kiesinger dagegen schreibt Briefe an Herrn Stoph, und die Große Koalition beginnt eine neue Ostpolitik. Sie setzt sich von der Politik der Vergangenheit ab, die auf eine Isolierung der DDR zielte.

Dennoch wird sowohl in offiziellen als auch besonders in publizistischen Verlautbarungen aus Moskau die Politik der Isolierung fortgesetzt, indem man zum Beispiel behauptet, Bundeskanzler Kiesinger plane Koalitionsvereinbarungen mit der NPD, was von der Wirklichkeit sehr weit entfernt ist. In unserem Bemühen, gegen die NPD und deren Tendenzen vorzugehen, fühlen wir uns völlig verlassen und wundern uns, daß das Problem in Moskau nicht gesehen wird.

Natürlich ist in der Bundesrepublik auch ein Verbot der NPD erwogen worden. Dieses Problem ist jedoch verfassungsrechtlich sehr kompliziert, zumal da sich zu gleicher Zeit die KPD um eine Wiederzulassung, das heißt um eine Aufhebung des verfassungsgerichtlich begründeten Verbots bemüht.

Grosser

Den deutschen Teilnehmern möchte ich sagen, daß das Problem der NPD keine rein innerdeutsche Angelegenheit ist. Es geht jedes Land an, das zwischen 1939 und 1945 unter den Nazis gelitten hat. Von Frankreich aus gesehen, erscheint es auf die Dauer unmöglich, die KPD zu verbieten und die NPD zu erlauben, denn in Frankreich haben wir Parteien von der extremen Linken bis weit nach rechts.

In einer französischen Meinungsumfrage waren vor drei oder vier Jahren nur acht oder neun Prozent von der Möglichkeit eines Neonazismus in Deutschland überzeugt, während im letzten Jahr vierzig Prozent daran glaubten. Wie man dieses Ergebnis auch begründen will, man sollte es jedenfalls nicht unterschätzen.

Den Teilnehmern aus den östlichen Staaten gebe ich jedoch zu bedenken, daß die rein negative Reaktion Polens und der Sowjetunion auf die neue deutsche Ostpolitik eine Hilfe für die NPD ist. Das sage ich mit allem Nachdruck. Wenn auf die offene Politik der Bundesrepublik dem Osten gegenüber keine andere Antwort erfolgt, so ist es für manche Leute in Deutschland leicht zu sagen, hier werden Vorleistungen ohne iese Gegenleistung gemacht, die trotzdem nur abgelehnt werden, und es wäre dann besser, gar keine Vorschläge zu machen.

Sommer

Natürlich verfolge ich das Anwachsen der NPD mit Sorge. Wenn dieses Problem mit Recht auch unsere Nachbarn interessiert, so darf es jedoch nicht zu einer Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten führen, wie wir es täglich im "Neuen Deutschland" erleben. Das läßt sich auf die Erklärungen von Bukarest und Karlsbad zurückführen, wo zur Einmischung in unsere inneren Verhältnisse aufgerufen wird, und zwar nicht nur in der Frage der NPD, sondern auch der Notstandsgesetze.

Auch verstehe ich nicht, warum uns von östlicher Seite die NPD vorgeworfen wird, wenn sie unsere Regierung ohnehin schon als faschistisch oder faschistoid bezeichnet.

Es ist Tatsache, daß wir in einigen Bundesländern acht Prozent NPD-Wähler haben, aber die demokratischen Parteien haben überall noch eine Mehrheit von 92 Prozent. Man ist im Ausland geneigt, die acht Prozent größer zu sehen als die 92 Prozent.

Wir haben in Deutschland jahrelang geglaubt, man könne die Extremen durch Verbote überwinden. Im Jahre 1952 wurde die Reichspartei untersagt, die damals in Niedersachsen elf Prozent hatte. Wenn man alle die wechselnden Parteien in diesem Spektrum zusammenzählt, dann ist der Bestand der extremen Rechten in den letzten Jahren etwa gleich geblieben.

Im Jahre 1956 wurde die KPD verboten. Mit Parteien auf diese Weise, anstatt durch politische Auseinandersetzungen, fertig werden zu wollen, halte ich für ein Überbleibsel aus der nationalsozialistischen Ära. Jede politische Gemeinschaft hat ihre Extremisten, die Irrsinnssfransen des politischen Tuches, wie die Angelsachsen sagen. Man muß es ertragen können, daß Deutschland das gleiche psychologisch-politische Spektrum wie andere Länder aufweist. Die Franzosen zum Beispiel hatten ihren Poujadismus, und in England gibt es eine faschistische Partei.

Berezhkov

Der Unterschied ist nur, daß es in England keinen Hitler gab.

Sommer

Das weiß ich. Sie dürfen uns nun nicht in die Verlegenheit bringen, diese Leute verteidigen zu müssen, wenn sich etwa die DDR ein Filtrierungsrecht auf den Zugangswegen nach Berlin anmaßt. Fängt man mit der NPD an, weiß man nicht, ob morgen auch SPD-Mitglieder nicht mehr nach Berlin reisen dürfen.

Ich halte also die ausländische Sorge für berechtigt, wenn sie nicht in aktive Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten umschlägt.

Bloemer

Will man nicht durch die Einmischung in unsere inneren Verhältnisse bewußt oder unbewußt rechtsextreme Reaktionen in der Bundesrepublik fördern, um damit der weiteren Isolierung der Bundesrepublik Vorschub zu leisten?

Mochalski

Auf die Äußerungen von Herrn Sommer möchte ich folgendes antworten: Der gravierende Unterschied in der Beurteilung faschistischer oder faschistoider Erscheinungen in England und Amerika und eines Neofaschismus in der Bundesrepublik liegt für mich darin, daß der deutsche Faschismus die Tschechoslowakei, Polen, die Sowjetunion, Frankreich, Skandinavien und andere Länder überfallen hat. Von daher verstehe ich nicht nur die Sorge dieser Länder gegenüber der Entwicklung in der Bundesrepublik, sondern teile sie.

Wojna

Man macht uns den Vorwurf, daß wir durch unsere Stellungnahme zu der neuen deutschen Ostpolitik der NPD Vorschub leisten. Gerade die Grenzfrage ist ein gutes Beispiel für unsere Haltung. Die SPD will die heutige polnische Grenze bis zu einer Friedensregelung akzeptieren. In meinem Kommentar über die Ergebnisse des SPD-Parteitag in Nürnberg habe ich geschrieben, das sei ein Schritt vorwärts. Dennoch ist es für uns unmöglich, eine solche Anerkennung auf Zeit gutzuheißen; denn das wäre eine Bestätigung der Bonner These, daß über diese Grenze noch verhandelt werden wird. Wie können Sie uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir solche Leistung der SPD und der Bonner Regierung nicht honorieren wollen?

Unser Volk ist zutiefst davon überzeugt, daß wir bereits Gegenleistungen in Auschwitz erbracht haben. Das ist keine Demagogie. Wenn wir darüber hinaus keine Gegenleistungen anbieten können, ist das eine Tatsache, die sich aus unserem politischen und nationalen Klima ergibt.

Liska

Selbstverständlich ist es berechtigt, das zu kritisieren, was einem an anderen Ländern nicht gefällt. Das ist weder eine Einmischung in fremde innere Angelegenheiten noch ein Hindernis für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit. Aus begreiflichen Gründen ist die Aufmerksamkeit besonders auf ein Land wie die Bundesrepublik gerichtet. Es geht aber darum, daß die Kritik nicht einseitig und vereinfacht geübt wird und daß sie vor allem für den anderen nicht beleidigend ist.

Grosser

Es ging nicht darum, daß Kritik an einer deutschen Entwicklung geübt wird, Herr Liska, sondern daß daraus praktische Konsequenzen gezogen und Maßnahmen getroffen werden, die die innere deutsche Entwicklung betreffen.

Sommer

Es ging auch um die Aufforderung, die in den Erklärungen von Bukarest und Karlsbad enthalten ist, bestimmte Kräfte in unserem Lande von außen her zu aktivieren. Kritik und Sorge hingegen sind jederzeit zugestanden. Die haben wir selbst auch.

Ratiani

Es ist nicht gerechtfertigt zu sagen, wir wollten die Veränderungen in der Politik der Bundesrepublik nicht zur Kenntnis nehmen. Aber die Bundesrepublik kann nicht erwarten, daß wir mit großer Begeisterung auf gewisse Dinge reagieren. In Frankreich zum Beispiel macht man ja auch kein Aufhebens davon, daß Bonn keinen Anspruch auf Elsaß-Lothringen stellt, obwohl diese Gebiete zwischen 1870 und 1914 und dann während des Zweiten Weltkrieges zum deutschen Territorium gehörten. Man tut in der Bundesrepublik so, als wäre es etwas Großartiges, wenn man die polnischen Westgrenzen anerkennt. Ohne mich in Ihre inneren Angelegenheiten einmischen zu wollen: Es wird uns schwer gemacht, uns zurechtzufinden, wenn der Außenminister etwas anderes als der Bundeskanzler sagt. Darum warten wir ab, was weiter geschieht.

Es spricht auch niemand in Europa davon, daß sich die nördlichen Departements von Frankreich Belgien anschließen wollen. Die Bundesregierung aber gibt dauernd uns unverständliche Erklärungen in bezug auf das Münchner Abkommen ab.

Wir wollen die Beziehungen zur Bundesrepublik weiterentwickeln, haben dabei aber Befürchtungen, denn gewisse Kreise in Europa möchten eine Lage herbeiführen, in der die östlichen Grenzen Europas offen bleiben, während die westlichen genau definiert sind. Das ist eine gefährliche Situation.

Zum Problem der europäischen Sicherheit sind konkrete Vorschläge seitens der Sowjetunion, Polens und der anderen sozialistischen Länder gemacht worden. Derartige Vorschläge von westlicher Seite fehlen bisher. Man gewinnt den Eindruck, daß diejenigen Länder solche Vorschläge machen, die Sicherheit brauchen und sich Sorgen machen. Wir warten darauf, daß auch die westlichen Länder Vorschläge zur europäischen Sicherheit bringen. Auch wenn diese neu und völlig verschieden von den unsrigen sein sollten, könnte man doch darüber miteinander diskutieren. Dazu möchte ich Sie auffordern.

Menzel

Obgleich sich die Positionen auf deutscher Seite genau in der Richtung geändert haben, die man früher von der Bundesrepublik verlangte, werden jetzt von östlicher Seite Forderungen erhoben, die die Lage noch schwieriger machen. Ich habe in dem Referat von Herrn Chwostow nur eine Wunschliste von verschiedenen Punkten feststellen können, zu denen man uns sagt: wenn Ihr dies und das tut, dann sind wir bereit, Euch als manierlichen Staat anzusehen.

Ich glaube, daß einige dieser Punkte an sich schon problematisch sind. Man sagt zum Beispiel, die Wiedervereinigung müsse Bonn mit Ostberlin aushandeln. Würde Herr Kiesinger morgen nach Ostberlin reisen und mit Herrn Ulbricht das Problem der Wiedervereinigung besprechen, wobei die gesellschaftlichen Unterschiede bestehen blieben, dann würde Moskau dies sicher nicht ruhig mitansehen, sondern ein Wörtlein mitreden wollen. Das gleiche gilt übrigens für die Westmächte. Deshalb halte ich die These, daß die Wiedervereinigung eine Angelegenheit der beiden Deutschland

sei, nur für eine Beruhigungsformel, die man in der Politik nicht ernst nimmt. Auch wir sollten uns hier nicht von solchen Redensarten beruhigen lassen.

Mich betrübt die Tatsache, daß der Wandel in der deutschen Politik nicht zur Kenntnis genommen wird und die Sprache zum Teil schärfer geworden ist als zuvor. Als die sowjetische Note zur NPD in Bonn eintraf, fragte man bei der russischen Botschaft an, ob das einen Abbruch der im Gang befindlichen Verhandlungen über den Gewaltverzicht bedeuten solle. Darauf kam die Antwort, das sei keineswegs der Fall. Man müsse zwischen Propaganda und wirklichen diplomatischen Verhandlungen über sachliche Gegenstände unterscheiden. Ich nenne das mit zwei Sprachen reden. Es ist doch fraglich, ob man auf die Dauer auf diese Weise praktische Politik treiben kann.

Das ständige Nachschieben neuer Gründe gegen jede deutsche politische Haltung muß schließlich zu einer Frustration führen. Das halte ich für eine ernste Gefahr. Jahrelang wurden wir aufgefordert, unsere Beziehungen zum Osten zu normalisieren. Als wir jedoch die Adenauer-Politik abbrachen und mit jedem der Oststaaten zumindest normale, nicht einmal diplomatische Kontakte aufnehmen wollten, tat die DDR alles, um dies zu verhüten. Es mag den Interessen der DDR entsprechen, daß zwischen der Bundesrepublik und den anderen sozialistischen Staaten keine diplomatischen Beziehungen bestehen. Jedoch liegt hier in der Haltung der anderen Seite keine Konsequenz.

Ich möchte mich gegen die Vereinfachung wenden, daß man sagt: Ihr erkennt die Grenzen nicht an, also seid Ihr revanchistisch. Man hat uns dahingehend belehrt, daß wir die Realitäten anzuerkennen hätten, das heißt: die Fakten. In der französischen Sprache versteht man darunter die faits accomplis. Es sind also vollendete Tatsachen geschaffen worden. Die Wiederherstellung des polnischen Staates ist eine Selbstverständlichkeit. Nicht so selbstverständlich ist aber - und dem deutschen Volke nur sehr schwer zu erklären;- , daß Stettin jetzt eine polnische Stadt sei. Man kann eine Realität, also ein fait accompli, aus politischen Gründen anerkennen, wenn man sich dagegen nicht wehren kann. Ich bin auch dafür, die gegenwärtige Situation zu belassen, obgleich ich in Warschau von einem Polen hörte, man würde unseren Enkeln bei Betrachtung der europäischen Landkarte schwer verständlich machen können, weshalb der Hafen von Stettin unbedingt in polnischer Hand sein müsse. Die Grenzfrage wurde dadurch erschwert, daß man Gründe nachgeschoben hat, die überhaupt nicht stichhaltig sind. Es mag richtig sein, daß in Stettin früher einmal Slawen gelebt haben. Mit der gleichen Argumentation könnte man die ganze europäische Landkarte verändern.

Andererseits ist es mit der Völkerethik auch kaum zu begründen, daß Polen Land an die Sowjetunion abgeben mußte und dafür von Deutschland kompensiert wurde. Es gibt für alle diese Dinge nur eine einzige Begründung, nämlich den verlorenen Krieg. Diese Realität muß man anerkennen. Aber man sollte auf der anderen Seite auch die Schwierigkeiten sehen, die mit einem Verlust dieser Gebiete verbunden sind.

Chwostow

Die rechtliche Basis für den Anspruch auf Stettin ist nicht der verlorene Krieg, sondern der von Hitler-Deutschland entfesselte und dann verlorene ungerechte Krieg. Ich kann also Ihre Formel vom "verlorenen Krieg" nicht akzeptieren.

Menzel

Ich nehme Ihre Formel an!

Chwostow

Zweitens sagen Sie, die sogenannte neue deutsche Ostpolitik will normale Beziehungen zu den Staaten Osteuropas aufnehmen. Dabei klammert man jedoch allein die Deutsche Demokratische Republik aus. Man bringt dafür zwar verschiedene Gründe vor, zielt aber auf diese Weise auf die Isolierung der DDR. Man sagt, das sei auch ein deutscher Staat. Die Geschichte Deutschlands aber hat viele Beispiele für normale diplomatische Beziehungen zwischen deutschen Staaten. Das sind einige der Gründe, warum wir die sogenannte neue deutsche Politik nicht als solche anerkennen.

Sommer

Bei dem Thema der europäischen Sicherheit ist es nicht so entscheidend, ob wir einig sind, sondern ob wir trotz unserer Uneinigkeit zu irgendwelchen gemeinsamen Schritten finden können. Herr Rätiani meinte, die östliche Seite habe ständig Vorschläge gemacht, wir aber nicht. Dabei ist doch hier von unserer Seite eine lange Liste vorgetragen worden, auf die wir bisher keine Antwort bekommen haben. Aus den Interventionen unserer russischen Gäste scheint mir hervorzugehen, daß man die

angestrebten Wandlungen in einem einzigen Akt vollzogen wissen möchte, während Herr Liska dankenswerterweise das Wort vom Wandlungsprozeß, also einer etappenweisen Veränderung, in die Debatte geworfen hat.

Zum Thema europäische Sicherheit stellt sich die Frage an die Sowjetunion, ob sie schon die ersten Schritte mit ihren politischen Maximalforderungen belasten will. Ich habe das Abschlußdokument von Bukarest vor mir. Da werden natürlich auch Teilmaßnahmen aufgeführt. Aber lassen wir uns nicht täuschen! Diese Teilmaßnahmen sind verkappte Totalmaßnahmen. Man beginnt nämlich mit der Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und dem Abzug aller ausländischen Truppen. Herr Schmidt sagte zu Recht, daß bei einer militärischen Rückentwicklung der beiden Seiten das Gleichgewicht erhalten bleiben müsse. Mir schien, daß einige unserer russischen Gäste diesem Gedankengang zustimmten, aber dann kann man eine solche Forderung wie den Abzug der Amerikaner nicht an den Anfang des Prozesses stellen, sondern allenfalls an das Ende. Sonst läuft es auf ein umgekehrtes roll-back hinaus.

Deshalb stelle ich die konkrete Frage an die sowjetischen Teilnehmer, ob Sie jede Politik des etappenweisen Vorgehens, wie es hier diskutiert wurde, ablehnen.

Chwostow

Ich bin bereits besonders darauf eingegangen und kann nicht mehr dazu sagen.

Sommer

Sie haben leider darauf keine konkrete Auskunft gegeben, Herr Chwostow. Wie stellen Sie sich zu den Fragen des Gewaltverzichts? Zum Austausch von Manöverbeobachtern? Zu der Einrichtung einer hotline zwischen den Oberkommandos und zu weiteren pragmatischen Schritten?

Chwostow

Mehrere dieser Vorschläge sind doch von unserer Seite offiziell gemacht worden.

Sommer

Aber wo denn, Herr Chwostow? Es sind alles Vorschläge, die mit dem Abzug der amerikanischen Truppen beginnen. Wenn wir in dieser Diskussion irgendein Ergebnis erzielen wollen, muß doch eine Antwort auf die Frage gegeben werden, was Sie zu unseren Teilvorschlägen sagen.

Auch für das deutsche Problem stellt sich die Frage, ob man die Wandlung der Lage in einem einmaligen Akt erwartet, der im Grunde auf die Totalkapitulation der einen Seite hinausläuft, oder ob man einen graduellen Entwicklungsprozeß anstrebt. Auch hier hat die Sowjetunion bisher eine Politik des Alles oder-Nichts vertreten.

Sie sagen, Sie hätten uns Teilmaßnahmen angeboten. In der Tat wurde in Karlsbad von einem Gewaltverzicht gesprochen. Das war im April 1967. Am 8. Dezember erreichte uns aber eine Note der Sowjetunion, in der nun selbst für den Abschluß des Gewaltverzichts die üblichen östlichen Forderungen an die Bundesrepublik zur Voraussetzung gemacht wurden. Da frage ich mich, ob Sie auch hier lieber gar nichts haben wollen, wenn Sie nicht gleich alles haben können.

Vier Bedingungen werden vom Osten immer wieder aufgeführt: Die erste betrifft den Verzicht der Bundesrepublik auf jeglichen Zugang zu Atomwaffen. Die Bundesrepublik hat schon im Jahre 1954/55 auf die Produktion solcher Waffen verzichtet. Außerdem haben wir in letzter Zeit mehrfach erklärt, daß wir an keine Art von Verfügungsgewalt denken. Wäre diese erste Bedingung endgültig von der Tagesordnung abgesetzt, wenn die Bundesrepublik den Nonproliferationsvertrag unterzeichnet, oder müssen wir dann von Ihnen den Vorwurf gewärtigen, daß unsere Unterschrift nicht ernst gemeint sei?

Der zweite Punkt, die Oder-Neiße-Grenze, ist mit sehr vielen Emotionen beladen. Ich meine, Herr Menzel wurde mißverstanden. Alle vernünftigen Menschen in Deutschland - und ich denke, das ist die Mehrheit - sind der Ansicht, daß Breslau seit Jahrhunderten deutsch gewesen ist. Ein polnischer Anspruch darauf kann historisch nicht begründet werden. Aber wir haben einen verbrecherischen Angriffskrieg begonnen und haben ihn verloren. Wir haben jahrelang geglaubt, daß der sich daraus ergebende Verlust der Ostgebiete nicht endgültig sei. Vergegenwärtigen Sie sich bitte einmal den innerdeutschen Erziehungsprozeß, der hier vor sich gegangen ist. Man glaubte lange Zeit daran, daß Breslau eines Tages wieder deutsch werden würde. Heute glaubt das niemand mehr. Dann hoffte man, daß wir das Gebiet zwischen der westlichen und der östlichen Neiße zurückerhalten würden.

Auch daran glaubt heute niemand mehr. Wenn wir überhaupt noch irgendwelche Änderungen erwarten, dann ist es allenfalls die Einräumung eines Freihafens in Stettin, Herr Wojna.

Aber in den Potsdamer Protokollen ist festgehalten, daß die endgültige Grenzregelung erst in einem Friedensvertrag erfolgen wird. Warum sollen wir also nicht abwarten, bis dieser Friedensvertrag geschlossen wird? Das scheint mir genau die Position zu sein, die Außenminister Brandt vertritt. Er sagt nämlich und Herr Schmidt hat es vor 14 Tagen im Parlament deutlich gemacht;-, niemand bilde sich ein, daß wir am Friedenskonferenzstisch jene Gebiete zurückerhalten werden. Er geht sogar darüber hinaus und betont, daß, wenn dem so ist, wir dann bereits heute eine vorläufige Anerkennung aussprechen können. Ich weiß nicht, was daran so unannehmbar sein soll, daß sich die Polen weigern, mit uns in ein diplomatisches Gespräch einzutreten.

Das gilt auch für andere Zusammenhänge auf diesem Gebiet. Die Dogmatiker der einen Seite spielen den Dogmatikern der anderen immer die Bälle zu. Wenn man drüben pragmatische Politik treibe, würden auch wir eine pragmatische Politik treiben. Wenn man drüben etwas Entgegenkommen oder auch nur Verständnis zeigte, würden hier noch weit mehr Positionen kommen als heute, wo wir uns auf der östlichen Seite beklagenswerter Intransigenz gegenübersehen.

Die dritte Bindung bezieht sich auf die Feststellung, daß das Münchner Abkommen ex tunc ungültig sei. Die Bundesregierung hat dem bisher noch nicht zugestimmt. Dafür hat sie zweierlei betont: Erstens sei das Münchner Abkommen das Ergebnis einer unmoralischen Gewaltpolitik Hitlers, unter Druck zustande gekommen. Zweitens sei es ungültig. Nun würde ich persönlich Ihnen auch gern noch zugestehen, daß es nie gültig gewesen sei, obwohl mir als Historiker das als eine unhistorische Betrachtungsweise erscheint. Ein Abkommen, das die Unterschriften von vier Regierungschefs trägt, darunter zwei aus demokratischen Staaten, und das zur faktischen Zerschlagung der Tschechoslowakei geführt hat, kann doch nicht von Anfang an ungültig gewesen sein. Sonst hätte es ja nicht dazu führen können. Wie gesagt: persönlich würde ich die ex tunc-Ungültigkeitserklärung ruhig abgeben, wenn das helfen sollte. Aber ich kann verstehen, daß man sich in Bonn bis heute noch nicht dazu durchgerungen hat. Ich sehe darin auch keine sonderliche Unbelehrbarkeit, über dieses Problem könnten sich eine Kommission deutscher und tschechoslowakischer Völkerrechtler in längeren Unterhandlungen sicherlich einigen. Jedenfalls erheben wir ja keinerlei territorialen Anspruch.

Was nun die vierte Bedingung betrifft, so läuft die Politik der Regierung der Großen Koalition gegenüber der DDR zweifellos auf die Anerkennung der Existenz des zweiten deutschen Staates hinaus. Herr Kiesinger ist bereit, sich mit Herrn Stoph zu treffen. Er ist mit ihm in einen Briefwechsel eingetreten, der leider im Augenblick stockt, weil aus Ostberlin keine Antwort kommt. Der Bundeskanzler hat ad hoc seinen Staatssekretär als Beauftragten eingesetzt, der sich jederzeit zu Gesprächen mit einem Beauftragten der anderen Seite zusammensetzen würde. Es wird schon daran gedacht, diese Beauftragten auszutauschen. Das ist ein nächster Schritt. Nachdem es bereits Handelsmissionen der DDR in Frankfurt und Düsseldorf gibt, würde Bonn auch einen Handelsbevollmächtigten nach Ostberlin entsenden.

Herr Schmidt hat den nicht uninteressanten Gedanken in die Debatte geworfen, daß wir Generalbevollmächtigte austauschen könnten, wobei ich darauf aufmerksam mache, daß das Wort "Generalbevollmächtigter" die deutsche Übersetzung des englischen Wortes "High Commissioner" ist. Der High Commissioner ist der Botschafter zwischen den Commonwealth-Ländern. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, was auch bei den Commonwealth-Ländern zutrifft, daß diese anderen Staaten, bei denen sie sich vertreten lassen, "different but not alien" - anders, aber nicht Ausland - sind. Das ist die einzige Einschränkung, die wir heute noch gegenüber der DDR machen. Wir wollen sie nicht im völkerrechtlichen Sinne als Ausland betrachten. Die DDR hat im Entwurf ihrer neuen Verfassung selber vom Fortbestehen einer gemeinsamen deutschen Nation gesprochen. Dieser Entwicklungstrend sollte auch von östlichen Beobachtern positiv bewertet werden.

Wie ich die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik einschätze, ist die deutsche Frage für uns heute keine nationale Frage mehr, sie ist vielmehr eine menschliche Frage. Es geht nicht um die Teilung als solche, sondern um die Qualität der Teilung - genauso wie es uns nicht um die Grenzen per se, sondern um ihre Beschaffenheit geht. Ich habe übrigens nie verstanden, warum die polnische Regierung den Vertriebenen, die ihr individuelles Heimatrecht wahrnehmen möchten, nicht anbietet zurückzukehren, um sich in Polen unter den dort herrschenden Bedingungen anzusiedeln. Damit wäre auch dieses Problem ein für allemal vom Tisch gefegt.

Es wird hier viel mit der Angst vor Deutschland operiert. Das kam in der Debatte über die NPD zum Ausdruck. Die Situation hat sich doch gewandelt. Nikita Chruschtschow hat in seiner bemerkenswerten offenen Weise mehrfach gesagt, daß man nur sechs Atom- oder Wasserstoffbomben brauche, um die Bundesrepublik zu zerstören. Sie haben diese nuklearen Waffen

in Sowjetrußland, und Sie werden sie behalten. Wir haben sie nicht und werden sie auch nicht bekommen. Was immer also bei uns geschieht: es steht in Ihrem Ermessen und Ihrer Macht, mit einer nuklearen Radikalkur, oder auch nur mit einer entsprechenden Drohung, alles zu unterbinden, was tatsächlich gefährlich ist.

Hajdu

Wenn es sich bei dem Münchner Abkommen nur um eine rechtliche Frage handelte, Herr Sommer, dann wäre Ihr Vorschlag annehmbar. Nach tschechoslowakischer Ansicht ist es aber mehr eine moralpolitische als eine völkerrechtliche Frage.

Sommer

In moralpolitischer Hinsicht haben wir uns doch zu Ihrer Ansicht bekannt!

Hajdu

In moralpolitischen Dingen hat jeder seine eigene Auffassung über Moral und über Politik. Nach Ihrer Auffassung, Herr Sommer, genügen Ihre Erklärungen, nach unserer nicht oder zumindest nur teilweise.

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß Herr Menzel mißverstanden wurde. Er war nämlich der erste in der Bundesrepublik, der den Mut hatte, in Bad Boll öffentlich zu sagen, man solle und müsse die Oder-Neiße-Grenze anerkennen.

von Raven

Genau wie Herr Sommer bin ich davon überzeugt, daß wir den Beginn des Zweiten Weltkrieges verschuldet und den Krieg militärisch, politisch und moralisch verloren haben. Die sich daraus ergebenden psychologischen und effektiven Hypotheken müssen wir tragen und verzinsen. Es geht aber heute in Europa um eine Friedensordnung, die man nicht in Form einer Strafjustiz schaffen und vollziehen kann. Das vergangene Jahrhundert hat diese Tatsache noch begriffen. Ich erinnere an die Ergebnisse des Wiener Kongresses, den ich bewußt von der "Heiligen Allianz" unterscheide. Ich denke auch an andere Friedensverträge, die im vergangenen Jahrhundert geschlossen wurden und die - im Gegensatz zu den in diesem Jahrhundert vereinbarten - funktionierten.

Nicht durch das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, nicht durch dessen Verlauf und durch die von ihm hinterlassenen Hypotheken, sondern durch die Weiterentwicklung der Politik und des Denkens ist eine Restauration der europäischen Staatenwelt im Sinne der Vorkriegszeit - auch in anderen Grenzen - nicht mehr möglich. Das spukt in unserer Diskussion auf beiden Seiten zum Teil als Traum, zum Teil als Trauma durch die Gedanken. Wenn ich Hegel etwas vereinfache, dann muß über These und Antithese die Synthese stehen, wenn die Probleme gelöst werden sollen. Noch sind wir dabei, These und Antithese aufzustellen, und jeder ringt für seine These beziehungsweise Antithese. Es zeigen sich in diesem Gespräch leider nur wenige Ansätze, zu einer Synthese zu gelangen.

Es gibt jedoch in partiellen Fragen, die wir in Europa bereits gelöst haben, Beweise dafür, daß ein Vorgehen in diesem Sinne möglich ist. So ist zum Beispiel die Montanunion als Ablösung des Ruhrstatuts entstanden, wenn ich es einmal verkürzt ausdrücke. Es ist also möglich, in Teillösungen voranzukommen, und zwar nicht nur dadurch, daß sich die eine Seite zum Standpunkt der anderen bekennt, sondern daß man die Standpunkte überwindet und neue Lösungen sucht. Diese Lösungen können nur auf gesamteuropäischer Basis gefunden werden. Das trifft auch für das Deutschlandproblem zu. Es geht bei einer solchen Lösung gar nicht um die Frage der beiden deutschen Staaten, sondern - da möchte ich Herr Sommer zustimmen - um die menschlichen Probleme, die damit verbunden sind.

Es handelt sich um drei Probleme. Erstens muß Vertrauen geschaffen werden. Zweitens muß das Gleichgewicht erhalten werden, und zwar aus ökonomischen, aber auch psychologischen und politischen Gründen auf einem niedrigeren Niveau. Zum Dritten geht es darum, Sicherheit vor Deutschland, aber auch für Deutschland zu finden. Man sollte jedoch aus der Geschichte der letzten beiden Jahrhunderte lernen, daß ein Europa, in dem Hegemonialmächte regieren oder regieren wollen, immer in Gefahr ist, in Chaos und Krieg zu stürzen.

Gasteyger

Der sowjetischen Deutschlandpolitik wird häufig der Vorwurf gemacht, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik einmische. Das mag sein, hat aber bis zu einem gewissen

Grade seine vertragliche Grundlage im Potsdamer Abkommen. Diese Politik bewegt sich auf zwei Ebenen: Einerseits erklärt sie die Annäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu einer innerdeutschen Angelegenheit der DDR und der Bundesrepublik. Auf der anderen Seite betrachtet die Sowjetunion jede Annäherung der beiden Teilstaaten oder deren Wiedervereinigung als einen Vorgang, der die europäische Sicherheit und damit die sowjetischen Interessen unmittelbar berührt. Wie immer sich der Status des zukünftigen Staates Deutschland gestalten mag: auf dieser internationalen Ebene will die Sowjetunion genau wie die anderen drei Siegermächte ein entscheidendes Wort mitreden. Man muß also zumindest auf diesem Gebiet der Sowjetunion ein Recht auf Einspruch oder wenigstens auf Mitsprache einräumen.

Sommer

Das wird von niemandem bestritten.

Gasteyger

Ein zweiter Komplex betrifft die vorgeschlagenen Rüstungskontrollmaßnahmen: die atomwaffenfreie Zone, die Truppenreduktion, Räumung der Basen, Stationierung von Beobachtungsposten und so weiter. Solche Vorschläge sind auf sowjetischer Seite fast zu einem Ritus geworden, den man hinnimmt, jedoch - mit Verlaub zu sagen - nicht allzu ernst nehmen darf. Dies deshalb, weil die Sowjetunion an vielen dieser Maßnahmen nicht eigentlich interessiert ist, da sie auch ihre Sicherheit und ihren eigenen Status in Mittel- und Osteuropa berühren könnten.

Hinsichtlich der atomwaffenfreien Zonen ist beispielsweise die heutige Situation im Vergleich zu jener in den fünfziger Jahren genau umgekehrt. Eine drastische Truppenreduktion oder eine Beseitigung ausländischer Militärbasen würde sehr wahrscheinlich die Rückkehr zur Strategie der massiven Vergeltung zur Folge haben. Ich kann mir vorstellen, daß in der gegenwärtigen Phase, in der sich die sowjetische Strategie ebenfalls zu einer Art "flexible response", also einer abgestuften Verteidigung, hinbewegt, nicht unbedingt ein besonderes Interesse an der Rückkehr zur massiven Vergeltung besteht. Vielmehr trachtet auch die Sowjetunion danach, auf allen Ebenen jenen Grad an Sicherheit beizubehalten, der, wo immer möglich, einen lokalen Konflikt zu begrenzen und zu kontrollieren und damit eine nukleare Eskalation zu vermeiden erlaubt.

In der Präsenz von erheblichen Streitkräften, einschließlich atomarer Waffen auf allen Stufen der Weltmächte, liegt also eine Garantiefunktion für die Sicherheit in Mitteleuropa. Neben dieser strategischen Entwicklung in der Sowjetunion bestehen andererseits die DDR und Polen sowie möglicherweise noch weitere Warschauer-Pakt-Staaten auf einer solchen Präsenz. Diese, zusammen mit den bilateralen Beistandsverträgen, gibt ihnen eine Sicherheitsgarantie, die glaubhafter wirkt als formale Erklärungen. Unter diesen Umständen dürfte auch die Sowjetunion nicht unbedingt an Maßnahmen wie einer atomwaffenfreien Zone oder einem Truppenrückzug interessiert sein.

Sollten die vorgeschlagenen Rüstungskontrollmaßnahmen tatsächlich eine größere Sicherheit bringen, dann muß man sich fragen, ob in sie auch die Möglichkeit zur Veränderung des politischen Status quo eingebaut werden kann. Es wurde bereits zu Recht auf den Zusammenhang zwischen militärischer Sicherheit und politischem Wandel verwiesen. Wenn solche Maßnahmen weder größere Sicherheit bringen noch Möglichkeiten zu politischen Lösungen enthalten, scheinen sie bestenfalls nur dann diskutabel, wenn sie wenigstens helfen, das gegenseitige Mißtrauen abzubauen. Solche Vorschläge - beispielsweise der Austausch von Beobachtern oder Verbindungsoffizieren wurden hier bereits vorgebracht. Ihre Verwirklichung darf jedoch in keinem Fall politische Lösungen verbauen, durch die allein die Ursachen der Konflikte in Europa beseitigt werden können. Es geht also darum, diesen Wandlungsprozeß, von dem die Herren Liska und Sommer sprachen, zu fördern und nicht durch voreilige, weil gegenwärtig politisch opportune Teilmaßnahmen abzubremsen. Das Vorantreiben eines solchen Wandlungsprozesses hat jedoch nur dann einen Sinn, wenn wir uns über Gestalt und Aufgaben des künftigen Europa einig sind, zu dem er uns führen soll. Darüber bestehen jedoch noch weitgehende Meinungsverschiedenheiten.

Während der vergangenen Jahre, und besonders in den letzten Monaten, gewann ich immer stärker den Eindruck, daß die mitteleuropäischen Länder des Ostens gegenüber wirtschaftlichen und innenpolitischen Veränderungen unvergleichlich verletzlicher sind als die westeuropäischen Länder, gleichgültig ob diese Veränderungen von innen oder von außen an sie herankommen. Das zeigt einmal die sehr geteilte Aufnahme, die der neuen Bonner Ostpolitik zuteil wurde; das zeigen auch die jetzigen Ereignisse in Polen und in der Tschechoslowakei. Hier ist man offenbar dabei, mindestens so sehr die eigene Vergangenheit der letzten zwanzig Jahre wie die Zukunft der nächsten zwanzig zu bewältigen. Unter diesen Umständen sind die osteuropäischen Länder kaum für tiefgreifende

politische Veränderungen im europäischen Status quo zu gewinnen. Das führt dazu, daß sie im Augenblick gegenüber weiterreichenden Veränderungen in der Umwelt vorsichtig reagieren und versuchen, zunächst einmal ihre inneren, insbesondere wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Gerade deshalb geht es in Mittelosteuropa hauptsächlich darum, für diese Länder einen Mittelweg zu finden zwischen der möglichen Balkanisierung, die niemand von uns wünscht, und der Wiedergewinnung ihrer inneren und äußeren, vor allem auch ihrer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit. Heute aber müssen wir feststellen, daß wir nicht nur keine genaue Vorstellung von dem von uns angestrebten Gesamteuropa haben, sondern uns vielmehr auch eine Konzeption von jenem künftigen Osteuropa fehlt, das allein eine Annäherung zwischen den beiden Teilen Europas ermöglichen hilft.

Hassner

Ich möchte drei präzise Fragen stellen in der Hoffnung, darauf eine Antwort zu erhalten. Die erste Frage zielt auf die konkreten Maßnahmen auf militärischem Gebiet ab. Hier besteht der Eindruck, daß es eine Art Umschwung oder Wechsel der Positionen gegeben hat. Was die eine Seite einmal vorgeschlagen hat, ist plötzlich nicht mehr annehmbar, wenn die gleiche Empfehlung von der anderen Seite kommt. Nachdem eine Reihe von Maßnahmen, die vom Osten einmal vorgeschlagen wurden, nunmehr auch vom Westen vorgebracht werden, verknüpft der Osten sie heute mit Vorbedingungen. Das betrifft unter anderem das Problem des Gewaltverzichts oder des Nichtangriffspaktes sowie das der gleichzeitigen Truppenreduktion auf beiden Seiten. Diese Dinge sind ursprünglich von der Sowjetunion vorgeschlagen worden, wurden jedoch in der letzten Zeit vom Westen aufgegriffen und um die Fragen der Raketen und Antiraketen erweitert. Wie steht man daher heute konkret zu diesen Plänen? Gibt es Vorbedingungen, oder kann man direkt daran anknüpfen?

Meine zweite Frage betrifft die östliche Vorstellung von einem neuen europäischen Sicherheitssystem, das das gegenwärtige ersetzen soll. Welches sind die konkreten Grundlagen der Garantien, und wie soll das neue Gleichgewicht aussehen? Ich habe den Eindruck, daß man im Osten eine Art kleinbürgerlichen Formalismus entwickelt, wenn man so viel von Verträgen und Erklärungen spricht. Auf östlicher Seite sagt man, daß die kapitalistische Welt die Verträge und Engagements unter Umständen nicht respektiert. Das gilt für Hitler-Deutschland und für die Amerikaner etwa in bezug auf das Genfer Abkommen aus dem Jahre 1954 und anderes. In der Gegenwart besteht das Gleichgewicht in Europa darin, daß sich Truppen auf beiden Seiten gegenüberstehen. Welche Vorstellungen hat man, um die zur Zeit in den Bündnissen begründeten Garantien zu ersetzen? Ich meine damit nicht nur Abkommen, Erklärungen oder Absichten, sondern konkrete Garantien.

Mit meiner dritten Frage möchte ich das deutsche Problem ansprechen. Wohl kann man sagen, die beiden deutschen Staaten mögen miteinander verhandeln, jedoch ist nicht jede Form des Einvernehmens zwischen den beiden Deutschland für die anderen Europäer akzeptabel. Wie kann man also ein Deutschland herstellen, das sowohl in seinem westlichen als auch in seinem östlichen Teil befriedet ist, das aber in den Augen der anderen Europäer nicht als militärische Gefahr erscheint? Wir stimmen in einer ganzen Reihe von Punkten überein: keine nationalen Atomwaffen und keine Annexion des einen Deutschland vom anderen und so weiter. In welcher Form soll aber das Deutschlandproblem gelöst werden? Ein Deutschland, das bis zu einem gewissen Grad wiedervereinigt, aber neutralisiert wäre, das jedoch wirtschaftlich, kulturell und auch auf anderen Gebieten nicht mit einem über ihm stehenden, größeren Verband liiert wäre, würde letztlich wieder potentielle Gefahren mit sich bringen. Man kann sich kaum ein neutralisiertes und politisch entmachtetes Deutschland vorstellen, das dann wirtschaftlich und demographisch eine der Großmächte in Europa bleibt.

Man sieht also zwei extreme Lösungen: Auf der einen Seite zwei Deutschland - auf der anderen eines, das in ein Gesamteuropa eingebaut ist. Die Zwischenlösung eines vereinten Deutschland jedoch, das sozusagen im luftleeren Raum mitten in Europa liegt, würde auf die Dauer große Gefahren in sich bergen. Nicht, weil die Deutschen oder auch die Russen prinzipiell böse sind, sondern weil Sowjetrußland und Deutschland potentiell und in der Realität zwei übergroße Mächte auf dem europäischen Kontinent darstellen, haben sich die anderen europäischen Staaten zu gewissen Zeiten von ihnen bedroht gefühlt und die Angelsachsen zu Hilfe gerufen - sei es gegen den einen oder den anderen.

Wie soll das europäische Sicherheitssystem aussehen und wie soll Deutschland darin eingebettet sein, damit dieser Hilferuf nicht mehr nötig wird.

Hajdu

Ohne Herrn Chwostow zuvorkommen zu wollen, sehe ich in den Überlegungen, die Herr Hassner in seiner dritten Frage anstellte, die einzige Lösungsmöglichkeit für die deutsche Frage. Man kann das Subjektive nicht für alle Zeiten über das Objektive stellen. Das Objektive muß sich durchsetzen, und dafür sind die Gegebenheiten bereits vorhanden. Wir haben gemeinsame Interessen.

Welche Alternativen haben wir? Sollen wir weitermachen wie bisher, was zu nichts führt und Gefahren in sich birgt? Wir müssen also einen anderen Weg suchen. Das gilt auch für die deutsche Politik. Unsere deutschen Freunde sind bereits auf dem Wege dahin, sollten aber von da aus weitergehen. Ob Sie es wollen oder nicht, das bleibt nun einmal der Kern für eine Lösung. Wirf die Katze, wie Du willst: sie fällt immer auf die Füße!

Chwostow

Ich denke, daß unsere Diskussion sehr nützlich und interessant gewesen ist, obwohl konstatiert werden muß, daß wir in vielen Punkten verschiedener Meinung geblieben sind. Es ist klar geworden, daß unsere westlichen Gesprächspartner hier nicht bereit sind, die Systeme der Militärallianzen, der Blöcke und des Gleichgewichtes abzuschaffen. Damit muß man also rechnen.

Ich kann aber nicht verstehen, daß man uns vorwirft, wir wollten alles oder nichts. In der Bukarester Erklärung ist der dritte Punkt des dritten Abschnitts den Teilmaßnahmen gewidmet, die erforderlich seien, wenn das Blocksystem noch für einen gewissen Zeitraum aufrechterhalten werden sollte. Auch in Punkt zwei wird nicht nur von der Abschaffung der beiden Militärallianzen gesprochen, sondern auch von der Auflösung nur der militärischen Organisationen der beiden Blöcke, und zwar schrittweise bis zum endgültigen Ziel. Sollte das nicht möglich sein, so wird im Kapitel drei, Punkt drei, von der Evakuierung der fremden Truppen als Teilmaßnahme gesprochen, wobei natürlich die russischen Truppen mit eingeschlossen sind. Dann ist von der Reduzierung der Truppenstärke beider deutscher Staaten, von atomwaffenfreien Zonen und von dem Gewaltverzicht die Rede. Manche zusätzlichen Maßnahmen, die in dieser Deklaration nicht erwähnt sind, wurden in der Erklärung von Karlovy Vary hinzugefügt. Auch der Austausch von Manöverbeobachtern ist von uns im Zusammenhang mit den Verhandlungen im Jahre 1955 über die Verhinderung von Überraschungsangriffen vorgeschlagen worden. Manches andere dürfte darüber hinaus ebenfalls in unserer Deklaration vom 10. Mai 1955 enthalten sein.

Wir sind also keineswegs gegen Teilmaßnahmen und gegen eine etappenweise Bewegung auf das Ziel hin. Das ist nicht meine eigene Meinung allein, sondern auch der offizielle Standpunkt der sowjetischen Regierung. In dieser Hinsicht könnten wir also eine gewisse Einigkeit mit Ihnen erreichen, wenn wir uns vielleicht zu einem nächsten Bergedorfer Gespräch zusammensetzen werden.

Eine der Hauptdifferenzen besteht hinsichtlich der Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik. Darin liegt einer der Gründe, weshalb wir die sogenannte neue deutsche Politik nicht in der Weise akzeptieren, wie es sich unsere westdeutschen Gesprächspartner heute wünschten. Wenn Herr Schmidt sagt, die Teilnahme der Vereinigten Staaten sei eine *conditio sine qua non* für das Zustandekommen eines europäischen Sicherheitssystems, dann halte ich dagegen, daß unsererseits die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik ebenfalls eine solche *conditio sine qua non* ist.

Sommer

Meinen Sie eine völkerrechtliche Anerkennung?

Chwostow

Gewiß, eine völkerrechtliche Anerkennung genau in der Form, wie es üblich ist. Dabei kann gesagt werden, daß es sich um zwei deutsche Staaten handelt. Darüber wird niemand streiten. Es gibt viele Beispiele in der deutschen Geschichte, daß deutsche Staaten einander anerkannten und diplomatische Beziehungen zueinander unterhielten. Man wird auch jetzt etwas Ähnliches finden.

Im letzten Teil unseres Gespräches hat sich der Ton leider ein wenig verschärft. Ich habe versucht, in meinem Vortrag und meinen Interventionen jede Schärfe zu vermeiden. Ich muß nun aber doch einen etwas härteren Ausdruck verwenden. In dieser neuen deutschen Ostpolitik ist eine gewisse Dosis von Macchiavellismus zu spüren, und zwar auch in bezug auf die Isolierung der DDR.

Grosser

Hier hat doch aber niemand irgendwelche Ausdrücke gebraucht!

Chwostow

Das Vokabularium ist wie in der deutschen so auch in der russischen Sprache ziemlich reichhaltig. Ich möchte mich nicht weiter dazu äußern.

Ich möchte ein Mißverständnis ausräumen. Herr Schmidt sagte, die Sowjetunion wolle nicht mit den Vereinigten Staaten über die Reduzierung der Rüstung verhandeln. Wir haben so viele Vorschläge zur Abrüstung gemacht, daß mir eine solche Bemerkung ein wenig merkwürdig erscheint. Konkret ging die Frage um die antiballistic missiles, die Antiraketen. Es ist vorgeschlagen worden, die defensiven Raketen abzubauen. Wir dagegen schlagen vor, alle Typen, also auch die offensiven Raketen und die Kernwaffen, einzubeziehen und eine Lösung zu suchen, die nicht nur die Defensivwaffen beinhaltet. Unsere Position bedeutet also keine Absage.

In bezug auf die Grenzen ist eine gewisse Annäherung eingetreten. Es wurden jedoch auch sehr wichtige Vorbehalte gemacht. Hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze kann ich mich nur dem anschließen, was Herr Wojna sagte. Was die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten angeht, so hängt dies mit dem zusammen, was ich über die Anerkennung der DDR ausführte.

Es wurde viel über Westberlin gesprochen. Ich muß gestehen, daß mir das ein wenig merkwürdig vorkam. Gerade von unserer Seite wird jetzt befürchtet, daß die Bundesrepublik den Status quo dort zu ändern wünscht. Ich denke, die vor kurzem veröffentlichten Dokumente der sowjetischen Regierung dürften allen bekannt sein. Sowohl die Deutsche Demokratische Republik als auch die Sowjetunion halten daran fest, daß Westberlin eine besondere politische Einheit darstellt. So ist es heute, und so soll es auch bleiben. Wir haben im Jahre 1959 und auch später Verhandlungen mit unseren ehemaligen Alliierten geführt, in denen dieser Status von Berlin vertraglich fixiert wurde. Es ist also unser Standpunkt, daß der Status von Westberlin als einer besonderen politischen Einheit erhalten bleiben soll. Andere Vorschläge wurden von der Sowjetunion niemals gemacht.

Als Letztes möchte ich bemerken, daß uns eines klar ist: Es ist nötig, diese oder gleichartige Kontakte fortzusetzen mit dem Ziel, bessere Alternativen zur heutigen Lage zu suchen, die den Frieden und die Sicherheit besser schützen, als es heute der Fall ist. Ich denke, daß unsere Zusammenkunft in dieser Hinsicht sehr nützlich war, und ihre Organisatoren, insbesondere Herr Körber, verdienen unseren Dank.

Grosser

Ich möchte noch ein paar Worte über die Eindrücke sagen, die der Verlauf und die Resultate dieser Diskussion bei mir hinterlassen haben. Ich weiß nicht, ob man sich darüber streiten soll, das Glas sei halb voll oder halb leer. Nach meiner Ansicht aber ist es trotz vieler Fülle der Leere näher.

Die positiven Seiten dieses Gespräches sind so offenbar, daß ich darüber bestimmt nichts Besseres sagen kann als Herr Hajdu, der meinte, es gäbe eine faktische Gemeinsamkeit der Interessen und von daher sollte man gemeinsam auf die Suche nach Lösungen gehen. Es wurden in dieser Diskussion auf verschiedenen Gebieten von Teilnehmern der verschiedenen Seiten konkrete Vorschläge gemacht. Sie werden mir aber verzeihen, Herr Chwostow, wenn ich offen sage, was mich am Ende dieses Gespräches etwas bedrückt.

Meiner Ansicht nach ist auf eine Reihe von Fragen, die gestellt wurden, keine vollständige Antwort gegeben worden.

Chwostow

Es fehlte an Zeit.

Grosser

Ich spreche nicht von den einzelnen Themen. Wenn ein Gespräch in Deutschland mit Deutschen stattfindet, spielt meiner Ansicht nach das deutsche Problem manchmal eine zu große Rolle im Vergleich zu anderen Problemen, aber es ist schließlich eine wichtige Frage.

Es geht mir um etwas anderes. Sie sagten am Schluß, Herr Chwostow, wir suchten gemeinsam bessere Alternativen. Ich glaube - vielleicht werden Sie anderer Meinung sein;- , das Gespräch so unparteiisch geführt zu haben, wie ich nur konnte. Daher werden meine Schlußworte vielleicht etwas partiischer ausfallen. Ich hatte nämlich, was einen Teil der Gesprächsteilnehmer angeht, nicht den Eindruck von einem gemeinsamen Suchen nach besseren Alternativen, sondern unter der besseren Alternative wurde jeweils nur der von der anderen Seite erwartete Schritt verstanden, sich der eigenen Meinung anzupassen. Es war eben kein gemeinsames Suchen, sondern ein Teil der Teilnehmer war

sich über die eigenen guten Lösungen von Anbeginn im klaren, wohingegen der andere Teil erst gemeinsam nach guten Lösungen suchen wollte. Wenn in einem solchen Gespräch der eine Teil - den Text in der Hand - von vornherein weiß, was gut und was schlecht ist, welches gute Vorschläge sind und welches nicht, dann ist die Diskussion entweder fruchtlos oder das Resultat besteht nur in einer Annäherung der Zögernden zum Standpunkt der Sichereren. In diesem Sinne handelt es sich dann aber um kein echtes gemeinsames Suchen.

Wenn Sie davon sprachen, Herr Chwostow, man habe sich in den Standpunkten genähert, dann hieß das jedes Mal, daß die andere Seite Ihrem Standpunkt nähergetreten sei. Hier wird eine allgemeine Einstellung dem Gespräch gegenüber deutlich, die eine Reihe von Schwierigkeiten mit sich bringt. Als Beispiel nenne ich das Problem des Gleichgewichts. Sie sagten, Herr Chwostow, Sie wüßten nicht, warum die westlichen Teilnehmer auf den Militärallianzen bestünden und dabei den alten Begriff des Gleichgewichts nicht aufgeben wollten.

Chwostow

Ich sagte, es sei mir klar, daß man davon nicht abgehen könne.

Sommer

Herr Chwostow bedauerte, daß wir am Begriff des Gleichgewichts festhalten.

Grosser

Wenn ich die sowjetische Außenpolitik verfolge, will dann nicht die Sowjetunion das Gleichgewicht mit den Vereinigten Staaten erhalten?

Die Konfrontation der Mächte hat doch nichts mit Moral zu tun, sondern es ist die Politik eines jeden Staates, sich abzusichern.

Chwostow

Sie bringen Punkte für eine weitere Diskussion!

Grosser

Nein, ich versuche nur, darauf hinzuweisen, daß eine Reihe von Fragen nicht beantwortet wurde, und zwar weder die von Herrn Hassner noch die von Herrn Sommer, die etwa lautete: Wie stellen Sie sich das neue Gleichgewicht vor? Denn von vornherein war ein Teil der Gesprächspartner überzeugt, daß die gedruckten Konferenzvorschläge genügen müßten, darauf eine Antwort zu geben.

Um aber nicht mit dem leeren Glas zu schließen, möchte ich feststellen, daß diese Tatsachen zeigen, wie schwierig es ist voranzukommen. Es hat sich aber auch in dieser Diskussion erwiesen, daß die Trennungslinie im Gespräch keineswegs zwischen sozialistisch und kapitalistisch besteht, sondern daß es um die Form der gemeinsamen Suche geht. Wir haben heute einen Anfang gemacht, und da auch Sie, Herr Chwostow, das Prinzip der gemeinsamen Suche anerkennen, darf man hoffen, daß sich solche Gespräche weiter entwickeln werden. Sicherlich können wir den Regierungen keine Patentlösungen vorlegen. Vielmehr wäre es das konkrete Resultat eines neuen Gesprächs, wenn zwischen uns so etwas wie ein "team spirit" entstünde, wobei jeder von der aufrichtigen Haltung des anderen überzeugt ist und weiß, daß die Gesprächsteilnehmer keine Macchiavellisten sind, sondern gemeinsam suchen wollen. Die Tatsache, daß bisher noch kein Ergebnis zustande gekommen ist, beweist, daß kein Standpunkt heute zu hundert Prozent richtig ist.

Körber

Auf unserem 24. Bergedorfer Gesprächskreis formulierte Prof. von Weizsäcker die These, daß der Weltfriede die Lebensbedingung unseres technischen Zeitalters und in diesem Sinne unvermeidlich sei, obwohl er keineswegs gewiß ist. Wir unternahmen in unserem jetzigen Gespräch den Versuch, Bedingungen und Wege aufzuzeigen, die zumindest für Europa eine Sicherung des Friedens garantieren könnten. Der Zustand des Nicht-Krieges erlaubt uns noch keineswegs, von einem realisierten Frieden in Europa zu sprechen. Als gemeinsame Auffassung aller Gesprächsteilnehmer darf ich wohl feststellen, daß das machtpolitische Blockdenken auf die Dauer nicht mit den Sicherheitsbedürfnissen unserer Völker zu vereinbaren ist.

Des weiteren zeigte mir der Verlauf des Gesprächs, daß eine wirkliche Entspannung und Annäherung der Standpunkte durch das tiefe Mißtrauen, das jede Seite gegenüber der anderen hat, gehemmt

wird. Der Sozialismus wird im Westen unter der Zielvorstellung einer kommunistischen Weltherrschaft gesehen. Der Kapitalismus dagegen erfährt unter dem Vorzeichen des Imperialismus die gleiche negative Beurteilung im Osten. Es ist ein weiteres Ergebnis unseres Gespräches, daß diese Freund-Feind-Perspektive immer fragwürdiger wird.

Die polyzentrische Entwicklung im Osten wie im Westen sprengt die Einheit der Blöcke von innen her auf. So hat Frankreich gegenüber der Vormachtstellung der USA im Westen versucht, sowohl in militärstrategischer als auch in ökonomischer Hinsicht eigene Wege zu gehen. Demgegenüber hat der eigene Weg zum Sozialismus, den einige osteuropäische Länder proklamieren, eine Differenzierung im östlichen System ausgelöst.

Auf diesem beiderseitigen Differenzierungsprozeß beruht aber die Hoffnung auf Annäherung und Verständigung. Ich bin überzeugt, daß sich die Realitäten der Völker als stärker erweisen werden als die globale Konfrontation der Ideologien und der Machtpolitik.

Wir haben uns mit unseren Friedensbemühungen auf einen langfristigen Prozeß einzustellen, da sich die Spuren des Kalten Krieges und die Mauern zwischen den Völkern nicht ad hoc beseitigen lassen. Deshalb ist Annäherung durch Entspannung, Gewaltverzicht und Kooperation ein notwendiger Schritt zur Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Dazu gehört, wie hier von allen Seiten zum Ausdruck gebracht wurde, auch die Anerkennung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates.

Die Unvereinbarkeit zwischen Sittlichkeit und machtstrategischem Handeln wird immer deutlicher. Es fehlt bisher eine neue Ethik im politischen Verhalten.

Kriege werden letztlich von Regierungen gemacht. Deshalb kommt es darauf an, Institutionen zu schaffen und Kommunikationsformen zu errichten, damit die Regierungen den Wunsch ihrer Völker zum Frieden verwirklichen.

Wenn es auch den Anschein hat, daß unsere beiden Gesprächstage keine konkreten Ergebnisse zeitigen konnten, so bin ich doch der festen Überzeugung, daß Begegnungen wie diese notwendig sind, um die verschiedenen Standpunkte darzulegen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und Vorurteile abzubauen.

In diesem Sinne bin ich der Meinung, daß es auf Dauer zu Koexistenz und Kooperation keine Alternative gibt. Deshalb begrüße ich die mir von der sowjetischen Delegation überbrachte Einladung, eines der nächsten Bergedorfer Gespräche in Moskau durchzuführen. Der Bergedorfer Gesprächskreis wird daher Anfang 1969 in internationaler Besetzung über das Thema "Wege zur europäischen Friedensordnung" an den Ufern der Moskwa debattieren und nach neuen Ankerplätzen der Verständigung suchen.